



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 54. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 9. November 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann Senior Advisor Berghof Stiftung (Beweisbeschluss Z-59)	10
Nader Nadery Sprecher und Unterhändler des afghanischen Verhandlungsteams (Beweisbeschluss Z-60)	siehe Stenogr. Protokoll 20/54 II
Dr. Claudius Fischbach Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Doha (Beweisbeschluss Z-61)	70

* Hinweis:
Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere 54. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 24. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ich begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen.

An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren von der Presse noch mal den Hinweis geben, dass der Ausschuss sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden hat, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regeln im Pressekodex zu verfahren und die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Das gibt mir Gelegenheit, noch auf was Zweites hier hinzuweisen: dass wir eine besondere Fürsorgepflicht haben für Menschen, die zum Beispiel operativ tätig sind, und dass wir deswegen Namen hier grundsätzlich nicht nennen und auf die schutzwürdigen Belange auch Rücksicht nehmen. Ich sage das ausdrücklich. Wir haben das ja immer hier so gehandhabt. Aber wir haben hier auch unterschiedliche Zeugen aus unterschiedlichen Bereichen; das hat hier im Vorfeld auch eine Rolle gespielt in der Kommunikation. Und ich bitte Sie, dass wir da gemeinsam mit dafür Sorge tragen, dass wir diese Fürsorgepflicht auch

walten lassen. Das hat bisher immer geklappt. Insofern gehe ich davon aus, dass das auch weiterhin der Fall sein wird.

Bevor ich nun zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, noch ein paar wenige Vorbemerkungen: Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, was schlimm genug wäre, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe jetzt unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Senior Advisor Berghof Stiftung
(Beweisbeschluss Z-59)

Nader Nadery

Sprecher und Unterhändler des
afghanischen Verhandlungsteams
(Beweisbeschluss Z-60)

Dr. Claudius Fischbach

Botschafter der Bundesrepublik
Deutschland in Doha
(Beweisbeschluss Z-61)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen. Die Befragung von Herrn Nadery wird nun doch in englischer Sprache stattfinden, sodass Fragen und Antworten simultan gedolmetscht werden können. Um die eine oder andere Sprache durchgehend hören zu können, stehen Ihnen die am Eingang bereitgestellten Kopfhörer zur Verfügung, die Sie noch auf den richtigen Kanal einstellen sollten.

Ein letzter Hinweis: Wir werden die Vernehmung heute um circa 15 Uhr wegen Wahlen zu Gremien unterbrechen müssen. Da das mehrere Wahlen sind, könnte die Unterbrechung länger



Nur zur dienstlichen Verwendung

sein. Das Sekretariat verfolgt die Abläufe im Bundestag, sodass wir nicht überrascht werden und im Laufschrift da rübermüssen.

Vernehmung des Zeugen Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Unser erster Zeuge, Herr Professor Hans-Joachim Gießmann, hat bereits Platz genommen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsmäßig geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 30. September 2023 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Rechtsanwalt Dr. Jochen Pörtge, Platz genommen. Herr Dr. Pörtge, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht allerdings kein eigenes Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie dem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung beantragen. - So ist die Sach- und Rechtslage. Haben Sie dazu Fragen?

RA Dr. Jochen Pörtge: Ich habe ein prozessuales Rederecht. Aber einverstanden!

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So ist es gemeint, in der Tat. - Herr Professor Gießmann, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen wortgleich vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des

Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt
den Kopf)

Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, dass es sich um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber entscheidet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich zum Ablauf der Vernehmung: Ich werde Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Das ist hier gut eingeübt und funktioniert.

Haben Sie zum Ablauf noch Fragen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter - nicht dem Geburtsdatum -, Ihrem Beruf, einer Adresse, unter der wir Ihnen Post zustellen können, vorzustellen.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Mein Name ist Hans-Joachim Gießmann. Ich bin 68 Jahre alt, bin Senior Advisor der Berghof Foundation Operations gGmbH. Die ladungsfähige Anschrift lautet: Berghof Foundation Operations gGmbH, Lindenstraße 34/35 in 10969 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Herr Professor Gießmann, Sie können, wenn Sie es wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich denke, dass wir eine Vielzahl von Unterlagen

eingereicht haben, die für den Ausschuss von Belang sein können, und erwarte Ihre Fragen und bin auch froh, sie beantworten zu können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann will ich noch darauf hinweisen, dass Ihnen, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Wunsch die entsprechenden Unterlagen vorlegt. Wir haben hier versierte Läuferinnen und Läufer, die Ihnen das unmittelbar übermitteln.

Und die Kolleginnen und Kollegen erinnere ich nach der Herbstpause daran, dass auch nach der Herbstpause gilt, dass wir zu Beginn die MAT-Nummern und die Blattzahlen nennen, sodass alle anderen dem auch zeitgleich folgen können. Das alles dient dem Zweck, dass wir hier miteinander unsere Zeit ökonomisch einsetzen.

So, dann haben wir alle Präliminarien bearbeitet und beginnen mit der Befragung. - Und das erste Fragerecht hat die SPD-Fraktion. Der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Willkommen auch von meiner Seite, Herr Professor Gießmann! Ich würde mich dem Untersuchungsgegenstand zunächst mit ein paar einführenden allgemeinen Fragen nähern wollen.

Sie sind als Vertreter der Berghof Stiftung geladen, und deshalb ist meine erste Frage, ob Sie uns zunächst einmal erläutern können, welche Aufgaben die Berghof Stiftung hat, bei der Sie zum Untersuchungszeitpunkt als Direktor und aktuell als Seniorberater tätig sind.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Berghof Foundation ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation. Sie ist privat finanziert, privat grundfinanziert. Sie existiert seit über 50 Jahren, wurde 1971 gegründet, und zu ihrem Geschäftsmodell gehört seit vielen Jahren die Unterstützung von Friedensprozessen, insbesondere in asymmetrischen Konflikten, die sozusagen vernagelt sind, oft eine soziale Komponente haben und bei denen es vor allem darum geht, dass staatliche und nichtstaatliche Akteure



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich auf den Seiten der Konfliktparteien wiederfinden. Und sofern das Bemühen vorliegt oder das Interesse daran vorliegt aufseiten der Konfliktparteien, den Versuch zu unternehmen, einen neuen sozialen Kontrakt zu erreichen, dann steht die Berghof Foundation zur Verfügung, um den Parteien auf diesem Weg zu helfen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Können Sie uns in dem Zusammenhang auch erläutern, wie das Verhältnis zwischen der Foundation und der Funktion des Berghof Forschungszentrums ist, dem Sie ebenfalls als Direktor vorgestanden haben, so wie es sich aus unseren Unterlagen ergibt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das ist Teil der Geschichte der Berghof Stiftung. Die Berghof Stiftung, so wie sie heute existiert - ich verwende den deutschen Begriff aus zweckmäßigen Gründen, weil der Name ist natürlich „Berghof Foundation“; wir sind eine international tätige Organisation -, die existiert in dieser Form erst seit 2012. Ich habe aber schon 2008 angefangen, für das Berghof Forschungszentrum für Konfliktforschung und dann später für Berghof Conflict Research als Wissenschaftlicher Direktor zu arbeiten. Und 2012 ist die Berghof Foundation dann durch die Fusionierung von drei rechtlich unterschiedlichen Einrichtungen, nämlich Berghof Peace Support, also einer praxisorientiert arbeitenden Einrichtung, dem Forschungszentrum und einem friedenspädagogischen Institut, das in Tübingen angesiedelt ist, entstanden.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie uns die Anzahl der Mitarbeiter/-innen nennen, die Ihnen als Direktor der Berghof Stiftung zum Zeitpunkt des Untersuchungszeitraumes zugearbeitet haben? Und wie viele davon waren im Bereich dieser Konfliktlösung für Afghanistan eingesetzt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, also, die Berghof Foundation hat insgesamt circa 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für den Afghanistan-Bereich waren - - Es ist immer ein bisschen schwierig, es so präzise zu benennen, weil es ja nicht nur Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gibt, die in Berlin arbeiten, sondern wir arbeiten

vor allem ja auch mit internationalen Partnern zusammen, auch in Afghanistan; aber in Berlin waren es immer zwischen fünf und sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt habe ich es rein akustisch nicht vernommen.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: In Berlin waren es immer zwischen fünf und sieben - etwa in der Größenordnung - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; aber das ist, wie gesagt, nur die Angabe über jene Mitarbeiter, die auf der Payroll der Berghof Foundation standen.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für diese einleitende Darstellung. - Ich möchte mich jetzt den Aktivitäten der Berghof Stiftung zur Unterstützung des Friedensprozesses widmen.

Noch vor Abschluss des Doha-Abkommens vom 29. Februar 2020 konnten wir in unseren Unterlagen den Beginn der Vorbereitungen zur Unterstützung des Friedensprozesses in Form eines „Activity reports“ finden. Und auf Hinweis unseres Vorsitzenden: MAT A Berghof-1.02 VS-NfD_Austausch, Blatt 1.

Können Sie beschreiben, wie Sie den Auftrag erhielten, den Friedensprozess zu unterstützen, und welche Anforderungen und Aufgaben dieses Projekt umfasste?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich muss jetzt das Dokument vielleicht sehen, wenn das - -

Jörg Nürnberger (SPD): Kommt sofort.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Okay.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Können Sie die Frage bitte noch mal wiederholen und, auf welchen Passus - es sind ja mehrere Projektaktivitäten genannt - sich Ihre Frage bezieht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Mir geht es darum, wie es zustande gekommen ist, dass die Berghof Foundation, die Berghof Stiftung, diesen Auftrag erhalten hat, von wem und auf welchem Weg.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Berghof Foundation hat ja eine längere Geschichte der Arbeit mit afghanischen Akteuren. Wir haben bereits im Jahre 2019 die intraafghanische Dialogkonferenz unterstützt, mit vorbereitet, die im Juli 2019 stattgefunden hat und von Deutschland und Katar gemeinsam ausgerichtet worden ist. Und vor allem aus der Arbeit in Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz sind viele Kontakte entstanden, die dann hilfreich waren auch für die Unterstützung des Verhandlungsprozesses in Doha. *

Jörg Nürnberger (SPD): Ich glaube, meine Frage ging noch einen Schritt weiter, nämlich dahin gehend, von dem Sie beauftragt worden sind, an diesen Gesprächen mitzuwirken.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Berghof Foundation arbeitet ein bisschen anders. Wir übernehmen keine Aufträge, sondern wir arbeiten zum einen auf Bitten von Konfliktakteuren selbst, die sozusagen um unsere Expertise wissen und dann unsere Hilfe anfragen. Und wir stellen dann Förderanträge bei verschiedenen Organisationen, internationalen Organisationen. In diesem Falle waren es das Auswärtige Amt und die Bundesregierung, die uns dieses Drittmittelbegehren oder diesen Antrag auf die Förderung des Projekts genehmigt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich doch noch einmal nachfragen, wer Sie denn angefragt hat, hier vermittelnd tätig zu werden: welche Seite, welche Organisation, welche Gruppierung.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Sie meinen jetzt: in Afghanistan? - Ich kann nur noch mal wiederholen, was ich vorher schon gesagt habe: Die Kontakte, die wir in der Lage waren zu entwickeln auf Anfrage der verschiedenen Parteien, entstanden schon deutlich vor dem Untersuchungszeitraum. Und auf dieser Basis konnten wir auch sozusagen das Angebot unterbreiten, den Verhandlungsprozess in technischer Weise

zu unterstützen. Und dieses Angebot haben wir als Antrag dann, als Förderantrag, beim Auswärtigen Amt eingereicht und haben ihn nach genauer Prüfung dann durch das Auswärtige Amt auch bewilligt bekommen.

Also, insofern ist es - - Wenn ich das noch mal wiederholen darf, arbeiten wir nicht im Sinne eines „Wir übernehmen einen Auftrag“, sondern wir werden angefragt. Wir prüfen, ob wir das leisten können, was die Parteien oder Akteure wollen. Und auf dieser Grundlage versuchen wir dann, die entsprechenden Mittel und Ressourcen einzuwerben, um die Aufgaben auch zu erfüllen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, wenn ich mich einmische, aber die Frage - auch wenn Sie gesagt haben, schon vor Beginn des Untersuchungszeitraums gab es diese Kontakte - ist für uns natürlich von großer Bedeutung für den Untersuchungszeitraum, von wem diese Anfragen gekommen sind und von wem nicht. Das ist schon eine Frage, die insofern zum Untersuchungszeitraum gehört, auch wenn das vorher schon eingeleitet worden ist. Das wollte ich nur noch mal -

Jörg Nürnberger (SPD): Ich hätte an der Stelle auch nachgefragt.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, die Anfrage kam von beiden Seiten, beiden Konfliktparteien. Eigentlich gibt es ja nicht nur zwei; es gibt ja viel mehr. Wir wissen, dass das keine monolithen Organisationen oder auch auf afghanischer Seite keine einheitliche Akteursgruppe waren. Aber die Anfragen kamen aus mehreren Richtungen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben auch die bei mir vorbereitete anschließende Frage inzwischen beantwortet. Ich habe Sie richtig verstanden: Die Finanzierung lief dann über einen Projektantrag, den Sie beim Auswärtigen Amt gestellt haben, und man hat Ihnen die entsprechenden Fördermittel zur Verfügung gestellt. - Ist das richtig?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das ist richtig. Und wir haben dazu eben auch die ent-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sprechenden konkreten Unterstützungsmöglichkeiten, die der Berghof Foundation zur Verfügung standen, in dem Antrag auch niedergeschrieben.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem Sie eine Finanzierung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes erhalten haben: Können Sie uns vielleicht auch in diesem Zusammenhang beschreiben, ob sich hieraus eine weitere Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ergeben hat und, wenn ja, mit welchen Stellen Sie dort regelmäßig in Kontakt waren und wie sich diese Zusammenarbeit gestaltet hat?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, Projektförderungen sind ja zeitlich begrenzt und richten sich nicht immer nach der Dauer von Unterstützungsprozessen. Insofern gab es zwei relevante Anträge für den Untersuchungszeitraum 2020 bis 2021. Aber es ist tatsächlich keine fortlaufende Prozessfinanzierung gewesen, sondern jeder Antrag musste neu eingereicht und dann eben auch diskutiert werden.

Im Auswärtigen Amt zuständig waren natürlich die Fachabteilung, die Querschnittsabteilung „Stabilisierung“, S 03, und das zuständige Referat in der Asien-Abteilung, AP 05. Gleichzeitig gab es aber auch Konsultationen mit der Botschaft in Kabul.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Verzeihen Sie, aber ich glaube, in der Lautstärke schaffen wir das nicht. Mein Eindruck ist, dass das auf den Tribünen nicht zu verstehen ist, bei unseren Gästen, und hier nur sehr mühselig. Wir haben das Mikrofon jetzt schon relativ laut gedreht, was schon zu Effekten führt. Meine Bitte wäre also, einfach noch ein bisschen näher heranzugehen. Sonst verstehen wir Sie ganz schlecht, und das ist ungünstig für alle Beteiligten. Deswegen ist meine herzliche Bitte: Ich muss dafür sorgen, dass wir eine Lautstärke haben, dass das hier alle verstehen können. Das wäre meine herzliche Bitte, dass Sie das noch mal - -

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich gebe mir Mühe. Wenn Sie mich nicht verstehen, macht ja die Befragung keinen Sinn.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So wäre das wunderbar. - Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich möchte an der Stelle gleich anschließen. Sie haben den Namen Krüger aus dem AP 05 ja bereits erwähnt. Der Referatsleiter wurde bei uns im Ausschuss bereits einmal befragt und kommt noch ein zweites Mal dran, und zur Rollenverteilung zwischen Berghof und dem Auswärtigen Amt hat er wie folgt ausgeführt - und ich beziehe mich dabei auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/11, Blatt 129, weil es geht mir nicht nur um die Finanzierung, sondern auch um die inhaltliche Zusammenarbeit -:

„Die Berghof Stiftung hat vor allen Dingen auch Prozessberatung gemacht, während wir stärker sozusagen die politische Unterstützung in den Vordergrund gestellt haben ...“

Können Sie anhand dieses Zitates bitte noch einmal etwas näher erläutern und ausführlicher erläutern, wie die Rollenverteilung, wenn Sie es auch so sehen würden, zwischen dem Auswärtigen Amt und Ihrer Foundation war?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich habe den Namen nicht genannt, wollte ich nur sagen. Ich habe nur gesagt: Wir haben mit AP 05, also dem zuständigen Referat, gearbeitet. - Aber das nur zur Klarstellung.

Die Rollenverteilung war von Anfang an kristallklar. Wir sind eine Organisation, die technische Beratung, also Prozessberatung im Sinne eines inklusiv zu gestaltenden Friedensprozesses anbietet, ohne politisches Mandat und auch ohne Interesse in irgendeiner Weise, einen der daran beteiligten Akteure oder Parteien politisch zu beeinflussen. Das ist auch die Voraussetzung dafür, dass man vertrauensvoll Zugang zu allen Akteuren hat.

Und was das Auswärtige Amt betrifft - Ihre konkrete Frage -: Wir waren in keinerlei Entscheidungsprozesse involviert. Ob unsere Beratungen, die wir zum Prozess geleistet haben auf der Basis unserer eigenen Erfahrung, in irgendeiner Weise



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann zur Entscheidung beigetragen haben, kann ich überhaupt nicht beurteilen, weil wir, wie gesagt, daran nicht beteiligt waren.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich bitte um Verzeihung, falls ich Ihnen fälschlicherweise unterstellt haben sollte, den Namen Krüger genannt zu haben. Das liegt daran, dass das bei uns allen so automatische Reaktionen auslöst, wenn wir „AP 05“ hören.

Ich möchte aber trotzdem noch einmal weitergehend fragen. Es gab ja zudem den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan, Herrn Potzel. Gab es da auch eine bestimmte Zusammenarbeit, hat man sich konsultiert, hat man miteinander gesprochen, oder bezieht sich Ihre Aussage auf die Zusammenarbeit mit dem AA, das sich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nicht in Ihre fachliche Arbeit eingemischt hat, wie Sie sich umgekehrt nicht in die Arbeit des AA sachlich eingebracht haben, auch auf die Person Potzel?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das Letztere ist der Fall. Es ist auch in einer der Unterlagen, die Ihnen zugegangen sind, von einer Person aus dem Auswärtigen Amt ausdrücklich gegenüber Dritten gesagt worden, dass wir auch dem Auswärtigen Amt nicht alles sagen. Das war sozusagen auch ein Beleg dafür, dass diese Rollenverteilung auch in der Kommunikation völlig transparent sowohl nach innen als auch nach außen gehalten worden ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Und um diesen Fragenkomplex abzuschließen, würde ich Sie gerne noch fragen wollen, wie Ihre Beziehung und Ihre Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Kabul und mit der deutschen Vertretung in Doha waren.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich fange mal mit dem Letzten an: Die deutsche Vertretung in Doha war für unsere Arbeit, vor allem bei der Unterstützung des Verhandlungsprozesses, lebenswichtig. Wegen der Covid-Pandemie brauchten wir tatsächlich ständig Einreisegenehmigungen. Das war sehr kompliziert. Und insofern gab es da sozusagen eine eher administrative

Kooperation, während es mit der Botschaft in Kabul natürlich auch darum ging, dass Vertreter der Botschaft zu bestimmten Terminen, die wir organisiert haben, mitgekommen sind oder eben auch umgekehrt. Also da gab es eine relativ gute Zusammenarbeit.

Das ist natürlich auch das Interesse einer Organisation, die zwar jetzt nicht im deutschen Auftrag gehandelt hat, ja aber doch, deutsche Interessen nicht zu gefährden. Und insofern war also hier eine Abstimmung immer wieder auch erforderlich, und wir haben das auch geleistet.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie jetzt im Rückblick diese Zusammenarbeit mit den Stellen des Auswärtigen Amtes betrachten: War das im Vergleich zu anderen Aufträgen bzw. anderen Projekten, die die Berghof Stiftung bearbeitet hat, ein typisches Vorgehen, oder gab es irgendwelche besonderen Beziehungen, besondere Zusammenarbeit, die es in anderen Projekten so nicht gegeben hat? Ging das alles in den Bahnen, die für die Berghof Stiftung und ihre Arbeit üblich waren?

(RA Dr. Jochen Pörtge: Herr Vorsitzender, ich halte die Frage für unzulässig! Die bezieht sich auf die Rückschau! Es geht allenfalls darum, was er damals wahrgenommen hat!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, die Frage war eigentlich nicht mit Haken gestellt. Ich glaube, wenn man sie umformuliert, kann sie in der Sache jedenfalls gut beantwortet werden, wenn man einfach die Wörtchen „in der Rückschau“ weglässt. Das lassen wir, streichen wir aus dem Protokoll. Dann können Sie die Frage beantworten.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, von der Art, wie die Berghof Foundation aufgestellt ist, gibt es weltweit vielleicht noch zehn, zwölf andere Organisationen, die in diesen asymmetrischen Konflikten diskrete technische Unterstützung anbieten. Da gibt es natürlich immer nicht so viele Prozesse; aber es gibt außer dem Afghanistan-Prozess auch noch andere Prozesse, in denen die Berghof Foundation gemeinsam mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Auswärtigen Amt oder auch mit anderen Regierungen oder internationalen Organisationen zusammenarbeitet. Insofern ist es nicht untypisch; aber es war schon eine über einen längeren Zeitraum sehr intensive Zusammenarbeit in Bezug auf den Verhandlungsprozess.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir sehen, dass offensichtlich das Vorhandensein von Vertrauen zwischen den beteiligten Verhandlungsparteien eine ganz wichtige Voraussetzung für die Möglichkeit eines Gelingens von solchen Verhandlungen darstellt. Können Sie uns schildern, wie es Ihnen als Berghof Foundation gelungen ist, diese Position - und ich nutze den Begriff, der öfter mal verwendet wird - als ehrlicher Makler, als vertrauenswürdige Verhandlungsposition zu erreichen, und was dafür die Voraussetzungen sind?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, es gibt eigentlich zwei Punkte, die eine Rolle spielen: Erstens. Alle Parteien, die an dem Konflikt in irgendeiner Weise beteiligt oder interessiert sind - jetzt rede ich nicht nur über die afghanischen Parteien -, müssen wissen, was wir da machen. Also sozusagen die Transparenz gegenüber allen Parteien, dass wir da beteiligt sind - das war ein Weg, uns davor zu schützen, Misstrauen zu erzeugen, indem wir das Vertrauen zu einer Seite aufbauen.

Und das Zweite ist: Sie dürfen sozusagen nicht das Vertrauen, das Ihnen entgegengebracht wird, missbrauchen, indem Sie zum Beispiel sich selbst profilieren oder auch nur den Eindruck erwecken, parteilich, für eine Partei zu agieren und die andere damit sozusagen in Nachteil zu setzen.

Und im Falle der afghanischen Parteien war es eben tatsächlich für uns so, dass wir von Anfang an klargemacht haben: Wir stehen nicht auf einer Seite einer Partei, sondern wir stehen auf der Seite des Prozesses, nämlich, wir unterstützen das Anliegen, von gewaltförmigem Konfliktausgang zu konstruktiven Beziehungen zu kommen. Und was wir dafür tun können, werden wir tun, und werden darüber nicht schwätzen in der Öffentlichkeit, sondern werden unsere Fähigkeiten und unser Wissen, unsere Expertise den Parteien

zur Verfügung stellen, um selbst einen Weg zu finden, miteinander klarzukommen.

Das heißt also, wir haben zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Modelle oder - wie soll man sagen? - Vorschläge gemacht, was eine Partei machen soll, um die andere zu übervorteilen, sondern das Anliegen war eigentlich stets, Ideen zu entwickeln, Optionen aufzuzeigen, wie bestimmte Interessen auch in einem kooperativen Rahmen wahrgenommen werden können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Jetzt wechselt das Fragerecht zur CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Professor Gießmann, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich möchte mit Ihnen unmittelbar springen in die Verhandlungsphase im Juni, Juli und August 2021 und Ihnen dazu zunächst vorlegen Ihren „Activity report“ von August 2021; das ist MAT A Berghof-1.16 VS-NfD, Blatt 1 bis 3. - Ich würde bitten, dem Zeugen das Dokument kurz vorzulegen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Sie erinnern das Dokument?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, ich erinnere mich natürlich des Dokuments. Die Frage war jetzt, auf welchen Passus Sie sich beziehen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Da käme ich jetzt zu. Mir ging es jetzt erst mal darum: Wer ist eigentlich Empfänger dieser - aus unseren Unterlagen ersichtlich - kontinuierlichen Berichte gewesen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Als Drittmittellempfänger ist der Empfänger natürlich der Geber - und in dem Falle das Auswärtige Amt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Sie schreiben in diesem Bericht - Zitat -:

„Our team, present in Doha throughout the developments, attempted to support at every stage - when early on there seemed to be a possibility of coming to an agreement on a negotiated handover of power after all, we drew up a draft at the request of the Republic negotiation team. We also worked on coordinating the draft with the Taliban and had made significant progress in getting their buy-in for the document. ... Simultaneously to the work on the agreement, we were facilitating indirect communication between the two sides including on the subject of preventing the Taliban from entering the city of Kabul, which they agreed on.“

Das ist die eine Passage. Und dann kommt später im Text eine zweite Passage, auf die ich eingehen möchte. Da heißt es - Zitat -:

„When all attention shifted to Kabul and the developments taking place there, we were amongst those communicating with the Taliban about the need for them to enter the city“

- „to enter the city“! -

„based on requests coming from the Republic side and the reports of evolving chaos.“

Das beschreibt ja zwei Phasen, aus meiner Sicht, der Verhandlungen, also die Verhandlungen über ein Abkommen zur Übergabe der Macht - so entnehme ich es der ersten Textpassage - und zweitens dann einen Wandel hin sozusagen in eine Übergabe der Stadt an die Taliban.

Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung oder anhand des Vermerkes kurz schildern, wie sich dieser Wechsel der Position vollzogen hat?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich bitte, da noch mal den Zeitpunkt sich auch vor Augen zu führen: Das ist August 2021, sozusagen die letzten Tage eigentlich der Republik und auch die letzten Tage der Verhandlungen. Zu diesem Zeitpunkt ging es eigentlich nicht mehr darum, sozusagen den Ursprungsgedanken von intraafghanischen Verhandlungen weiter zu verfolgen, sondern es ging darum, wie sozusagen eine Chaossituation in Afghanistan zu vermeiden war.

Die Anfrage, Ideen zu entwickeln, wie ein solcher Übergang gewährleistet werden kann, ein ordentlicher Übergang, kam unmittelbar aus der Delegation der Republik, und zwar vor dem Hintergrund, dass geplant war, dass der ehemalige Präsident Karzai und der Vorsitzende des Hohen Rates für Nationale Versöhnung - ich muss immer überlegen, wie es auf Deutsch heißt - nach Doha fliegen sollten, um das mit den Taliban auszuverhandeln. Und diese Ideen sind der Delegation unterbreitet worden; sie sind dann auch an die Taliban herangetragen worden. Und es gab offensichtlich, so wurde mir das damals - das ist mir Erinnerung - berichtet, ein weitgehendes Einverständnis über eine Art von Übergabevereinbarung.

Diese weitgehende, aber doch nicht abgeschlossene Vereinbarung scheiterte dann aber daran, dass der Präsident und auch der Vizepräsident sich, im Übrigen auch in Unkenntnis engster Mitarbeiter vor Ort - auch das ist in Dokumenten, glaube ich, nachzulesen als Information, nicht von uns, sondern von den entsprechenden Personen -, dann überraschend abgesetzt haben und sozusagen die Verfassungsorgane Afghanistans quasi außer Kraft gesetzt waren.

Und in dieser Situation - so ist mir Erinnerung - wurde uns berichtet, dass sowohl von afghanischer Seite als auch von den USA an die Taliban der Wunsch herangetragen wurde, einzurücken nach Kabul, weil sich dort kriminelle Gangs betätigten und ein absolutes Chaos drohte. Das heißt also, die Aufforderung an die Taliban, die, soweit sie berichteten, eigentlich sich darauf eingelassen hatten, die Stadt nicht zu erobern, sondern an den Grenzen auszuharren, diese Vereinbarung



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde durch die Aufforderung, nach Kabul einzurücken, quasi aufgehoben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das betrifft einen ganz wesentlichen Kern unserer Ermittlungen, will ich mal an dieser Stelle sagen. Deswegen fasse ich da gleich noch mal nach. Denn die Frage: „War der Fall Kabuls vorhersehbar oder nicht vorhersehbar?“ ist einer der Punkte, die uns hier sehr beschäftigt. Und deswegen war ich schon sehr überrascht, als ich hier bei Ihnen gelesen habe, dass Sie bei Verhandlungen zugegen waren oder mitgewirkt haben, die eine Übergabe-, sozusagen, -verabredung beinhalten.

Deswegen würde ich gerne noch mal fragen: Von wem kam dieser Impuls und wann?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Person kann ich Ihnen nicht nennen; aber die direkte Aufforderung, binnen Stunden etwas vorzulegen, was vielleicht Teil der Verhandlungen sein könnte, kam aus der afghanischen Regierung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dem ersten Teil, den ich Ihnen eben aus dem Dokument vorgehalten habe, ging es noch darum, die Taliban davon fernzuhalten, Kabul einzunehmen, wo sie auch zugestimmt haben. Können Sie das für uns noch mal zeitlich einordnen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, wir reden hier buchstäblich über einen Zeitraum von zwei, drei Tagen, in dem sozusagen letzte Versuche unternommen wurden, ein Blutvergießen auch zu verhindern. Ich war zu dem Zeitpunkt selbst in Doha und auch am 15. August noch in Doha. Insofern ist mir das schon noch einigermaßen alles gegenwärtig, dass das sich auf wenige Stunden zusammendrängelte.

Meines Wissens kam die Aufforderung, sozusagen Ideen zu entwickeln, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, am 13. oder am 14. Also das war wirklich - - Der Besuch war ja für den 15. bis 17. geplant, von Abdullah und Karzai. Dazu ist es ja dann nicht mehr gekommen. Und zu diesem Zeitpunkt hatten die Taliban signalisiert, dass sie bereit sind, auf die Übergabe zu warten. Das heißt, insofern war also eine gewisse Pause in der

Offensive der Taliban - wie gesagt, so wie ich es gehört habe - vereinbart; aber das Ganze hob sich dann in dem Augenblick auf, als der Präsident verschwand.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie uns schildern, wann Ihrer Ansicht nach der Zeitpunkt gekommen war, wo nicht mehr über eine Friedenslösung, sondern nur noch über eine Übergabe der Macht - Sie schreiben ja hier: „power after all“ - - Also wann war der Zeitpunkt, wo jetzt eigentlich nicht mehr über eine Vereinbarung über Frieden - - sondern eine Vereinbarung über Machtübernahme gestartet wurde?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Im Grunde genommen war ja schon ab Mai vorhersehbar, dass die Provinzen und auch Provinzstädte sehr stark unter Druck gerieten und die Taliban erhebliche Fortschritte machten.

Die Frage versuche ich so zu verstehen, ob die Taliban überhaupt noch Interesse daran hatten, an den Verhandlungen teilzunehmen. Und ich würde sagen: Ja - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also an den Friedensverhandlungen.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: An den Friedensverhandlungen, ja. - Ich würde sagen: Ja, das Interesse gab es. Die Frage war, ob es die Verhandlungsmacht noch gab, etwas dagegensetzen. Die Taliban hatten in jedem Fall das Interesse, Chaos zu verhindern. Sie hatten in jedem Fall auch noch das Interesse, nicht in letzter Minute in irgendeiner Form das Doha-Abkommen zu gefährden, das sie ja quasi in diese bevorzugte Position gebracht hatte. Und sie hatten natürlich auch das Interesse, dass sozusagen die Funktionsfähigkeit der Verwaltung über den Tag X hinaus gewährleistet werden konnte, weil es ist natürlich - das brauche ich, glaube ich, in dem Kreis auch nicht erläutern - etwas anderes, eine Macht zu erringen, als dann eine Macht zu verwalten. Und da die Taliban nicht sozusagen über das Potenzial verfügten, um also die Administration sofort zu übernehmen, hatten sie schon auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Interesse an einer ordnungsgemäßen Übergabe.

Insofern hat sich das Ziel der Verhandlungen aufseiten der Taliban sicherlich über die Zeit verändert. Und es war also: Zum Ende der Verhandlungen ging es weniger um Interessenausgleich als um die Organisation eines möglichst gewaltfreien oder gewaltarmen Übergangs.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Könnten Sie das zeitlich noch konkretisieren? 13. bis 15. waren sozusagen die Negotiations hier. Aber wann, würden Sie sagen, ging es eigentlich nur noch um die Übernahme?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das würde ich tatsächlich auf die letzten Tage reduzieren. Es ist so, dass die Instruktionen, die die Delegation, die Regierungsdelegation, aus Kabul erhielt, sukzessive immer weniger wurden und insofern die Delegation auch am Schluss kaum noch in der Lage war, über irgendwelche inhaltlichen Fragen zu verhandeln. Und die Taliban selber sahen ihren Hauptpartner in den letzten Tagen eher in den USA als in der afghanischen Delegation vor Ort.

Aber es ist auch zutreffend - und das sehen Sie auch in dem Dokument, das Sie zitiert haben -: Es gab auch eben Kontakte zwischen Vertretern der Republik und den Taliban bis in die letzten Stunden hinein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In der Passage heißt es:

“... we drew up a draft at the request of the Republic negotiation team.”

Könnten Sie uns den wesentlichen Inhalt dieses Drafts mal erläutern?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es gab ein sehr kurzes Papier über verschiedene Optionen des Übergangs. Das Papier selbst ist - - Also, ich selber habe das Papier gar nicht mehr. Das war damals - wie gesagt, innerhalb von kurzer Zeit wurde das als Optionenpapier vorgelegt -

aber kein - wie sagt man? - fertiges Übergabeprotokoll. Es waren Ideen eher, was man mit den Taliban noch diskutieren könnte, um den ordnungsgemäßen Übergang zu gewährleisten. Da ging es vor allem natürlich um die Frage der Gewährleistung von Gewaltfreiheit.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieses Papier muss es ja irgendwie geben. Wir haben es von Ihnen nach unserer Kenntnis nicht übermittelt bekommen. Deswegen frage ich nach dem Inhalt des Papiers. Wissen Sie, was aus diesem Stück Papier geworden ist?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich kann es Ihnen, ehrlich gesagt, wirklich nicht sagen, weil ich habe dieses Papier nicht. Es war damals ein Diskussionspapier, was wir in Doha natürlich auch nicht in irgendeiner Form elektronisch vorbereitet haben, sondern das waren mehr oder weniger ein paar Notizen, die wir der Delegation übergeben haben.

Aber ich kann Ihnen natürlich sagen: Es ging im Kern schon um die Frage eines Powersharings, im Sinne von: Wie kann man die Akteure, die vor Ort in Verantwortung sind, und die Akteure, die nun einrücken - - wie kann man sozusagen eine gewisse Form der Zusammenarbeit gewährleisten? Und im Kern ging es vor allem darum - hat sich im Nachhinein natürlich auch als Illusion erwiesen -, dass Abdullah Abdullah und der ehemalige Präsident sich angeboten hatten, sozusagen als integrierende Figuren für die Republik mit den Taliban eng zusammenzuarbeiten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieses Papier ist im Wortlaut dessen, was ich vorhin vorgelesen habe, ja auch offensichtlich umfasst davon - und offensichtlich von den Taliban zugestanden worden -, die Stadt Kabul nicht einzunehmen. Kann ich so konkret noch mal nachfragen: Erinnern Sie, dass das Gegenstand des Drafts war?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, das war nicht Gegenstand des Drafts, sondern es war ja klar, dass die Taliban zu irgendeinem Zeitpunkt einrücken würden. Es ging darum - - Also, ich sage noch mal: Die Idee war, die Ideen zu diskutieren in einem Treffen zwischen Abdullah



Nur zur dienstlichen Verwendung

Abdullah und Hamid Karzai mit der Taliban-Delegation in Doha. Das war die Idee. An diesen Verhandlungen wären wir auch nicht beteiligt gewesen. Und ich weiß auch nicht, welche von den Ideen, die wir damals entwickelt haben, überhaupt ein Teil der Gespräche gewesen sind zwischen den beiden Seiten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie über die Entwicklungen in diesen Tagen eigentlich auch akut das Auswärtige Amt informiert?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, meines Wissens ja. Aber es ist auch so, dass das Auswärtige Amt ja auch vor Ort über lange Zeit vertreten war und insofern auch andere Gespräche zum Teil geführt hat, als wir sie geführt haben, mit anderen Akteuren. Aber in diesem konkreten Fall kann ich Ihnen ganz klar sagen, dass es keine direkte Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt gegeben hat, sondern dass dieser Austausch ausdrücklich auf Bitten eines Regierungsmitgliedes der afghanischen Republik an uns herangetragen worden ist und binnen kurzer Zeit von mir seinerzeit dann entworfen wurde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich würde nur auf die zweite Passage noch mal kurz zu sprechen kommen, wo es dann ja heißt:

„... we were amongst those communicating with the Taliban about the need for them to enter the city ...“

Jetzt will ich mal fragen: Verstehe ich das richtig, dass Sie zu denen gehört haben, die die Taliban aufgefordert haben, die Stadt Kabul einzunehmen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, natürlich nicht. Aber wir haben vor Ort von diesem Bedarf gehört, und insofern heißt ... (akustisch unverständlich) Teil dieser Diskussion - - dass wir wussten, dass darüber diskutiert worden ist.* Aber wir haben weder diesen Vorschlag gemacht noch in irgendeiner Weise Vorschläge gemacht in der Richtung, das zu tun oder zu lassen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben eben geschildert, dieser Vorschlag, sozusagen die Taliban aufzufordern, die Stadt Kabul einzunehmen, sei von der afghanischen Regierung selbst gekommen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Aus den Gesprächsprotokollen, die Ihnen vorliegen, geht hervor, dass es sowohl die Anfrage - - sowohl die Bitten der amerikanischen Seite gegeben hat als auch von Vertretern der Republik.

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, wenn ich da reinspringen darf. All diese Gesprächsprotokolle sind als VS-Vertraulich eingestuft; das bitte ich zu berücksichtigen. Ich glaube, wir sind jetzt schon an dem Punkt angelangt, wo man dann, wenn man über Details sprechen würde, in nichtöffentliche Sitzung gehen müsste.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das glaube ich nicht, weil ich zitiere hier ja aus einem VS-NfD-Dokument. - Genau.

VLR Andreas Gloßner (AA): Das ist richtig. Aber die Protokolle, auf die sich Herr Gießmann gerade bezogen hat, die sind als VS-Vertraulich eingestuft.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, das mag - - Genau, die Protokolle. Aber aus denen ist ja bisher auch noch nicht vorgehalten oder zitiert worden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war ein Hinweis, glaube ich, in Richtung des Zeugen, wenn ich das richtig verstanden habe, -

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - und weniger gegenüber dem Fragesteller.

VLR Andreas Gloßner (AA): Richtig, weil sich der Zeuge gerade auf diese Protokolle in seiner Aussage bezogen hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich anders.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielleicht noch mal ohne Bezug auf die Protokolle. Also, Sie haben vorhin in Ihrer Aussage ja auch schon gesagt: Von der amerikanischen Seite kam der Wunsch, von der Seite der Republik Afghanistan wurde der Wunsch an Sie herangetragen. Können Sie das noch einmal zeitlich einordnen, wann das gewesen ist?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das ist alles in diesem Zeitraum 13. bis 15. August gewesen. Also, da gab es keinen langen Vorlauf. Es war wirklich die akute Frage - - Die Taliban standen ja vor den Toren Kabuls, und die Frage war: Wird es zu einer gewaltförmigen Übergabe oder Übernahme kommen, oder wird es in irgendeiner Form eine Vereinbarung geben? Denn wir reden über eine Stadt, die mehrere Millionen Einwohner hat, und das war sozusagen wirklich der letzte Versuch, hier eine einvernehmliche Regelung herbeizuführen. - Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht wechselt zu Bündnis 90/Die Grünen, Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde jetzt sozusagen zeitlich wieder zurückgehen, und zwar an den Anfang der Verhandlungen. Mich würde interessieren: Kennen Sie eigentlich den vollständigen Inhalt des US-Taliban-Abkommens, einschließlich aller Annexe?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich hätte ihn gerne gesehen, aber ich kenne ihn leider nicht.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hat sich das denn dann auf Ihre Arbeit ausgewirkt? Haben die Taliban sich insbesondere zum Beispiel während der Verhandlungen auf Vereinbarungen darauf berufen? Und wie hat sich das dann ausgewirkt, dass Sie das nicht kannten?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, also über die geheimen Protokolle wurde nie gesprochen. Ich muss auch ganz klar hier sagen, dass es keine Zusammenarbeit in irgendeinem Kontext mit militärischen Fragen, Sicherheitsfragen gegeben hat, sondern die Unterstützung bezog sich ganz klar auf den Verhandlungsprozess. Und hier haben die Taliban von Anfang an sehr deutlich gemacht, dass sie das Doha-Abkommen mit den USA als ausschließliche Grundlage für eine Vereinbarung angesehen haben. Das heißt, dass die intraafghanischen Verhandlungen, die ja ein Bestandteil dieses Abkommens waren, als untergeordneter Teilpunkt dieses Abkommens zu verstehen waren. Und das war mitunter dann eben auch sehr schwierig, über weitergehende Fragen zu reden, weil die Taliban daran in keiner Weise interessiert waren.

Man kann ja ein Dokument - - Das wissen Sie als Juristinnen und Juristen natürlich noch viel besser: Wenn man sozusagen ein Dokument an einer Stelle irgendwie versucht zu verändern, dann verändert man das gesamte Dokument. Sie waren also sehr professionell darauf bedacht, sich nur auf diese Punkte, die im Dokument vorhanden waren, zu fokussieren. Das Problem, das darin bestand, war, dass eben die Vorgaben für die Regierung sehr viel konkreter waren als für die Taliban, die also sehr allgemeine, luftige Versprechen gaben, die aber sehr schwer zu verifizieren waren. Also, das war für uns die größere Schwierigkeit, als das Dokument vom 29. Februar nicht zu kennen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Sie haben ja gerade - das würde ich so zusammenfassen - herausgestellt, dass Sie der Hüter des Prozesses waren und das halt auch Ihre Fokussierung war. Deswegen würde mich noch mal interessieren: Hatten Sie denn den Eindruck, dass Sie mit beiden Seiten oder mit allen Seiten gleichermaßen vertrauensvoll zusammenarbeiten konnten?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich würde den Begriff „Hüter“ nicht verwenden. Berghof Foundation unterstützt technisch. Aber ich habe, glaube ich, eingangs auch schon gesagt, dass wir nicht - - Friedensprozesse können



Nur zur dienstlichen Verwendung

eigentlich nur gelingen, wenn die Parteien es selber wollen. Und insofern sind wir da auch natürlich von Anfang an immer abhängig gewesen davon, was die Parteien aus dem machen, was wir beraten. Also, insofern würde ich sagen, dass diese prozessbezogenen technischen Fertigkeiten für beide Seiten oder für alle Beteiligten interessant waren. Und sie wurden auch nachgefragt. Sie wurden vor den Verhandlungen nachgefragt und auch während der Verhandlungen nachgefragt, wobei während der Verhandlungen wir ausschließlich in technischer Hinsicht, was sozusagen die Fähigkeitsvermittlung betrifft, auf Anfragen der Republikdelegation gehandelt haben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie denn bei den Verhandlungen den Eindruck, dass die Taliban tatsächlich an einem erfolgreichen Ausgang der innerafghanischen Friedensverhandlungen interessiert waren? Oder war das Führen der Verhandlungen für die lediglich so eine pflichtschuldige, reine Formalität zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem US-Taliban-Abkommen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich war bei den Verhandlungen nicht dabei. Insofern kann ich nur immer sozusagen das reflektieren, was mir von den Beteiligten außerhalb des Raumes zugetragen wurde. Und ich habe ja vorhin schon einige Interessen der Taliban benannt. Man kann dazu auch noch addieren, dass sie in jedem Fall natürlich auch die Isolation, in die sie in den 90er-Jahren geraten waren, vermeiden wollten, also sozusagen einen Rückfall in die Isolation aus der ersten Talibanherrschaft, und dass sie natürlich auch daran interessiert waren, sozusagen den Vertrauensvorschuss, der ihnen in Teilen der Bevölkerung entgegengebracht wurde - nicht so sehr, weil die Taliban sehr beliebt waren, sondern eher, weil die Republik so schlecht performt hat - dass sie den nicht verspielen wollten und sozusagen auch daran interessiert waren, auch die eigene Bewegung zusammenzuhalten über den Tag des Machtwechsels hinaus. Also, es gab durchaus fundamentale Interessen auch aufseiten der Taliban, die, wenn die Verhandlungsmacht klug genutzt worden wäre, vielleicht auch zu anderen Ergebnissen geführt hätte.

Aber ich sage noch mal dazu: Das Doha-Abkommen war nicht sehr hilfreich in der Beziehung. Es hat sozusagen eigentlich den wichtigsten Hebel gegenüber den Taliban weggenommen. Und ich erinnere mich noch sehr gut, dass ein Talibanvertreter mir mal sagte: Also, für uns sind die Verhandlungen die Alternative zum Krieg. - Also mit anderen Worten: Die Taliban sahen, sie hatten eine Alternative, nämlich die Verhandlungen. Für die Regierung gab es diese Alternative aber nicht. Für die Regierung waren die Verhandlungen der einzige Weg, zu verhindern, dass es zum Kollaps kommt. Und das brachte eigentlich die beiden Seiten in eine sehr ungleichgewichtige Position.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Aus dem „Activity report“ in den Akten - MAT A Berghof-1.02 VS-NfD_Austausch - geht hervor, dass Sie bereits vor Abschluss des Doha-Abkommens, nämlich im Januar und Februar 2020, mehrmals in Doha und in Kabul waren, und zwar zu „Consultation/coaching visits“. Können Sie uns mal ausführen, wie es dazu kam und was Sie da genau gemacht haben bzw. wen Sie da getroffen haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Verhandlungen haben ja auch einen gewissen Vorlauf. Wir sind ursprünglich ja davon ausgegangen, dass es nicht nur Verhandlungen geben würde, sondern vielleicht auch einen begleitenden Dialogprozess. Verhandlungen sind ja zwischen Konfliktparteien keine vertrauensbildenden Prozesse, sondern erst, wenn was vereinbart wird und das dann implementiert wird, kann vielleicht Vertrauen entstehen.

Wir waren aber der Meinung, dass es gerade für diesen Konflikt nach so vielen Jahrzehnten Krieg notwendig ist, auch Vertrauen in der Bevölkerung zu entwickeln. Und ein solcher vertrauensbildender Prozess entsteht eigentlich durch gemeinsames Lernen und durch Dialog. Insofern war die Idee des 2019 stattgefundenen Dialoges ein Schritt in diese Richtung, und es bestand durchaus vor dem Abschluss des Doha-Abkommens die berechtigte Hoffnung, dass es vielleicht nicht nur eine Verhandlung zwischen den USA und den Taliban geben würde, sondern auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

einen weiterführenden Dialogprozess auf der Basis dessen, was im Juli 2019 in Doha besprochen wurde.

Dass es dazu nicht gekommen ist, ist jetzt noch mal eine andere Geschichte; aber die darauf aufbauende Kapazitätsförderung spielte eine erhebliche Rolle, nämlich die Vertreter der Afghanischen Republik kamen zu uns nach dem Doha-Dialog und sagten also: Wir wollen jetzt auch Trainings haben, wie man also sozusagen mit der anderen Seite umgeht. - Wir haben dann angefangen, solche Trainings auch anzubieten und Workshops durchzuführen, anfänglich in einem etwas breiteren Spektrum, weil die Verhandlungsdelegation erst viel später aufgestellt wurde, aber dann, unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen - 2020, im Frühjahr -, auch direkt mit dem Verhandlungsteam.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Activity report zu einem dieser Besuche im Februar 2020 steht - MAT A Berghof- 1.02 VS-NfD_Austausch, Blatt 2 -:

„Challenges: The US-Taliban talks and potential impact of election results might have an influence on when and whether the IAD II can be hosted in Germany.“

Was war eigentlich damit gemeint? Also, wie haben sich die Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban auf die Frage ausgewirkt, ob der innerafghanische Dialog in Deutschland ausgerichtet werden konnte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also so, wie ich es eben beschrieben habe: Die Idee war, den begonnenen Dialogprozess im Jahre 2019, der ja mit einer Vereinbarung endete, mit einer auch öffentlich publizierten Vereinbarung, von der damals selbst der amerikanische Verhandlungsführer sagte, er hätte das nicht gedacht, dass es zu einem solch weitgehenden Dokument kommen würde - Bereitschaft zu Reduction in Violence, also Gewaltreduzierung usw. - - Es war sozusagen die Hoffnung, dass es vielleicht einen parallelen Dialogprozess geben könnte.

Sie dürfen ja auch nicht übersehen, dass die Verhandlungen selbst unter Ausschluss der afghanischen Regierung stattfanden - die Verhandlungen. Und der Dialogprozess war eben darauf ausgerichtet, die Regierung im Prozess zu halten und auch die politischen Oppositionsparteien im Prozess zu halten und keinen bilateralen Austausch nur zwischen den Taliban und den USA zu erreichen. Das war das Angebot. Aber es ist eigentlich dann - - Mit der Dynamik, die durch die Verhandlungen entstand, und auch der abnehmenden Bereitschaft der Taliban, sich auf einen Parallelprozess einzulassen, war dann die Idee einfach schon mit Beginn der Verhandlungen nicht mehr weiterzuverfolgen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei einem weiteren Treffen in Doha im Februar steht im „Activity report“ unter „Challenges“ - MAT A Berghof-1.02 VS-NfD_Austausch, Blatt 2 -:

„Huge differences in the perception of the current situation by the T and the government make communication more difficult.“

Was war damit gemeint? Also, wie wurde zu diesem Zeitpunkt die aktuelle Situation jeweils von Taliban und der afghanischen Regierung wahrgenommen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Können Sie mir noch mal vielleicht die Seite sagen - das sind ja mehrere Seiten -, welches - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können es Ihnen auch vorlegen.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich habe es, glaube ich, vor mir liegen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Aber ich bin mir jetzt nicht genau sicher - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Blatt 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Blatt 2, okay.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Und welchen Zeitraum beziehen Sie sich?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Februar 20.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, beide Maßnahmen sind im Februar, eine 7., 11. und einmal 19., 21.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der zweite Zeitraum.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Okay. - Ich glaube, ich muss Sie bitten, die Frage noch mal zu wiederholen. Entschuldigung.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne. Also, ich habe ja aus der MAT zitiert:

„Huge differences in the perception of the current situation by the T and the government make communication more difficult.“

Und meine Frage ist: Was war eigentlich damit gemeint? Also, wie wurde zu diesem Zeitpunkt die aktuelle Situation jeweils von Taliban und der afghanischen Regierung wahrgenommen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Eines der, glaube ich, Schlüsselprobleme war die in dem Abkommen zwischen den USA und den Taliban festgelegte Zahl von 5 000 Gefangenen, die die Regierung freilassen sollte, und zwar handelte es sich dabei ja größtenteils auch um Gefangene, die in der Obhut der afghanischen Regierung gewesen sind, und zum Teil auch um Gefangene, die sich erheblicher Straftaten schuldig gemacht hatten. Und der Punkt war hier, dass die afghanische Regierung nicht bereit war, diese Gefangenen freizulassen ohne sozusagen auch klare Zugeständnisse aufseiten der Taliban, insbesondere was den angestrebten Waffenstillstand betraf. Also, insofern gab es auf beiden Seiten erhebliche Probleme.

Es gab aber noch ein anderes Problem, glaube ich, das auch zunehmend dann von Bedeutung war, nämlich die Tatsache, dass es infolge der Präsidentschaftswahlen 2019 und der Limbo-Situation, die danach entstanden war, für die Regierung unmöglich war, ein Verhandlungsteam in kurzer Frist zur Verfügung zu stellen. Und Sie hörten dann aufseiten der Republik ganz verschiedene Meinungen über das, was mit den Verhandlungen zu erreichen war. Das reichte von der teilweisen Integration der Taliban in die Gesellschaft bis hin zu Powersharing-Überlegungen.

Und ich glaube, das muss man mit in Rechnung stellen, dass es aufseiten der Republik ein hohes Maß auch an Unzufriedenheit mit der Regierung von Ashraf Ghani gab und es durchaus auch Akteure im Regierungsumfeld gegeben hat - ich muss das vielleicht nicht im Einzelnen ausführen -, die ein größeres Interesse daran hatten, sich Ashraf Ghani zu entledigen, als mit den Taliban jetzt unbedingt einen Deal zu vereinbaren.

Also, die Differenzen waren größer aufseiten der Republik als aufseiten der Taliban, aber auf jeden Fall auch zwischen den beiden Parteien dann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerrecht. - Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Professor Gießmann, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. - Wir hatten ja heute schon häufiger über dieses Abkommen zwischen den Taliban und Teilen der Republik Afghanistan gesprochen. Ich habe hier bei der Vorbereitung auf diese Sitzung einige Fundstellen gefunden. Eine sehr interessante - fürs Protokoll: das ist MAT A AA-9.44, Blatt 221 -: Das ist eine E-Mail von Markus Potzel, verschickt am 19. August 21. In dieser E-Mail beruft sich Markus Potzel auf die Berghof Stiftung.

Die Frage ist: Was haben Sie bzw. Ihre Kollegen Markus Potzel oder anderen Regierungsvertretern im Hinblick auf das Abkommen berichtet und vor allen Dingen wann? Können Sie sich da noch dran erinnern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Können Sie mir die E-Mail zeigen?

Stefan Keuter (AfD): Ja.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich habe - - Ich weiß gar nicht - -

Stefan Keuter (AfD): Die lasse ich Ihnen zeigen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Ich wollte uns eigentlich die Zeit sparen, dass ich die E-Mail nicht vorlese.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich muss fragen, weil ich bin in dieser E-Mail ja selbst gar nicht adressiert. Also, ich kenne diesen Text gar nicht. Insofern weiß ich nicht - -

(Der Zeuge liest weiter in
den ihm zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Stefan Keuter (AfD): Die Frage war ja auch nicht auf die E-Mail direkt bezogen, sondern grundsätzlich, was Sie - - bzw. Ihre Stiftung an die Bundesregierung berichtet hat und wann.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das bezieht sich offensichtlich auf die Flucht von Ghani, ja? Nehme ich mal an. Das wurde uns nur berichtet. Die Umstände der Flucht von Ghani wurden uns von Republikvertretern berichtet. Und es kann durchaus sein, dass wir eher über die Umstände der Flucht von Ashraf Ghani informiert waren aufgrund dieses direkten Kontaktes, als das Markus Potzel gewesen ist.

Stefan Keuter (AfD): Wir reden - -

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Aber das kann ich jetzt nur aus dem Kontext herleiten, weil ich, wie gesagt, kenne diese E-Mail nicht.

Stefan Keuter (AfD): Wir reden über die Flucht durch den Tunnel 300 Meter bis zur französischen Botschaft. Meinen Sie das?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ehrlich gesagt, weiß ich nichts von einer Flucht über 300 Meter. Ich weiß nur etwas von der Flucht aus dem Präsidentenpalast zu einem Helikopter, der mithilfe offensichtlich eines Abu Dhabi- - oder nein, nicht Abu Dhabi; das ist, glaube ich, falsch, was hier steht - - einer UAE-Kontaktperson mit Ashraf Ghani ausgehandelt worden war.

Aber, wie gesagt, das ist vom Hörensagen. Ich kann da keine Details zu nennen, weil ich da nicht dabei war und auch nur das Ihnen wiedergeben kann, was ich selbst gehört habe.

Stefan Keuter (AfD): Sie sprachen von Zeugschaft durch Hörensagen. Wie verlässlich beurteilen Sie diese Quelle?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, obwohl es sicherlich immer in dem einen oder anderen Fall auch ein gewisses Risiko der Ausschmückung gibt. Aber die Details, die ich auch von zwei unterschiedlichen Personen über den gleichen Sachverhalt erhalten habe, die also sich während der Flucht in einem Imbiss auf dem Bereich des Präsidentenpalastes befanden, lassen mich jetzt nicht daran zweifeln, dass das völlig falsch gewesen ist. Aber, wie gesagt, das ist alleiniges Hörensagen. Ich kann Ihnen da nicht zu - -

Stefan Keuter (AfD): Habe ich verstanden. - Wiss- -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde vielleicht gerne dem Zeugen auch noch sagen, dass er hier nicht spekulieren muss. Das ist ja ein Teil der Rechte sozusagen von Zeugen, dass sie das nicht müssen.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Ich habe aber, glaube ich, auch nicht zur Spekulation aufgefordert, sondern einfach nur nach der persönlichen Wahrnehmung der Einschätzung dieser Quelle gefragt.

Nächste Frage: Wissen Sie, wie die Bundesregierung die Verhandlungslösung zwischen den Taliban und Teilen der Republik Afghanistan aufgenommen bzw. bewertet hatte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Von welcher Verhandlungslösung sprechen Sie jetzt?

Stefan Keuter (AfD): Diese Verhandlungslösung, über die gerade auch Markus Potzel in seiner E-Mail vom 19. August 21 berichtet hatte. Die Quelle - Fundstelle Auswärtiges Amt - hatte ich eben genannt.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich kann Ihnen dazu wirklich nichts sagen, weil ich an diesen Gesprächen nicht beteiligt war und auch keine Informationen darüber habe.

Stefan Keuter (AfD): Wissen Sie etwas über den Zeitpunkt, wann die Bundesregierung über diese Lösung, Verhandlungslösung, erfahren hatte erstmalig?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Wissen Sie, ob es Zusammenhänge zwischen der Verhandlungslösung und der Aufgabe der US-Botschaft gab?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Dazu kann ich Ihnen auch keine Auskunft geben.

Stefan Keuter (AfD): Okay, gut. - Bleiben wir einmal bei Ghanis Flucht. Wir hatten es eben kurz angerissen. Nach einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der afghanischen Botschaft in Moskau verschickte C [REDACTED] W [REDACTED] an Andreas Krüger hinsichtlich der Flucht Ghanis am 20. August 21, also einen Tag später, folgende Information - ich zitiere aus MAT A AA-2.48, Blatt 68; Zitat Anfang -:

„Vertreter der TLB seien am 15.08. mit US-Begleitern zum Präsidentenpalast gekommen und hätten G.“

- also Ghani -

„gebeten, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem er seinen Rücktritt erkläre. Er sei bereit gewesen seinen Rücktritt zu Gunsten des

Vizepräsidenten zu erklären. Dieser hätte gem. der verfassungsmäßigen Ordnung das Amt übernehmen können. Die TLB seien dazu nicht bereit gewesen. Daraufhin habe G. um zwei Stunden Bedenkzeit gebeten und sei durch einen Tunnel in die FRA“

- also französische -

„Botschaft geflohen. Von dort habe er das Land verlassen. Der Gesprächspartner beteuerte, dass er dies aus erster Hand sicher wisse; von hier aus ist der Wahrheitsgehalt nicht einzuschätzen.“

Zitat Ende. - Was können Sie zum Wahrheitsgehalt der Darstellung sagen? Jetzt noch mal ganz klar in Bezug darauf. Ich hatte ja eben schon mal nach Ihrer Einschätzung gefragt.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Antwort lautet: Nichts. Ich war in Doha zu der Zeit und habe auch keinerlei Informationen. Das, was Sie mir jetzt erzählen, klingt auch für mich relativ neu, ehrlich gesagt.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Das heißt, Sie wissen auch nicht, wer die Begleiter dort waren von Talibanseite, US-Seite?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, ich weiß davon gar nichts. Das Einzige, was ich Ihnen ja auch schon gesagt habe hier in der Zeugenbefragung, ist, dass mir zugetragen wurde, dass die Bitte an die Taliban, in Kabul die Kontrolle zu übernehmen, auch von amerikanischer Seite ausgesprochen wurde.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Ein - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort. Sekunde.

VLR Andreas Gloßner (AA): Also, ich denke, zur Einordnung ist es hier schon auch wichtig - und ich sozusagen ergreife deswegen auch das Wort,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil immer wieder sozusagen da auch der Schutz bilateraler Beziehungen berührt ist -: Der Kontext wurde jetzt, glaube ich, von Herrn Keuter nicht genannt: dass hier nicht ein US-Vertreter oder dergleichen zitiert wird, sondern ein afghanischer Gesprächspartner. Das wollte ich nur hinzufügen, weil Sie, glaube ich, nicht gesagt hatten, wer diese Aussagen, die Sie gerade verlesen haben, getätigt hat. - Danke.

Stefan Keuter (AfD): Doch, hatte ich ganz anfänglich gesagt, auch das Protokoll genannt: MAT A AA-2.48, Blatt 68. Das war eine E-Mail - Mitarbeiter der afghanischen Botschaft in Moskau -, verschickte C██████ W██████ an Andreas Krüger. Das war die Einordnung des Kontextes.

VLR Andreas Gloßner (AA): Genau. Also, diesen Mitarbeiter der afghanischen Botschaft habe ich nicht mitbekommen. Aber die MAT-Nummer alleine hilft ja sozusagen in der öffentlichen Sitzung nicht unbedingt. Deswegen die Ergänzung. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Frage ... (akustisch unverständlich) aufgelöst, dass der Zeuge gesagt hat: Er hat keine Wahrnehmung dazu ... (akustisch unverständlich)

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Abschließend eine letzte Frage in dieser Fragerunde. Der ehemalige Präsident Hamid Karzai spielte offenbar auch eine Rolle bei diesem Abkommen. Welche Rolle spielte Karzai bei den innerafghanischen Verhandlungen? Und in welcher Verbindung stand die Berghof Stiftung im Untersuchungszeitraum zum ehemaligen Präsidenten?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das sind zwei verschiedene Fragen. - Die erste Frage kann ich nicht beantworten, weil ich dazu keine Informationen habe.

Die zweite Frage kann ich insofern beantworten, als ich den ehemaligen Präsidenten im Verlauf der letzten Jahre mehrmals getroffen habe und er interessiert war an meinen Einschätzungen der Situation in Afghanistan und eines möglichen Friedensprozesses. Aber ansonsten gab es keine engeren Abstimmungen oder Zusammenarbeit.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Professor Dr. Gießmann! Ich würde Sie gerne auch noch ein bisschen zur Person befragen, wenn das möglich ist, und zwar: Sie wurden ja 1987, zwei Jahre vor der Wende - - haben Sie sich mit einer Arbeit zur imperialistischen Sicherheitspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin habilitiert. Können Sie vielleicht von dort aus ausgehend einfach noch mal ganz kurz die weiteren Schritte, wie Sie zur Berghof Stiftung gekommen sind, skizzieren?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich bin 1990 für das Neue Forum am runden Tisch des Verteidigungsministeriums gewesen, bin 1991 an das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik gegangen, habe da mehrere Forschungsprojekte bearbeitet, unter anderem auch viel zur Terrorismusforschung gearbeitet, also in der Terrorismusforschung gearbeitet, bin dann Professor an der Universität Hamburg geworden und stellvertretender Institutsdirektor des Instituts für Friedensforschung, habe Anfang der - - Eigentlich 2008 bin ich dann zur Berghof Foundation gekommen, wurde dann zwischenzeitlich auch in den Global Agenda Council des Weltwirtschaftsforums berufen und habe dort den Arbeitskreis oder Forschungs- - diese Gruppe, den Council zu Terrorismus geleitet für mehrere Jahre. Und das ist es sozusagen in the Nutshell.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank. Danke für die konzise Darstellung. - Sprung jetzt in die Zeit des Untersuchungszeitraums. Können Sie uns vielleicht die Mitarbeitenden mit den wichtigsten Positionen im Kontext der innerafghanischen Verhandlungen nennen aufseiten Ihrer Stiftung?

(RA Dr. Jochen Pörtge: Herr Vorsitzender, das würde ich dann gerne in einer



Nur zur dienstlichen Verwendung

nichtöffentlichen Sitzung
haben!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich hatte am Anfang, Frau Kollegin, ja darauf hingewiesen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, da darf ich aber gerne mal weitermachen. Denn in den vorgelegten Akten, da sind ja sehr viele Schwärzungen, unter anderem: Abgesehen von Ihrem eigenen Namen, alle anderen Mitarbeitenden der Berghof Stiftung sind geschwärzt. Aber auf der Website der Berghof Stiftung ist hingegen öffentlich einsehbar, wer im Kontext Afghanistans arbeitet.

In einer Version der Homepage aus dem Januar 2021 kommuniziert die Berghof Stiftung von sich aus ihre Arbeit im Kontext der innerafghanischen Verhandlungen und stellt die Mitglieder des Afghanistans-Teams namentlich vor; das können wir Ihnen auch gerne vorhalten. Wir haben also einen Web Print von 2021. Zudem geben sowohl Sie als auch Basir Feda, der Leiter des Afghanistan-Teams - der Name ist in den Akten geschwärzt, ist aber öffentlich einsehbar - zahlreiche Interviews zur Arbeit der Berghof Stiftung in Afghanistan.

Mit welcher Begründung können Sie mit Ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit auftreten, aber hier diesen Ausschuss nicht mal die Namen der beteiligten Personen in Akten lesen lassen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin, also, ich würde schon noch mal sagen: Wir haben uns am Anfang ja intensiv darüber unter-

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, aber es steht doch im Internet. Also, das ist - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, das ist ja bei manchen anderen Dingen, die sich auf Presse beziehen, auch so, wo wir dann trotzdem darum bitten, dass das nicht verwendet wird.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, aber das ist doch deren Homepage. Das ist ja nicht eine Pressemitteilung, sondern das ist die Homepage der Berghof Stiftung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das verstehe - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, da muss ich schon bitten, dass das - - Das ist ja ein Unterschied, ob jetzt eine - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das verstehe ich schon. Aber unabhängig, wovon das ausgeht, ist die Frage: Gewinnen wir Erkenntnisse, wenn wir jetzt hier Namen abfragen im Ausschuss? Das ist jetzt meine Frage. Es ist ja auch nicht so, dass die Veröffentlichungen von dem Zeugen hier persönlich veranlasst worden sind, wenn ich das richtig sehe. Und deswegen: Das mag so sein, aber - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann möchte ich bitte eine Obleuterunde jetzt kurz einberufen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung, bitte die Öffentlichkeit, kurz den Raum zu verlassen, den Zeugen auch. Und wir machen eine kurze Obleuterunde.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
13.18 Uhr - Folgt
Obleutebesprechung)

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
13.26 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
Dr. Dr. Hans-Joachim
Gießmann**

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich eröffne die Sitzung wieder. - Wir bleiben bei der Verabredung, dass wir in öffentlicher Sitzung solche Namen nicht nennen; aber Fragen zum Sachverhalt können gestellt werden. - Und das Fragerecht ist immer noch bei der Frau Kollegin Dr. Jurisch. Bitte schön.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal auf meine Frage zurückkommen, warum der Name der Person, die bei Ihnen das Afghanistan-Team leitet,



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwar in Interviews zu sehen ist und auch auf Ihrer Homepage, warum Sie den Namen im Zusammenhang mit der Arbeit in der Öffentlichkeit auftreten lassen, aber in den Akten nicht ersichtlich sind.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auf der Website natürlich genannt. Wir sind eine öffentlich sichtbare Organisation. Wir nehmen auch Stellung zu Themen, zu denen wir arbeiten. Ich mache das im Übrigen selbst auch. Ich habe also diverse Publikationen angefertigt und Interviews gegeben im Afghanistan-Kontext.

Aber das, was die professionelle Arbeit sozusagen bei der Unterstützung von Dialog- und Verhandlungsprozessen betrifft, findet im diskreten Raum statt. Und insofern ist der Kontext der öffentlichen Vertretung der Organisation einerseits und der Arbeit in den diskreten Prozessen sorgsam zu unterscheiden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also geht es darum, dass es - - Also geht es nicht darum, dass man nicht weiß, wer was macht, aber was die Person konkret gemacht hat.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: So würde ich das sehen. Ja, genau. Im Übrigen beziehen sich die Schwärzungen ja durchaus gelegentlich auch auf andere Personen, mit denen wir partnerschaftlich zusammenarbeiten und die gefährdet werden könnten, wenn die Namen öffentlich kundgetan werden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielleicht auch noch mal: Auch zum Kontext Transparenz versus Vertraulichkeit habe ich noch eine Anschlussfrage. Wie passt denn die relativ klare und offensive Kommunikation Ihrer Stiftung bezüglich der Arbeit in Afghanistan dazu, dass Sie im Projektantrag beim AA - MAT A Berghof-1.59 VS-NfD_Austausch, Blatt 1 bis 4 - darum bitten, dass Ihr Projekt wegen der besonderen Sensibilität nicht durch das AA bei der International Aid Transparency Initiative in dem ODA-Report an die OECD genannt wird?

(RA Dr. Jochen Pörtge: Herr Vorsitzender, das halte ich auch für ein Werturteil, das hier gefragt wird! Das sind ja - - Wir haben Tatsachen, und dann wird das beurteilt, warum das nicht - -)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, das klingt zumindest widersprüchlich, was da gefragt wird. Und ich finde, den Widerspruch aufzuklären, das ist schon ein Interesse, das der Ausschuss haben kann. Also, insofern würde ich schon bitten, die Frage zu beantworten.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich kann nur noch mal wiederholen, was ich auch schon eingangs gesagt habe: dass Organisationen wie die unsere sich also sozusagen in diskreter Diplomatie - - Nein, falscher Begriff - - also im diskreten Umfeld bewegen. Ich hätte persönlich eigentlich jetzt kein Problem, unsere Projektarbeit in irgendeiner Form unter Transparenzkriterien einschätzen zu lassen. Ich denke mal, wir hatten auch das gegenüber dem Auswärtigen Amt immer getan.

Also, zu dem konkreten Sachverhalt kann ich mich jetzt, ehrlich gesagt, auch nicht äußern, weil ich an der inhaltlichen Arbeit beteiligt war, aber selbst mit der Administration der Projekte nicht so viel zu tun hatte.

Also, ich sehe da eigentlich, ehrlich gesagt, kein Hindernis, es sei denn, es ginge darum, eben halt Persönlichkeitsschutzbedürfnisse in irgendeiner Form zu beachten. Und das ist natürlich auch in dieser Arbeit sehr oft der Fall. Aber andere Gründe sehe ich eigentlich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann komme ich zu einem neuen Sachverhalt: MAT A Berghof-1.20 VS-NfD_Austausch, Blatt 1 bis 2. Von Ende Januar 2021 liegt uns eine Mail vor, die ein uns nicht namentlich bekannter Kollege von Ihnen an eine Referentin in der Abteilung AP 05 des AA geschickt hat.

Ihr Mitarbeiter war von der Referentin gebeten worden, Einschätzungen zu Beratern - mutmaßlich, da alles geschwärzt ist - des afghanischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verhandlungsteams abzugeben, deren Profile die Referentin an den Berghof-Mitarbeiter weitergeleitet hatte. Aus dieser Mail möchte ich im Folgenden gerne kurz zitieren:

„Entschuldige die späte Antwort, hoffentlich ist sie dennoch nützlich ...“

- geschwärzt -

„hat am Wochenende bei einigen Kontakten angerufen, um Feedback und Empfehlungen zu sammeln.“

Bezüglich ...“

- geschwärzt -

„: auf Basis von dem, was ...“

- geschwärzt -

„gehört hat, könnte es potentiell zu Spannungen mit ...“

- geschwärzt -

„führen wenn ...“

- geschwärzt -

„erfahren, dass ...“

- geschwärzt -

„von Deutschland finanziert wird. Einige ...“

- geschwärzt -

„sind wohl keine Fans. Unsere Empfehlung würde daher lauten, den Namen noch einmal zu überdenken.“

Was ...“

- geschwärzt -

„betrifft: ...“

- geschwärzt -

„ist sehr bekannt, erfahren und hat einen sehr guten Ruf ...“

- geschwärzt -

„ist insgesamt beliebt und ...“

- geschwärzt -

„Die anderen Namen sind nicht so bekannt. Leider gibt es außerdem nur ...“

- längere Passage geschwärzt -

„sind. Es ist daher schwierig ...“

- geschwärzt -

„für die Positionen zu finden und zu empfehlen. Wir halten weiterhin Augen und Ohren offen.“

Wie Sie sicherlich verstehen können, habe ich zu dieser Mail doch auch einige Fragen.

Vielleicht erst mal grundsätzlich: Ist die Annahme richtig, dass es sich bei dieser Mail um potenzielle Berater des Republikverhandlungsteams handelt?

(RA Dr. Jochen Pörtge:
Entschuldigung! Ich meine, das kann auch schon gefährden, wenn die Namen offengelegt werden, weil - - wenn die Beziehungen offengelegt werden! Weil es geht ja nicht nur darum, dass Namen selbst zur Identifizierung führen, sondern auch damit zusammenhängende Informationen, die eine Person identifizierbar machen!)

- Ist ja eh alles geschwärzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, wie die Frage gestellt worden ist, muss ich sagen, ergibt sich daraus überhaupt nichts. Insofern sehe ich im Augenblick überhaupt kein Problem, dazu was zu sagen - abgesehen davon, dass fast niemand das verstanden haben dürfte hier. Aber das ist ja ein geringeres Problem. Aber bitte.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich kann da zu einem Punkt vielleicht zur Aufhellung sagen: Es ging in der Diskussion darum, ob wir als Berghof Foundation einen Berater oder eine Beraterin im Hohen Rat für Nationale Versöhnung sozusagen einbetten, einfach um sozusagen die direkte Kommunikation zu erleichtern und auch um die direkte Beratung zu verstärken. Und da haben wir verschiedene Möglichkeiten sondiert.

Aber es ist im Ergebnis zu keiner Einbettung gekommen. Insofern handelt es sich hier um eine Information über, ja, was - - Sie würden das vielleicht nennen: Kandidatinnen- und Kandidatenauswahl für eine solche Aufgabe. Aber es ist dann nicht dazu gekommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit sind wir am Ende der ersten Runde erfolgreich gelandet und eröffnen die zweite. - Das Wort hat der Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gern zurückkommen auf inhaltliche Punkte, und zwar im Hinblick auf die Zeit kurz nach dem Abschluss des Doha-Abkommens am 29. Februar. Für Ihre Arbeit war ja sicher auch in der Folgezeit wichtig, einen Überblick zu haben, wie sich die Situation in Afghanistan und das Machtgefüge dort über diese Zeit entwickelt hat.

Wenn Sie mir zunächst einmal darstellen könnten, wie Sie das Machtgefüge, die Einflussmöglichkeiten, das politische Gewicht der Player in Afghanistan zu dem Zeitpunkt des Doha-Abkommens aus Ihrer eigenen Wahrnehmung und Ihren Erkenntnisquellen sich dargestellt hat.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Situation war ausgesprochen schwierig aufgrund der ja ungenügend legitimierten Präsidentschaft

Ashraf Ghanis nach den Wahlen im Herbst 2019 und sozusagen dem Anzweifeln des Wahlergebnisses seitens der politischen Opposition, insbesondere vonseiten Abdullah Abdullahs. Also, hier war quasi eine schwierige Regierungsbildung im Gange, die im Grunde genommen auch verhinderte die Entwicklung einer einheitlichen Regierungsposition zu möglichen Verhandlungen. Das hat eigentlich den Regierungsapparat, auch das Verhältnis des Präsidenten zur politischen Opposition, die ja Teil dieses Verhandlungsgremiums auch sein sollte, absolut gelähmt über lange Wochen hinweg und hat sicherlich dann auch dazu beigetragen, dass die intraafghanischen Verhandlungen erst sehr viel später, nämlich im September, also acht Monate, wenn ich das richtig rechne, nach Abschluss des Doha-Abkommens begonnen wurden. Und wenn man das ins Verhältnis setzt zu den 14 Monaten, die im Doha-Abkommen für den Abzug vorgesehen waren, war also einen Großteil der Zeit eigentlich schon vergeben, und der Druck auf die Verhandlung wurde immer stärker.

Also, ich war in der Zeit ein paarmal in Kabul und habe versucht, auf die Bitten auch des Präsidenten, aber auch der Regierung die Verhandlungsdelegation vorzubereiten, meine Expertise eingebracht, bin aber auch sehr lange im Dunkeln dabei gehalten worden, wer eigentlich dann der Verhandlungsdelegation angehört, weil dieser Aushandlungsprozess innerhalb der afghanischen Führung zu dem Zeitpunkt noch gar nicht abgeschlossen war.

Jörg Nürnberger (SPD): Wie weit reichte denn der Einfluss der afghanischen Regierung in den verschiedenen Provinzen des Staates Afghanistan nach Ihren Erkenntnissen? Und wie entwickelte sich in diesen Monaten, in diesem Zeitraum, den Sie jetzt gerade dargestellt haben, tatsächlich der Einfluss bzw. die Kontrolle der Taliban?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die mangelnde Einigkeit aufseiten der afghanischen Regierung oder der regierenden Akteure, muss man ja genauer sagen, hat sicherlich den Taliban in die Hände gespielt, weil das Image der Regierung war also im Sinkflug begriffen nach 2019.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Taliban selber waren von allem, was ich also auch in meinen Gesprächen gehört habe, nominell eigentlich nicht in der Lage, sozusagen den Machtwechsel gewaltsam herbeizuführen, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, auch weil natürlich die Präsenz, die internationale Präsenz, eine gewisse Schutzgarantie bot für die Regierung.

Aber das Entscheidende in diesen Monaten war der Vertrauensverlust in die Regierung in der Bevölkerung. Das heißt also, die Fortschritte, die die Taliban in den Provinzen machten, waren nicht unbedingt geschuldet ihrer eigenen Stärke, sondern der abnehmenden Bereitschaft, sich für die Republik, für diese Regierung, einzusetzen und zu verhindern, dass die Taliban ihre Fortschritte machen.

Jörg Nürnberger (SPD): Hatten Sie zur Einschätzung dieser Lageentwicklung, wenn ich diesen technischen Begriff verwenden darf, außer den Informationen, über die Sie selber verfügten, Zugang zu Informationen von dritter Seite, die Sie verwerten konnten? Ich denke da zum Beispiel an Dossiers aus irgendwelchen Behörden, aus dem AA und ähnlichen.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein. Nein, ich glaube, das war eher umgekehrt, dass also aufgrund der vielen Zugänge, die wir hatten, glaube ich, die Berghof Stiftung auch als Informationsquelle für die Bundesregierung interessant war.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Jetzt haben Sie sehr deutlich beschrieben, dass es da Veränderungen gab in diesem Zeitraum. Haben Sie wahrgenommen, dass von deutscher Seite aus, von den Behörden, von dem Auswärtigen Amt, versucht wurde, auf diesen innerafghanischen Friedensprozess auch während dieses Zeitraums weiterhin Einfluss zu nehmen? Weil es könnte sich ja theoretisch auch auf Ihre Arbeit ausgewirkt haben.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich kann nichts sagen zu dem, was innerhalb der Bundesregierung an Entscheidungen oder Maßnahmen getroffen wurden, die den Verhandlungsprozess beeinflusst hätten. Das kann ich

einfach nicht beurteilen, weil ich nicht dabei gewesen bin.

Aber ich weiß natürlich aufgrund der Tatsache, dass wir eine ständige Präsenz vor Ort als Stiftung hatten in der Zeit, dass es auch immer wieder Gespräche gegeben hat, die von Vertreterinnen und Vertretern des Auswärtigen Amtes zum Beispiel mit der UN, auch mit den Bündnispartnern, soweit sie vor Ort vertreten waren, stattgefunden haben. Und insofern gab es dann gelegentlich auch immer mal wieder wechselseitige Erkenntnisse, die interessant waren; aber es gab keine Beeinflussung.

Also, ich kann nur noch mal sagen: Die Berghof Foundation ist eine unabhängige, allparteilich handelnde Organisation. Wir sind dem Geber verpflichtet gewesen in dem Sinne, dass wir natürlich die Projekte, die wir beantragt haben, auch wortgetreu durchgeführt haben. Aber wir haben auch keinerlei politischen Einfluss gehabt. Und das Auswärtige Amt hat auch nicht versucht, uns in irgendeiner Weise zu drängen in eine Richtung. Also, kann ich nicht bestätigen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das wollte ich auch zu keinem Zeitpunkt unterstellen. - Aber ich möchte dann auch noch auf andere Akteure zu sprechen kommen. Haben Sie vor Ort in Afghanistan wahrgenommen, dass auch in der Zeit im Jahr - - seit Beginn des Jahres 2020 bis zu den Präsidentschaftswahlen in den USA am Ende des Jahres tatsächlich auch von der amerikanischen Seite weiter versucht wurde, den innerafghanischen Friedensprozess voranzutreiben? Oder haben Sie das in Ihrer eigenen Tätigkeit nicht wahrnehmen können?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich meine, der intraafghanische Verhandlungsprozess war Teil des Doha-Abkommens. Insofern gehe ich mal davon aus, dass das sicherlich auch Teil dann der Umsetzungsgespräche gewesen ist, an denen ich aber auch nicht beteiligt gewesen bin.

Ich glaube, dass die amerikanischen Verbündeten durchaus auch interessiert waren, dass es Fort-



Nur zur dienstlichen Verwendung

schritte im intraafghanischen Verhandlungsprozess gibt. Aber mir ist nicht bekannt, dass es außer gelegentlichen Spitzengesprächen mit dem Chefunterhändler Khalilzad, wenn er in Doha war, hierzu Gespräche gegeben hat.

Im Gegenteil: Ich weiß sogar aus eigenen Gesprächen mit dem Verhandlungsführer, dass es sehr kompliziert war, den amerikanischen Botschafter zumindest regelmäßig zu kontaktieren. Aber das ist auch nur vom Hörensagen. Und ich will auch nicht weiter spekulieren, was da möglicherweise noch an Kontakten gewesen ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Und eine letzte Frage in diesem Zusammenhang: Was haben Sie wahrgenommen von Initiativen anderer Staaten, wie zum Beispiel Norwegen, Katar, Indonesien oder auch Usbekistan, den innerafghanischen Friedensprozess voranzutreiben, immer reflektiert in Ihrer eigenen Arbeit? In den Gesprächen, die Sie mit Ihren Verhandlungspartnern geführt haben, wurde darauf angesprochen, dass auch von dritter Seite versucht wird, diesen Prozess voranzubringen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, Norwegen war stark involviert, hat sich insbesondere auch für Einzelfragen, zum Beispiel die Frage der Rechte der Frauen, sehr stark engagiert. Da gab es eine Überschneidung auch zu unserer Tätigkeit, weil wir - - ich selbst auch die Frauen, die in der Delegation vertreten waren, beraten habe zum Teil. Also, da gab es Überschneidungen und auch ein starkes Interesse, einen eigenen Beitrag zu leisten.

Deutschland war ja im Vorsitz der Kontaktgruppe für Afghanistan und hatte insofern ohnehin Zusammenarbeit auch mit verschiedenen Akteuren. Unsere Kontakte beschränkten sich ausschließlich auf die in Doha anwesenden Akteure. Also, wie gesagt, das waren Norwegen, die Vereinten Nationen insbesondere und auch Katar und die USA; aber ansonsten, zu den anderen Ländern, kann ich jetzt nichts sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem das in der Zeit dann sich herausgestellt hat, dass es nicht zur Wiederwahl von Donald Trump gekommen ist,

sondern dass Präsident Biden gewählt wurde, haben Sie mit dieser neuen US-Administration Hoffnungen verbunden, dass trotzdem noch das Doha-Abkommen insofern verändert wird, dass die Position eines condition-based Ansatzes sich vielleicht doch noch später in diesen Verhandlungen wiederfinden kann? Gab es noch Hoffnungen, dass sich am Doha-Abkommen etwas ändern kann mit Hinblick auf dann eine positive Auswirkung auf die innerafghanischen Friedensverhandlungen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, der afghanische Präsident hatte sehr viel Hoffnung auf den Wechsel gesetzt - das war übrigens ein Teil der Stillstandssituation Anfang des Jahres 2021 -, dass der Wechsel quasi zu einem Umdenken führen könnte. Mein Eindruck war von Anfang an - auch wiederum von dem, was ich gehört habe und was ich beobachtet und analysiert habe -, dass das Interesse im Doha-Abkommen ganz klar definiert war auf den beiden Seiten: Also, eine Seite wollte abziehen, die andere Seite wollte auch abziehen, aber aus anderen Motivationen heraus. Insofern konnte es eigentlich darüber keine Illusionen geben.

Es war eher die Frage, ob es möglich war, die verschiedenen Interessen der Akteure, überhaupt an einem solchen Verhandlungsprozess sich weiter zu beteiligen, zu irgendeinem gemeinsamen Ergebnis zu führen. Da denke ich - ich kann nur auch noch mal wiederholen zu dem, was ich vorher schon mal gesagt habe -, es gab Interessen auf allen Seiten, die Verhandlungen zu führen. - Die Interessen waren nicht deckungsgleich. Aber niemand geht in Verhandlungen, weil er deckungsgleiche Interessen hat, sondern weil er die Absicht hat, in irgendeiner Form die eigenen Interessen auf diesem Wege besser durchzusetzen. Und dies genauer zu erkennen und auch vielleicht das Erwartungsmanagement entsprechend zu gestalten, hätte vielleicht zu anderen Ergebnissen führen können.

Aber das ist, wie gesagt, jetzt auch eher im spekulativen Bereich zu verorten, weil tatsächlich - - Die Sachlage war eigentlich klar: Die USA würden abziehen, und die Voraussetzungen, um die es in den Verhandlungen von da ab ging, waren,



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu prüfen, ob es eine kooperative Lösung geben kann oder nicht unter diesen Bedingungen.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es denn aus Ihrer Sicht als Mittler zwischen den Parteien eine mögliche Lösung, die tatsächlich zumindest eine Aussicht auf Erfolg gehabt haben konnte, die Sie in Ihren Vorschlägen für die Parteien dann auch unterbreitet hätten, wenn es denn sodann diese intensiven Verhandlungen gegeben hätte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, eine Mittlerrolle hatten wir nicht. Wir hatten eine unterstützende Rolle. Wir hatten - das war irgendwann mal auch Teil des möglichen Angebots - auch eine Fazilitation zu machen, so wie wir das beim Doha-Dialog 2019 durchgeführt hatten. Aber die beiden Parteien konnten sich lange nicht darauf einigen, eine Fazilitation zuzulassen, und als sie dazu bereit waren, auch auf Druck, hat es dann sozusagen die katarische Seite übernommen, weil der UN-Facilitator nicht akzeptiert wurde seitens der Taliban. Da war es zu spät.

Das heißt also: Ich glaube schon, dass es Möglichkeiten gegeben hätte, einen Interessenausgleich entlang der offen auch artikulierten Interessen der Taliban, die ich schon genannt habe, zu erreichen. Aber das war eben halt nicht sozusagen ein Powersharing, sondern das waren eher die Konditionen, unter denen dann Afghanistan hätte weiter existieren sollen, und dazu ist es nie zu einem Konsens zwischen den Parteien gekommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben vorhin sehr eindrücklich dargestellt, dass die Situation innerhalb der afghanischen Regierung erst lange Zeit sehr, um den richtigen Ausdruck zu verwenden - - man sich gegenseitig blockiert hat, weil die Herausbildung einer afghanischen Regierung nach diesen Wahlen sehr schwierig war. Ich würde gern an der Stelle nachfragen: War die Situation auf der anderen Seite des Verhandlungstisches doch eher einheitlich, oder gab es da auch ganz verschiedene Interessen? Sie haben den Begriff „Interessen“ ja jetzt mehrmals verwendet.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Delegation der Taliban bei den Doha- - beim intraafghanischen Dialog trat geschlossen auf, diszipliniert und geschlossen. Sie war aber nur begrenzt entscheidungsfähig.

Das hat sich insbesondere gezeigt nach der Eini-gung über die eigentlichen Prozessregeln, also die Rules of Procedure, an denen wir auch mitgearbeitet hatten. Dieser Konsens, der kurz vor Weihnachten entstand, hätte der Ausgangspunkt für ernsthafte Verhandlungen sein können. Und dann ist die Talibandelelegation aber sozusagen nach Pakistan geflogen und hat mit den Oberen gesprochen und ist mit einer sehr harten Position zurückgekommen. Das heißt also, da war die Geschlossenheit vor Ort in Doha nicht identisch mit der Geschlossenheit innerhalb der Talibanbewegung. Das ist etwas, was wir bis heute auch im Übrigen nachverfolgen können.

Und die Uneinigkeit auf der Republikseite ist eigentlich erst in den letzten Wochen vor dem Scheitern der Verhandlungen überwunden worden. Auch da zeigte sich, dass die Differenzen - - Also, die Republikdelegation war deutlich stärker ausdifferenziert als die Talibandelelegation. Aber das Problem war ein ähnliches; denn auch da gab es sozusagen die Einmischung von den Akteuren, die also in Afghanistan waren und die also ihrerseits auch Instruktionen gaben, wie sich die Verhandlungsmitglieder, Delegationsmitglieder zu verhalten haben. Also, auf beiden Seiten war der Konsens nicht oder die Entscheidungsfähigkeit nicht gegeben, aber auf der Talibanseite war die Delegation geschlossener als auf der Republikseite.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf Sie, wenn ich jetzt noch die Zeit habe, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die haben Sie noch.

Jörg Nürnberger (SPD): - mit einer Aussage eines von uns am 13. Oktober 22 vernommenen Zeugen, Herrn Bledjian, hier konfrontieren, und zwar geht es da um das vorläufige Stenografische Protokoll 20/9 I, Blatt 23. Er sagt - und ich darf zitieren -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Dieses Verhandlungsteam war ja ein“

- es geht um das Verhandlungsteam der afghanischen Regierung -

„relativ harmonischer, geschlossener Kreis, die ja auch trainiert wurden.“

- Von wem wohl? -

„das war ein Team, was zusammengewachsen ist. Das haben die mir auch berichtet in Kabul, in ... relativ großem Kontrast zur innenpolitischen Situation in Kabul. Die politische Landschaft war tief gespalten und von Misstrauen und vielem mehr ... Das heißt, die Sicht auf den Friedensprozess in Kabul war“

- wesentlich -

„negativer als die Sicht auf den Friedensprozess“

- Klammer auf, mein Zusatz: der Delegation -

„in Doha.“

Ist diese Aussage - - deckt sich die auch mit dem, was Sie uns jetzt in den letzten Minuten geschildert haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, und zwar in doppelter Hinsicht. Zum einen gibt es natürlich in einem Team, das zusammenwächst, auch einen viel intensiveren und engeren Austausch. Da entwickelt sich auch Vertrauen. Insofern kann ich das bestätigen, trotz der Störfeuer, die es von außen gegeben hat. Aber hier von einer Einigkeit zu sprechen, halte ich doch für sehr weitreichend.

Ich kann auch nur noch mal wiederholen: Es gab durchaus auch Interessen, diesen Prozess zu nutzen, um die Regierungsverhältnisse in Kabul zu verändern - in Teilen der Delegation, was sicherlich für den Verlauf der Verhandlungen nicht gerade von Vorteil war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Frage- -

Jörg Nürnberger (SPD): Eine Runde ganz ohne Einflussnahme von außen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bin wirklich sehr angetan davon, und das Fragerecht geht an den Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, danke. - Kollege Nürnberger hat früher bestimmt in der Schule auch in der ersten Reihe gesessen.

(Heiterkeit)

Herr Professor Gießmann, ich möchte mit Ihnen noch mal springen in die heiße Phase, wo wir vorhin miteinander aufgehört haben. Tut mir leid, dass wir so ein Themenhopping haben; aber das Befragungsformat lässt anderes nicht zu.

Nach unseren Unterlagen, die sich im Übrigen auch in dem Dokument da befinden, das ich Ihnen vorhin schon vorgehalten habe und über das ich mit Ihnen gerne noch mal sprechen möchte, sind Sie vom 05.07. bis 11.07. in Doha gewesen und dann wieder vom 08.08. bis 17.08. Vielleicht können Sie mal kurz schildern: Als Sie am 11.07.21, also im Juli, Doha verlassen haben, war nach Ihren Gesprächen, die Sie geführt haben, unverändert der Wille beider Seiten vorhanden, sich einem kooperativen Friedensvertrag zu nähern?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Herr Röwekamp, beide Seiten verfolgten unterschiedliche Ziele. Es war nicht die Idee, jedenfalls nicht auf der Seite der Taliban, jetzt unbedingt ein Friedensabkommen zu erreichen, sondern es ging darum, dass beide Seiten versuchten, entlang ihrer Interessen das Maximum aus den Verhandlungen rauszuschlagen.

Jetzt, wenn Sie mich fragen, ob das Interesse noch vorhanden war im Juli, so etwas zu erreichen, dann würde ich sagen: Ja. - Aber das Interesse lag nicht darin, einen Verhandlungsprozess sozusagen für einen - einer der Gegenstände war ja Staat - Staatssaufbau zu erreichen, sondern das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Interesse war, in irgendeiner Form den Zusammenhalt in Afghanistan auf gewaltfreie Art sicherzustellen. Das war das Ziel.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Klar. Also, sonst hätte man ja nicht verhandelt, wenn es keine unterschiedlichen Zielvorstellungen gäbe; haben Sie ja eben schon mal ausgeführt.

Und dann sind Sie am 08.08. wieder eingereist und haben wieder an den Verhandlungen - - also, haben die Verhandlungen wieder begleitet, wenn ich das richtig wahrgenommen habe. Hat es zwischen diesen Zeitpunkten aus Ihrer Sicht eine Veränderung in der Strategie der beiden Verhandlungspartner gegeben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Na ja, der Druck ist natürlich sehr viel größer gewesen. Also, ich habe vorhin ja schon mal gesagt: Ab Mai war ja erkennbar, wie die Karten, die Landkarten, sich rot färbten, also durch die Fortschritte, die die Taliban machten in der Kontrolle - Übernahme der Kontrolle des Landes -, sodass der unmittelbare - - Der unmittelbare Druck war greifbar, war zu spüren im August, dass es, wenn es jetzt nicht zu einer Regelung kommt, im Chaos enden kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wann ist Ihnen von der Seite der afghanischen Regierung sozusagen signalisiert worden, man sei bereit, jetzt nicht mehr über Frieden, sondern über eine geordnete Übergabe, wenn ich das mal so nennen darf, zu verhandeln? War das im Juli schon, oder war das erst, als Sie im August wieder eintrafen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das war im August, schon eben sozusagen in der unmittelbaren Überlegung. Es gab ja auch noch die Überlegung, in der Türkei eine Konferenz zu machen. Das war ja alles sozusagen sehr überstürzt. Aber hier ging es um die Vorbereitung des Besuches oder der Visite von Karzai und Abdullah. Das heißt also, es war unmittelbar in den Tagen, in denen ich vor Ort war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): War das auch schon, als Sie ankamen am 8. August?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Kann ich mich nicht genau erinnern, ob das schon am 8. August war. Ich meine, die waren ja mehr auch mit sich selbst beschäftigt - das ist ja auch verständlich in der Situation -; aber die Bitte, in irgendeiner Weise auch zu beraten, war erst unmittelbar vor dem Ende.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielleicht können Sie mir helfen, so ein konkretes Bild über die Verhandlungssituation zu begreifen. Also, ich habe außerhalb meiner eigenen Partei und von Koalitionen an Friedensverhandlungen noch nicht allzu häufig teilgenommen. Deswegen ist meine Frage jetzt: Wie muss ich mir das eigentlich vorstellen? Also, klar, da sind die beiden Verhandlungsdelegationen der Parteien, die eigentlich verhandeln, und dann gibt es ganz viele andere Delegationen, wie wir jetzt von Ihnen gelernt haben.

Also, Sie waren vor Ort, nicht als Delegation, aber Sie waren vor Ort als Beauftragte. Dann die deutsche Delegation war irgendwie vor Ort; da können Sie vielleicht auch noch mal sagen, wer für die deutsche Delegation vor Ort war. Dann würde mich interessieren: Wer war noch vor Ort? - Also nicht namentlich - weil Herr Gloßner mich schon böse anguckt -, sondern nur sozusagen, was für Institutionen. Mich interessiert eigentlich nur: Welche Institutionen waren noch vor Ort? Und vielleicht können Sie uns einfach auch mal einen Eindruck geben, wer da eigentlich mit wem gesprochen hat. Also, gab es offizielle Termine, oder hat man sich irgendwie spontan zu - -

Ich versuche mir so ein Bild von dieser Woche mal zu machen, in der es ja sehr kritisch war. Vielleicht können Sie uns da ein bisschen Einblick in die Situation vor Ort geben.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Implementierungsverhandlungen des Doha-Abkommens fanden natürlich statt. Aber das konnte man nur anhand der Personen sehen, die sich vor Ort aufhielten: Die NATO war präsent, aber hatte eigentlich keinen Zugriff auf die Gespräche. Die UN war da, natürlich, mit der Person - - darf ich nicht nennen. Also, die UN war



Nur zur dienstlichen Verwendung

da. Ich glaube, in derselben Phase - - Die EU war, glaube ich, nicht da; die war aber zwischendurch auch gelegentlich vertreten mit ihren Beauftragten. Ständig da waren Norwegen, die UN, Deutschland, Katar, die USA, wir, aber nicht als Beauftragte. Ich möchte das noch mal ganz deutlich auch hier sagen, auch für das Protokoll: Wir waren als unterstützende Organisation in unserer unabhängigen Rolle dort und nicht als Beauftragte. - So, dieser Kreis in etwa, nicht?

Also, nun gab es immer noch auch Personen oder Vertreter aus verschiedenen Ländern, die einflogen und wieder ausflogen, so für Tagesaufenthalte oder kurze Aufenthalte. Aber es gab, was viel komplizierter war, auch Reisen der an den Verhandlungen Beteiligten zu anderen Orten. Es gab das sogenannte Moskau-Format. Es gab Reisen nach China, die immer wieder dann auch dazu führten, dass bestimmte Sitzungen der Verhandlungsdelegationen nicht stattfinden konnten.

Das, was vor Ort stattfand, hatte eine Unterbrechung quasi von Januar bis - - Ich glaube, bis Anfang März gab es überhaupt gar keine Treffen, wo nur die Delegation der Republik quasi in der Luft, im luftleeren Raum hängen gelassen wurde von der anderen Seite, die also zu dem Zeitpunkt sich nicht imstande sah, an Gesprächen teilzunehmen, was natürlich auf die Moral auch der vor Ort befindlichen Delegationen Eindruck hinterließ, nicht?

Also, die Taliban hatten ja ihre Wohnungen zum Teil in Doha, jedenfalls diejenigen, die zum Büro gehörten. Das war bei der Republikdelegation natürlich nicht der Fall. Also, mit anderen Worten: Die Umstände für die Teilnehmenden an den Verhandlungen waren ungleich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ist ja: Wer waren denn Ihre Gesprächspartner, und wie muss ich mir den - - sozusagen Einladung. Wie haben sich die ergeben, diese Gesprächspartner? Also, wie sind Ihre Gespräche selbst zustande gekommen? Das würde mich noch mal - - Also auch nicht wieder namentlich, sondern nur institutionell.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Gespräche mit den internationalen Akteuren fanden zum Teil in regelmäßigem Ablauf statt, also einmal wöchentlich mindestens; aber gelegentlich auch hat man sich dann zum Abend verabredet oder so. Also, das war eigentlich regelmäßig.

Mit der Delegation der Republik war es auf Zuruf. Das heißt, wenn die Delegation insbesondere - das lief dann meistens über die Delegationsleitung - Interesse hatte oder Bedarf hatte, mit uns über den Verhandlungsfortschritt oder das Verhandlungsstocken zu sprechen, dann waren wir zur Verfügung, standen wir zur Verfügung oder wurden - - oder ich wurde persönlich auch gebeten, nach Doha zu kommen, wenn es also Bedarf gab.

Und bei den Taliban war es im Prinzip auch auf Zuruf - auch da gibt es ja Kontakte, die schon also über Jahre hinweg sich entwickelt hatten -, aber eher unregelmäßig und auch während der Verhandlungen - das hat auch was mit dem Doha-Abkommen natürlich zu tun - weit weniger intensiv, als das vor dem Abschluss des Doha-Abkommens der Fall war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben Sie ja vorhin angedeutet, dass - - Oder ich fange mal anders an: Dazu gehörten dann ja offensichtlich auch regelmäßige Konsultationen mit der deutschen Delegation. Können Sie uns sagen, aus welchen Personen die deutsche Delegation zu dieser Zeit bestand vor Ort? Also, wir wissen von Herrn Potzel - das kann ich schon mal offen sagen -, und wir wissen von Herrn Krüger.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, hauptsächlich waren das natürlich die Regierungsbeauftragten Markus Potzel und Jasper Wieck bzw. Erik Kurzweil, der streckenweise auch vertreten war, Andreas Krüger

(Der Zeuge wendet sich an
VLR Andreas Gloßner
(AA))

- helfen Sie mir -, Simone Stemmler, glaube ich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, nee.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das wollen wir nicht. Das wollen wir nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist doch kein Quiz.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Herr Gloßner, da hoffen wir sehr drauf.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Okay. - Also, das sind die Personen, die ich jetzt namentlich erinnere. - Jedenfalls waren nicht immer alle zur gleichen Zeit da, klar, und auch bei uns waren nicht immer alle zur gleichen Zeit da. Aber wir hatten eine Präsenz auch vor Ort für den Zweck, dass, wenn es Anfragen gibt, wir auch kurzfristig bereit waren, sofern ein Visum möglich war in Doha - also für mich insbesondere; das sehen Sie ja auch aus dem E-Mail-Verkehr -, zu kommen, was nicht immer ganz leicht war.

Ja, Entschuldigung, ich bin noch nicht so ganz vertraut mit den Gepflogenheiten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das halten wir immer gerne aus, und wir haben ja auch was über die Friedfertigkeit des Standorts Bremen gelernt. Wir lernen hier immer neue Dinge dazu.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Regelmäßig, also ständig, war die deutsche Delegation vor Ort, mit unterschiedlichen Personen; so habe ich das jetzt verstanden. Und wie war der Informationsaustausch mit der deutschen Delegation? Also, gab es da auch einen institutionalisierten Austausch?

Wir wissen aus dem geheimen Teil, den Sie vorhin selber genannt haben: Es gab regelmäßige Gesprächsprotokolle, die Sie gefertigt haben - ich will über den Inhalt jetzt nichts sagen -; aber Sie werden sich nach meiner Wahrnehmung ja auch mit der deutschen Delegation vor Ort getroffen haben.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Na ja, die Unterbringung war im gleichen Hotelkomplex, auch da, wo die Verhandlungen stattfanden. Da lief man sich natürlich auch immer wieder über den Weg. Aber es gab - wenn das die Frage ist - keinen institutionalisierten Zusammenhang, sondern es war also wirklich - -

Ich kann nur noch mal wiederholen: Das Rollenverständnis, die Rollentrennung zwischen dem, was wir als unabhängige Organisation, Nicht-regierungsorganisation verantworten konnten und was eine Regierung verantworten muss, war ganz klar.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun ergibt sich aus unseren Unterlagen auch, dass Sie in der Gesprächsführung der deutschen Delegation teilweise anwesend gewesen sind, also die deutsche Delegation bei Gesprächen begleitet haben. Können Sie kurz sagen, welche Gespräche das gewesen sind und wen Sie konkret begleitet haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, wir wurden gelegentlich gebeten von der deutschen Delegation, an Gesprächen teilzunehmen, ohne dass wir von vornherein mit einer aktiven Rolle versehen waren, sondern es ging eigentlich eher darum, den Informationsstand zu sichern und gegebenenfalls für technische Fragen zum Prozess zur Verfügung zu stehen. Also, es ging eher um die tatsächliche Beratung im Bedarfsfall. Es war nicht in irgendeiner Form die Beteiligung an den inhaltlichen Gesprächen der entsprechenden Personen. Und Ihre Frage richtete sich ja, um wen es ging. Im Wesentlichen war es die Delegationsleitung der beiden Parteien.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich versuche immer noch, ein bisschen Ihre Rolle zu verstehen. Uns liegt hier vor ein Protokoll von Herrn Potzel vom 17. Oktober 2020. Das würde ich Ihnen gerne vorlegen. Das ist unser Dokument 5.13, und das ist MAT A BND-3.309 VS-NfD, Blatt 53 bis 55. Ich lasse Ihnen das gerade mal eben bringen, bitte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben es vorliegen. - Danke schön.

Sie sollen diesem Protokoll zufolge an zwei Gesprächen mit Vertretern des Talibanverhandlungsteams und dem Verhandlungsführer der Regierung teilgenommen haben. In beiden Gesprächen sollen Sie laut Herrn Potzel eine Unterbrechung der Verhandlungen vorgeschlagen haben. Deswegen frage ich nach Ihrer Rolle nochmal: Ist es eigentlich normal, dass Sie oder Mitarbeiter der Berghof Foundation das Auswärtige Amt oder Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Gesprächen mit den Verhandlungsgruppen begleiten?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein. Es gab überwiegend Gespräche, an denen wir nicht beteiligt gewesen sind, sondern beteiligt wurden wir nur, wenn also ausdrücklich der Bedarf daran bestand. - Also, das war jetzt die Frage, ja?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, genau. Also, wie ist es dazu gekommen? Also, ich hätte jetzt gesagt, nach dem, wie Sie uns Ihre Arbeit geschildert haben: Sie sind nicht Berater des Auswärtigen Amtes, und plötzlich nehmen Sie doch an einem Gespräch von Vertretern des Auswärtigen Amtes teil. Wie ist es dazu gekommen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, nein, wir sind nicht Berater des Auswärtigen Amtes, sondern wir sind Berater für den Prozess, für den Friedensprozess, und bringen da unsere fachliche Expertise ein. Und wenn der Wunsch besteht, dass wir als Drittmittlempfänger des Auswärtigen Amtes hier auch zur Verfügung stehen, dann stehen wir dafür auch zur Verfügung, aber nicht in dem Sinne, dass wir in irgendeiner Form den Verhandlungsprozess beeinflussen oder gar behüten, wie das vorhin formuliert worden ist, sondern eher in dem Sinne: Wenn Rat gesucht wird, wie man zum Beispiel in solchen Prozessen Stillstandssituationen überwinden kann, dann kann ich diese Beratung auch machen. Aber, wie gesagt, das ist nicht so zu verstehen, dass wir also in irgendeiner Form hier beteiligt gewesen sind im Auftrag des Auswärtigen Amtes.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun ist das, was Sie vorgeschlagen haben, ja sozusagen eigentlich auch Stillstand, eine Unterbrechung der Verhandlungen. War das Ihr eigener Vorschlag, oder woher kam dieser Vorschlag?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Wir hatten hier - - Das Datum ist ja 18.10.2020. Es gab im September - - Als die Verhandlungen am 12. September begannen, gab es zunächst erst mal - - galt es zu klären, wie die Verhandlungsregeln überhaupt zu formulieren sind. Also, jede Verhandlung braucht einen gewissen Satz an Regeln, Formalia, die - - also vom Rederecht über die Sitzordnung, über Pausen und was weiß ich - technische Beratung im Raum, Fazilitation usw. -, also Dinge, die sich eher mit der Organisation des Verhandlungsprozesses befassen. Und für diesen - -

Die Parteien verhakelten sich schon relativ frühzeitig in dieser Frage, vor allem, als es um die Fazilitation ging. Und mein Rat an der Stelle war, sich mit den bisherigen Ergebnissen zunächst der Unterstützung zu vergewissern von den jeweiligen verhandlungsbestimmenden Parteien, die ja nicht unbedingt in Doha waren, um dann auf dieser Basis möglichst schnell die prozeduralen Regeln zu verabschieden und in die ernsthaften Verhandlungen einzutreten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In diesem Vermerk, wenn ich da kurz anschließen darf, weil dann meine Zeit auch zu Ende ist, heißt es dann weiter - Zitat -:

„Das weitere (diskrete) Aushandeln möglicher Unterbrechungsszenarien mit beiden Seiten sollten wir der Berghof-Stiftung überlassen, um bei unseren internationalen Partnern nicht den Eindruck zu erwecken, wir arbeiteten aktiv auf eine Unterbrechung der Gespräche und eine Fortsetzung in DEU hin.“

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das ist eine interessante Idee, aber mir nicht bekannt. Also - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe nur meine Frage noch gar nicht gestellt, bin für Ihre Einschätzung trotzdem dankbar. Meine Frage wäre nämlich gewesen: Ist es normal, dass Sie in Ihrer Rolle als Drittmittlempfänger - so haben Sie es ja eben noch mal beschrieben - hier sozusagen Aufträge entgegennehmen, Aufgaben des Auswärtigen Amtes übernehmen und solche Vorschläge unterbreiten?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein. Also, das ist ja eine Kommunikation offensichtlich innerhalb des Auswärtigen Amtes. Ich habe zu keinem Zeitpunkt irgendwelche internen Kommunikationen zu Gesicht bekommen. Insofern kann ich dazu wirklich nichts sagen.

Ich kann nur noch mal sagen, dass wir mit Bedacht sehr viel Wert darauf gelegt haben, auch die Distanz zur Bundesregierung bei aller Zusammenarbeit zu wahren, um unsere Ansprechfähigkeit für die verschiedenen am Konflikt beteiligten Parteien nicht zu gefährden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Sie sind so transparent, Herr Kollege, dass Ihre Fragen schon erahnt werden, bevor Sie sie stellen. - Das Fragerecht wechselt zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde auch gerne bei diesem Thema bleiben, das schon der Kollege beleuchtet hat, und würde eben von Ihnen gerne wissen: Wie wurde die Unterstützung durch die Berghof Stiftung von den beiden Verhandlungsseiten eigentlich jeweils angesehen und bewertet?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, wie die beiden Verhandlungsdelegationen das bewertet haben, kann ich nicht beurteilen. Ich kann Ihnen nur hier sagen, dass die Nachfrage nach unserer Anwesenheit und nach unseren Ratschlägen durchgehend von allen beteiligten Seiten - im Übrigen nicht nur den verhandlungsführenden Parteien, sondern auch den internationalen Akteuren - immer wieder wiederholt wurde.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche Rolle spielte es dabei, dass es sich bei Ihnen um eine deutsche Organisation handelt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Deutschland verfügt über einen sehr guten Ruf in Afghanistan; das ist ganz zweifellos der Fall. Insofern war das vielleicht auch nicht unnützlich, um es ganz vorsichtig zu formulieren. Aber wir sind als Organisation nicht als deutsche NGO im Feld aktiv, sondern wie unsere Partnerorganisationen, die es ja weltweit in geringer Zahl gibt, verstehen wir uns als unparteiische oder mehrparteiliche Akteure.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche Rolle spielte dabei die Beauftragung durch die Bundesregierung? Und war das auch allen bekannt, dass das durch die Bundesregierung beauftragt war?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich kann noch mal sagen: Vielleicht ist der Begriff der Beauftragung für mich schwer nachzuvollziehen, weil wir haben einen Antrag gestellt auf Projektförderung und haben diese Mittel auch bewilligt bekommen. Aber wir waren nicht jetzt Weisungsempfänger von der Bundesregierung; insofern ist das mit der Beauftragung ein bisschen kompliziert.

Dass wir als deutsche Organisation auch mit der Bundesregierung, die ja vor Ort präsent war und auch sehr aktiv war bei der Unterstützung der Verhandlungen, eng verbunden waren, das war allen Parteien bewusst, und es war natürlich auch sichtbar, indem wir also an verschiedenen Gesprächen eingeladen wurden teilzunehmen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin wirklich dankbar, dass Sie selbst auch sagen, dass es kompliziert war, und dieses Komplizierte, das wollen wir eben gerne beleuchten, damit wir es hier auch verstehen können. Deswegen noch mal eine Frage: Wurde die Berghof Stiftung von den Verhandlungsteams als Vertreterin der Bundesregierung angesehen? Und, wenn ja, wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

wirkte sich das aus - positiv oder negativ - in Bezug auf das Vertrauen in die Neutralität der Stiftung?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Antwort ist ganz klar: Nein. Also, wir wurden nicht als beauftragt von der Bundesregierung wahrgenommen. Und es gehört zu den Grundprinzipien unserer Arbeit in allen Projekten, dass wir einen mehrparteilichen oder allparteilichen Ansatz verfolgen, weil nur so können Sie auch dialog- oder verhandlungsskeptische Akteure in Friedensprozessen unterstützen und von ihnen auch ernst genommen werden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch mal eine Frage zu den Taliban: Können Sie uns sagen, wie sich das Verhandlungsteam der Taliban zusammensetzte und wie verifiziert werden konnte, dass diese tatsächlich als Verhandlungsführer legitimiert waren?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, indirekt verifizieren kann ich es dadurch, dass die gleichen Leute, die an den Verhandlungen teilnahmen, also die in Doha präsent waren, auch diejenigen waren, die über die Umsetzung des Doha-Abkommens mit den Amerikanern verhandelt haben. Insofern, glaube ich schon, waren sie also sprechfähig und auch in gewisser Weise entscheidungsfähig.

Dabei bleibt aber außen vor, dass sie immer auch sich rückversichern mussten mit den Oberen der Bewegung in Pakistan, und das war auch gelegentlich hinderlich für den Verhandlungsprozess, weil diese Kontakte dann mit Reisen verbunden waren, das heißt also, die entsprechenden Akteure gelegentlich nicht da waren.

Aber Sie konnten ja aus der Liste der Regierung nach der Machtübernahme durch die Taliban sehen, dass zumindest zwei führende Verhandlungsmitglieder auch als stellvertretende Ministerpräsidenten dann in der neuen Talibanregierung ihren Platz fanden. Also: Es gab schon eine enge Verknüpfung.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Deutschland wurde ja gerne so getrennt zwischen

den sogenannten ideologischen Taliban und den eher politischen Taliban. Sie haben gerade in einer Antwort auch von Professionalität der verhandelnden Taliban gesprochen. Glauben Sie tatsächlich, dass es möglich gewesen wäre, mit den Taliban durch Verhandlungen zum Beispiel Frauenrechte oder Ähnliches auf den Weg zu bringen, also, die zu mäßigen?

(RA Dr. Jochen Pörtge: Herr
Vorsitzender, das ist
Spekulation! Ich halte das
für unzulässig!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Glauben Sie tatsächlich? - Kann man anders fragen, ja.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Hatten Sie während der Verhandlungen den Eindruck, dass es durch getroffene Vereinbarungen Mäßigung bei den Taliban - - möglich gemacht werden könnten?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ehrlich gesagt: Das kann ich - - Ich weiß nicht, was die Taliban intern möglicherweise für Schlussfolgerungen gezogen haben oder wie die das eine oder andere bewertet haben. Ich kann nur noch mal wiederholen: Es gab fundamentale Interessen der Taliban an diesem Verhandlungsprozess, die allerdings sich klar unterschieden von dem, was auf Republikseite gewollt und was auch von internationaler Seite gewünscht worden war. Aber ich bin davon überzeugt, dass, wenn es mehr Verhandlungsmacht - das ist auch wieder Spekulation - gegeben hätte, die Taliban vielleicht auch eher zu Kompromissen bereit gewesen wären, zumindest in Teilfragen.

Aber die Kernfrage war völlig klar, von Anfang an: Die Taliban wollten zurück an die Macht. Sie haben sich selbst von Anfang an, und zwar über die 20 Jahre hinweg, als die aus dem Amt vertriebene legitime Regierung Afghanistans verstanden. Das war sozusagen das Narrativ, das auch die Bewegung zusammenhielt. Und insofern kann man also - - muss man natürlich dann die Kräfteverhältnisse sich anschauen, und die Kräf-



Nur zur dienstlichen Verwendung

teverhältnisse waren am Beginn der Verhandlungen für die Regierung, für die Republik deutlich günstiger als am Ende der Verhandlungen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch mal eine Frage zu der afghanischen Regierung, also zur Frage der Legitimität: Welche Rolle spielte das? Beziehungsweise: Wurde die Legitimität der Verhandlungen für die afghanische Regierung von den Taliban infrage gestellt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Taliban haben die Regierung eigentlich nie anerkannt. Sie haben immer von der „Kabul-Administration“ gesprochen und wollten eigentlich den Verhandlungsprozess immer in der Breite verstanden wissen als Verhandlungen mit der afghanischen Bevölkerung. Insofern hatte die Regierung einen schwierigen Stand; aber die Formierung der Republik oder der Republikdelegation unter Federführung der Regierung hatte natürlich die Formalia so gesetzt, dass die Taliban nicht umhinkamen, mit dieser Delegation auch zu reden. Also, sie hatten keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Delegation.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Und das wäre auch meine nächste Frage: Zu der Repräsentation von Frauen und Minderheiten bei den Verhandlungen, können Sie uns da vielleicht noch mal darstellen, wie die Situation war und welche Rolle insbesondere die anwesenden Frauen im Verhandlungsteam der Republik gespielt haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es zeigte sich eigentlich in der Zusammensetzung der Republikdelegation, dass die Probleme nicht nur aufseiten der Taliban zu verorten waren, was die Rolle der Frauen betraf. Die Frauen, die vor Ort waren, waren sehr aktiv, sehr bemüht auch, ein eigenes Gewicht in die Verhandlungen einzubringen. Wir haben viel auch mit den Frauen zusammengesessen, und auch die anderen beteiligten internationalen Akteure haben versucht, die Frauen in ihrer Rolle zu unterstützen.

Aber die Frauen haben im Grunde genommen an zwei Fronten gekämpft: an der Anerkennung

ihrer eigenen Rolle, also als Frauen in der Delegation, und auch an der Anerkennung der Themen, die für sie wichtig waren. Und ich würde schon sagen, dass es unter den Frauen zumindest zwei gab - ohne Namen zu nennen -, die durchaus ein sehr starkes Gewicht hatten, und das fand ich schon sehr beeindruckend.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch mal eine Frage: ob man sagen kann, dass es einen Unterschied gab zwischen den Taliban, die verhandelt haben in Doha, also, wenn man so will, den Doha-Taliban, und dann später den Kabul-Taliban, also denen, die mit am Verhandlungstisch saßen, und jenen, die Kabul eingenommen haben.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja. Die Taliban sind keine monolithische Bewegung. Es gibt in der - - Ich meine, sie hat es - - Das würde jetzt wahrscheinlich zu weit führen, wenn ich das - - in die Geschichte gehe. Aber es gibt also sowohl die sehr stark national oder, besser gesagt, sozialkonservativ-religiöse Bewegung aus dem Süden. Es gibt natürlich auch die Haqqanis, die also eine eher politische Agenda haben. Es gab die Kämpfer der Talibanbewegung, die oft eigentlich sich der Bewegung angeschlossen haben, weil sie mit der Regierung unzufrieden waren oder mit der Republik unzufrieden waren, und keine - - weder eine politische noch eine religiöse Agenda hatten, sondern eine sehr persönliche Agenda. Und es gab sicherlich auch diejenigen, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit versucht haben Lehren zu ziehen, und dazu gehörten auch Teile des Doha-Büros. Also, man sieht auch diese Figuren im aktuellen Bild der Talibanbewegung.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn neben den Verhandlungen auch Hintergrundgespräche zwischen den Taliban und den USA, und, wenn ja, wie wirkte sich das auf die Verhandlungen aus?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich glaube, das habe ich schon beantwortet: Es gab regelmäßige Gespräche zwischen den Taliban und der US-Delegation in Doha, die also von den Taliban immer als prioritär auch angesehen wurden gegenüber allen anderen Gesprächen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Obwohl die offiziellen Friedensverhandlungen unter den Bedingungen „Afghan-owned“, „Afghan-led“ und „only Afghan in the room“ - das waren ja die Bedingungen, die da verhandelt worden sind - stattfinden sollten, versuchte die Bundesregierung, auf den Friedensprozess inhaltlich Einfluss zu nehmen. Ich zitiere aus MAT A AA-8.461, Blatt 14 - Zitat Anfang -:

„Für“

- die -

„USA ist QAT“

- also Katar -

„die einfachste Lösung, da damit Finanzierung und Logistik gesichert sind und QAT sich weitestgehend aus den inhaltlichen Aspekten des IAV“

- damit sind die innerafghanischen Verhandlungen gemeint -

„heraus halten wird. Unser Anspruch, Struktur und Inhalt von IAV mitzugestalten, könnte den Verhandlungsprozess aus US-Sicht ... verkomplizieren.“

Zitat Ende. - Es scheint so, als hätte die Bundesregierung das Ziel oder das Zwischenziel gesetzt, die Verhandlungsparteien nach Deutschland zu holen.

Ich zitiere aus einer weiteren E-Mail, von Andreas Krüger verschickt am 11. September 2020 - Fundstelle: MAT A AA-8.631, Blatt 49; Zitat Anfang -:

„... sollten uns aber auch als ... Moderator (Berghof ist ja schon vor Ort) mit allzu normativen Forderungen zurückhalten. Damit schwächen wir unsere Möglich-

keiten, auf den Prozess einzuwirken & ihn potentiell ... nach DEU zu bringen, wo ... wir mehr Möglichkeiten hätten, gerade im Sinne unserer Ziele ... auf den Prozess einzuwirken.“

Zitat Ende. - Die Frage ist: Was wissen Sie über diesen Sachverhalt, dass die Bundesregierung auf den Prozess Einfluss nehmen wollte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, über diesen Sachverhalt weiß ich nichts; das müssten Sie wahrscheinlich die Bundesregierung fragen. Es gab die Überlegung - das habe ich, glaube ich, eingangs auch schon formuliert -, parallel zu dem Verhandlungsprozess auch einen Dialogprozess zu gestalten, im Übrigen auch auf Wunsch der afghanischen Regierung. Das ist aber nicht zustande gekommen, anfänglich - das dauerte einfach auch viel zu lange - - Aber die Covidpandemie hat dann eigentlich alle Überlegungen, diese Gesprächsprozesse aus Katar herauszuziehen, ad acta legen lassen. Aber der Bedarf oder das Interesse, dass Deutschland eine stärkere Rolle in der Unterstützung spielt, ist meines Erachtens - also, es wäre jetzt Spekulation; aber ich würde sagen - - Was ich weiß, ist, dass der Wunsch einer stärkeren Rolle von den afghanischen Parteien, im Übrigen auch von den Taliban, betont wurde.

Stefan Keuter (AfD): Hat die Bundesregierung Ihnen oder der Berghof Stiftung Verhandlungs- oder Beratungsziele mit auf den Weg gegeben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, zu keinem Zeitpunkt.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie uns irgendwas über die Absichten oder über die Ziele der Bundesregierung mit Hinblick auf die innerafghanischen Verhandlungen sagen? Haben Sie da Kenntnis drüber?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Eigentlich nicht. Ich hatte nur den Eindruck, dass die Bundesregierung Interesse hat, diesen Verhandlungsprozess zu unterstützen und hier auch in der Tradition der gemeinsamen Durchführung des Dialogs mit Katar im Jahre 2019 Kontinuität



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu zeigen. Also, ich glaube, das kann man so sagen. Und es ist ja völlig unstrittig, dass das Doha-Abkommen in seiner Anlage sich auf nur sehr wesentliche - es sind nur sehr wenige: vier Punkte im Grunde genommen - - fokussierte, aber eigentlich alle Fragen zur Zukunft Afghanistans offenließ. Also, ich sehe es eher in diesem Kontext.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Danke. - Nächster Punkt. Wegen den Bedingungen der Verhandlungen - das heißt, wir sprachen über „Afghan-owned“, „Afghan-led“, „only Afghans in the room“ - bevorzugte das Auswärtige Amt scheinbar eine Beeinflussung des Prozesses nicht direkt, sondern über die Berghof Stiftung - mein Eindruck. Dass auch eine inhaltliche Beeinflussung des Prozesses über die Stiftung geplant war, geht meines Erachtens aus mehreren internen E-Mails hervor.

Unmissverständlich schreibt zum Beispiel Markus Potzel in einer E-Mail, versendet am 8. Juli 2020 - ich zitiere hier aus MAT A AA-8.463, Blatt 6; Zitat Anfang -:

„Wir könnten uns als AA und über die Berghof-Stiftung inhaltlich einbringen, dabei auf bereits umfangreiche Vorarbeiten ... stützen.“

Zitat Ende.

Dass das Auswärtige Amt diesen Weg gegangen ist, zeigt meines Erachtens auch ein weiteres Zitat von Markus Potzel. Er schreibt am 8. Oktober 2020 - ich zitiere jetzt aus MAT A AA-8.482, Blatt 17; Zitat Anfang -:

„Wir gehen etwas subtiler vor, haben mit der Berghof-Stiftung den wahrscheinlich kompetentesten, professionellsten Akteur im Einsatz. Das trägt uns Glaubwürdigkeit und Wohlwollen auf beiden Seiten ein. Ich sehe daher keinen Grund, von“

- der -

„Linie abzuweichen.“

Zitat Ende.

An anderer Stelle ist von - - Ich zitiere jetzt kurz - weil Fischbach, das ist Botschaft Doha - MAT A BND-3.311, Blatt 162; Zitat Anfang -: „... unsere Hintergrundrolle über“ - die - „Berghof-Stiftung“ usw. Zitat Ende.

Das lässt mich zu dem Schluss kommen, dass die Berghof Stiftung ein Instrument des AAs war, womit man ganz eigene Ziele verfolgen wollte. Wie haben Sie das empfunden?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie müssen sich zu den ganzen Spekulationen nicht äußern, sondern ausschließlich zu Ihren Wahrnehmungen. Das sind interessante Lesungen; aber die Sachfrage lautet, ob Sie dazu Kenntnisse haben.

Stefan Keuter (AfD): Das habe ich genau so gefragt, Herr Vorsitzender. Ich wäre dankbar, wenn Sie die Befragung in die Richtung nicht unterbrechen. Ich glaube, der Zeuge kann sehr wohl wahrnehmen, worauf er antwortet oder nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung! Ich wollte den Zeugen darauf hinweisen, dass die längeren Lesungen, die Sie immer verbunden haben, das sei Ihre Interpretation - - nicht Teil der Frage ist, sondern - -

Stefan Keuter (AfD): Das ist nicht meine Interpretation. Das, Herr Vorsitzender, was ich zitiert habe, habe ich mit Aktenfundstellen wiedergegeben und wörtlich zitiert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Abgeordneter, Sie haben selbst gesagt, Sie interpretieren das so - ich habe Sie wörtlich zitiert eben -, und ich habe den Zeugen darauf hingewiesen - das ist auch meine Aufgabe -, dass er Ihre Interpretationen nicht zu beantworten hat, sondern ausschließlich die Sachfrage. - Und dazu haben Sie jetzt das Wort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, mich ehrt die Wertschätzung des Auswärtigen Amtes; aber sie war mir nicht bekannt, und insofern kann ich dazu nichts weiter sagen.

Stefan Keuter (AfD): Das ist eine kurze, prägnante Antwort. Da habe ich in dieser Runde dann keine weiteren Fragen an Sie. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zum krönenden Abschluss kommt wieder die Kollegin Frau Dr. Jurisch von der FDP. - Ah, nein, Herr Kollege Gründer. Herzlich willkommen in unserem Ausschuss!

Nils Gründer (FDP): Vielen Dank. - Ich habe eine Frage zu Nutzung von Messengerdiensten. In den Akten und auch bei einigen Befragungen, die wir hier im Ausschuss bereits durchgeführt haben, kam eben zur Sprache, dass gerade in Doha und Afghanistan die Nutzung von Whatsapp teilweise das geeignetste Kommunikationsmittel war. Inwiefern hat Kommunikation via Messengerdienst, inklusive SMS, in der Arbeit des Berghof-Teams im Kontext der innerafghanischen Verhandlungen eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, wenn Sie vor Ort in einem sicherheitstechnisch problematischen Raum Unterstützung leisten, dann überlegen Sie sehr genau, mit welchen Mitteln Sie das tun. Wir haben im Wesentlichen eigentlich direkt kommuniziert und gar keine - - oder ganz selten uns mit Messengerdiensten ins Benehmen gesetzt. Das war einfach schon aus Sorge vor möglichen technischen Eingriffen oder Angriffen auf die Kommunikation eigentlich ein No-Go.

Nils Gründer (FDP): Also, das heißt, direkt dann Face to Face. - Und weil Sie gerade sagten: „gelegentlich“: Kam es dann vor, dass ab und zu es irgendwie mal schnell gehen musste, dann trotzdem auf Messengerdienste zurückgegriffen wurde?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, vor Ort natürlich nicht.* Es war auch nicht nötig, weil die Akteure waren ja alle vor Ort. Man musste - - brauchte von einem Gebäude - - konnte

man zum anderen gehen, und man sah sich auch. Also, es wäre vielleicht in Deutschland anders gewesen, wobei auch da, glaube ich - - Diese Form der Kommunikation in einem so hochsensiblen Umfeld ist sehr schwierig, und wir verfügten auch nicht über verschlüsselte Telefone oder andere Formen, wie das vielleicht für Regierungsmitglieder ja möglich ist. Aber das hatten wir alles nicht. Insofern waren wir davon abhängig, diesen direkten Kontakt zu suchen. Es war auch, glaube ich, ganz gut, dass es so war und dass wir da auch transparent in der Hinsicht aufgetreten sind.

Nils Gründer (FDP): Ja, genau, das hat sich jetzt ja auf die Kommunikation vor Ort bezogen. Wie fand die Kommunikation dann statt zum Beispiel mit Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es gab regelmäßige Treffen im Auswärtigen Amt, Jours fixes, die sich natürlich auch aus der Projektarbeit sowieso ergaben. Aber die Berichterstattung lief tatsächlich auch direkt dann in den Räumen des Auswärtigen Amtes.

Nils Gründer (FDP): Also, das heißt, da lief nichts dann über diese Messengerdienste. - Alles klar.

Dann würde ich gerne auf MAT A Berghof-1.37 VS-NfD, Austausch Blatt 8, kommen. Und zwar: In einer Mail eines Mitarbeiters der Berghof Stiftung vom 12. März 2021 an den stellvertretenden Botschafter in Doha geht es um einen vorläufigen Reiseplan. Darin heißt es unter anderem:

„Lieber Herr S...,

Da sich in den letzten Tagen sehr vieles im Friedensprozess entwickelt hat, ist es aktuell sehr wichtig nach Kabul zu reisen und dort unsere Partner zu treffen und die nächsten Schritte zu besprechen.“

Können Sie uns einmal näher erläutern, was sich zu diesem Zeitpunkt in den Verhandlungen bewegte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Zeitraum bitte benennen.

Nils Gründer (FDP): März 21.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das war genau der Zeitpunkt, als die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden. Ich hatte ja vorhin davon gesprochen, dass es eine Verhandlungspause gab von Januar bis Anfang März. Und im März wurde nun erstmals auch über die Agenda gesprochen. Es war völlig klar, dass bei der Erstellung der Agenda nach Möglichkeit Einigkeit aufseiten der Republikdelegation herzustellen war und die Konflikte, die natürlich immer noch weiter schwelten, ausgeräumt werden, bevor das in den Raum getragen wurde. Also, insofern war das als Konsultation zu diesem Zeitpunkt besonders wichtig, weil es hier um die Präzisierung und Priorisierung der Agendathemen für die Verhandlungen ging.

Nils Gründer (FDP): Ich würde gern weiterfragen zu MAT Berghof-1.37 VS-NfD, Austausch Blatt 1 bis 2. In einem Mailaustausch - MAT A Berghof-1.37 VS-NfD, Austausch Blatt 2 - zwischen dem Auswärtigen Amt, AP 05, und jemandem von der Berghof Foundation vom Mittwoch, den 7. April 2021, heißt es unter dem Betreff „ELT: Genehmigungen Vorläufiger Reiseplan“ - ich zitiere -:

„Katrin ist diese Woche nicht im Dienst, daher übernehme ich an dieser Stelle einmal. Bitte füll doch das anbei liegende Schreiben entsprechend aus und ich bemühe mich, dass wir dir das Schreiben trotz Herrn Potzels Urlaub auch zukommen lassen.“

Jetzt die Frage: Die Planung der Reise nach Kabul scheint nach Aktenlage während der Covid-Krise besonders aufwendig gewesen zu sein. Können Sie uns die Auswirkungen auf Ihre Arbeit noch mal näher beschreiben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob es wirklich die Reise nach Kabul betraf oder eine Reise nach Doha betraf. Also, es war einfach für die Erlaubnis, nicht nur einreisen zu können, sondern auch die

Zwangsquarantäne von zehn Tagen zu umgehen, zwingend, dass es ein entsprechendes Begleitschreiben des Auswärtigen Amtes oder der Botschaft an die entsprechenden Behörden in Katar gegeben hat, um also zu verhindern, dass ich einreise und dann erst mal, wie das vielen ja auch geschehen ist, für zehn Tage in irgendeinem Quarantänehotel untergebracht werde. Also, das ist jetzt der Hintergrund, den ich mir aus der Mail erschließe.

Nils Gründer (FDP): Alles klar. - In dem angeführten Zitat klingt an, dass es etwas schwierig gewesen zu sein scheint, für das Verfahren benötigte Unterschriften zu bekommen, wenn Herr Potzel im Urlaub war. In der Antwort auf die zitierte Mail schlägt der oder die geschwärzte Berghof-Mitarbeiterin vor, man könne doch auch Potzels Unterschrift vielleicht durch irgendwen anderes Offizielles ersetzen. Können Sie den Vorgang für uns einmal einordnen? - Vielen Dank.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das ist der gleiche Punkt für die - - für das - - Ohne ein Begleitschreiben war die Erteilung der visafreien Einreise und der Verzicht auf die Quarantäne nicht möglich. Und wir konnten nicht beurteilen, wer autorisiert ist, diese Unterschrift zu leisten, und haben das deshalb vorgeschlagen, jemand anderen dafür zu benennen. Aber wir konnten natürlich nicht benennen, wer das sein würde.

Nils Gründer (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende dieser Runde, und das trifft sich gut, was die Wahlen angeht. Ich würde die Sitzung für eine Stunde unterbrechen. Sie lassen sich versorgen, und die Kollegen gehen ihren Abstimmungspflichten nach. Und wir setzen die Sitzung fort um 15.40 Uhr. - Danke schön.

(Unterbrechung von
14.41 bis 15.41 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie haben alle sowohl Ihre Wahlpflichten hinter sich gebracht, soweit Sie welche hatten, ansonsten sich wieder



Nur zur dienstlichen Verwendung

erholt und erfrischt, sodass wir fortsetzen können. Wir beginnen die dritte Runde, und die Frage geht an den Kollegen Nürnberger von der SPD-Fraktion.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir haben uns ja in der letzten Runde darüber unterhalten, wie schwierig dieser Friedensprozess zu initiieren war, durchzuführen, wie es öfters Stockungen gegeben hat und wie es am Ende - die anderen Kollegen haben ja bereits das Pferd ein bisschen von hinten aufgezümt - schwierig war, dann am Ende ein Ergebnis überhaupt zu erreichen.

Ich möchte gerne auf einen Zeitpunkt im Frühjahr 2021 zu sprechen kommen. Da findet sich nämlich am 18. Mai eine E-Mail aus dem Referat AP 05 des Auswärtigen Amtes zu einem Jour fixe mit Berghof, MAT A BND-3.306 VS-NfD, Blatt 65. In dieser E-Mail werden Sie zitiert:

„Nach Einschätzung von H. Giessmann halten sich Risiken und Chancen für den weiteren Prozess im Moment die Waage - es gebe ein Zeitfenster für einen positiven Verhandlungsverlauf von ca. vier Wochen, in dieser Zeit müsse es Fortschritte geben.“

Wenn man sich nun den Kalender anschaut, dann war Ende Juni diese Zeit jedenfalls vorbei. Können Sie uns erklären, ob es tatsächlich positive Aspekte in diesen vier Wochen gab und welche es hätten auch sein müssen, um am Ende tatsächlich dieses positive Ergebnis zu erreichen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, es gab in zwei Feldern Annäherungen - ich würde nicht von Fortschritten reden -, die die Aussicht boten, dass es zu Fortschritten kommt. Das waren vor allem auch Themen, die im Interesse der Taliban lagen, also zum Beispiel Opferbetreuung, Betreuung von Witwen, von Gefallenen usw. Die Kernfragen, also insbesondere Staatsaufbau und Religion - - gab es eigentlich keine substanziellen Fortschritte. Dafür hätte auch sehr viel mehr Zeit zur Verfügung stehen müssen. Ich habe vor der Pause ja auch darauf hingewiesen, dass sich ab Mai die Dynamik in Afghanistan selbst sehr stark

beschleunigte zulasten oder zuungunsten der Regierung, sodass also das Zeitfenster mit vier Wochen fast, würde ich sagen, noch optimistisch veranschlagt war.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine Frage am Rande: Wie oft und mit wem fand dieser Jour fixe statt, und auf wessen Initiative?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Der Jour fixe fand mindestens monatlich statt. Ich glaube, in der heißen Phase war das natürlich ein bisschen unregelmäßiger, weil wir ja zum Teil vor Ort auch gewesen sind. Aber die Vereinbarung war quasi auch Bestandteil der Umsetzung des Projektes, das wir vom Auswärtigen Amt finanziert bekommen hatten.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben ja selber bereits in dem zweiten Teil Ihrer vorherigen Antwort erwähnt, dass diese vier Wochen relativ kurz und dann auch schon vorbei waren. Ich beziehe mich auf einen „Activity Report“ der Berghof Stiftung vom Juni 2021 - MAT A Berghof-1.14 VS-NfD_Austausch, Blatt 1 -, in dem Ihnen der Friedensprozess nur noch wenig aussichtsreich erscheint. In dem Bericht wird geschildert, dass es zu wenigen Treffen zwischen den Konfliktparteien kam und dass die intensiveren Angriffe der Taliban für Misstrauen gesorgt hätten. Ist die Einschätzung richtig, dass zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen mit den Taliban auf einer Art Tiefpunkt waren?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, zunächst erst mal: Die Einschätzung kommt ja offensichtlich von mir, also ich stehe auch dahinter. „Tiefpunkt“ ist schwierig, weil die Verhandlungen haben ja nicht mal richtig ernsthaft begonnen. Die Frage war, ob es zu diesem Zeitpunkt noch den realistischen Erwartungen entsprach, ein umfassendes Friedensabkommen zu erzielen. Das, glaube ich, war nicht mehr der Fall, sondern es ging eher um die Frage, ob noch Einigungsmöglichkeiten bestehen, und das war noch der Fall.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich Sie jetzt akustisch richtig verstanden habe, sagen Sie, es gab zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesem Zeitpunkt keine Aussicht mehr auf Einigungsmöglichkeiten.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es gab zu diesem Zeitpunkt keine Aussicht auf ein umfassendes Friedensabkommen. Aber das schließt nicht aus, dass es noch Einigungen geben konnte zu den Themen, an denen beide Seiten Interesse hatten; und ich habe die Themen ja vorhin benannt.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie uns dann in der Folge schildern, inwieweit es in den Monaten Juli und August noch Gespräche zwischen den Taliban und der afghanischen Republik in Doha oder an anderen Orten gab zu diesem - -

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich bin nicht über den Fahrplan im Einzelnen informiert. Ich weiß nur, dass die Zahl der Treffen, der Termine, deutlich abnahm, je länger es - - oder je dichter es zum August 2021 kam.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie zu diesem Zeitpunkt, also im Hochsommer 2021, über Informationen verfügt, dass es zwischen den afghanischen Verteidigungstreitkräften und den Taliban zur Vereinbarung über den kampfflosen Abzug oder zur kampfflosen Übergabe von einzelnen Provinzen - - gab? Hatten Sie darüber Informationen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es gab Gerüchte, die ich auch gehört habe, aber ich habe keine Informationen dazu.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Frage noch einmal etwas präzisiert: Ist es Ihnen bekannt, ob es in der ersten Augushälfte Gespräche zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung zu einem Thema „Waffenstillstand und Interimsregierung“ gegeben hat?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Taliban haben relativ konsequent die Gespräche über einen Waffenstillstand abgelehnt. Mehr weiß ich darüber nicht zu berichten.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte an der Stelle eine kleine Exkursion, einen kleinen Exkurs einschleusen im Hinblick darauf, dass ein wichtiger Faktor für den Machterhalt der Regierung in Kabul offensichtlich auch die Fähigkeit war, die eigenen Truppen weiterhin einzusetzen. Jetzt eine ganz allgemeine Frage an Sie: Aus Ihrem Wissensstand heraus über die Jahre hinweg, haben Sie eine Veränderung wahrgenommen aus Ihrer Betrachtungsweise, wie zuverlässig, wie einsatzfähig, wie hoch der Kampfwert der afghanischen Streitkräfte für Sie sich darstellte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das kann ich auch im Einzelnen nicht beurteilen. Ich kann hier nur wiedergeben, dass mir berichtet wurde, dass die Abhängigkeit insbesondere von Lufthoheit und Nachrichtentechnik, also Nachrichten, also Informationen, der afghanischen Streitkräfte eklatant war und dass andererseits auch angenommen wurde, dass die Spezialkräfte der afghanischen Streitkräfte bereit seien, bis zum Schluss sich für die Republik einzusetzen, was aber offensichtlich auch nicht der Fall war.

Jörg Nürnberger (SPD): Zu Ihrem Vortrag jetzt passt auch, dass zum Beispiel am 9. Juli 2021 der afghanische Außenminister Hanif Athmar in einem Telefonat mit Bundesminister Maas - MAT A AA-8.281 VS-NfD, Blatt 85 - angeführt hat:

„... harte Phase, die für weitere Zukunft des Landes entscheidend ist. Verlieren Gebiete sehr schnell an TLB. Können dies aber zurückdrehen.“

Allerdings hatte er auch eine dringende Bitte - und das deckt sich mit Ihrer Aussage -:

„Brauchen Close Air Support, zumindest für 2/3 Monate oder ein wenig länger. Und auch die Wartung von Flugzeugen und weitere Beschäftigung von Vertragspiloten.“

Hatten Sie jemals zu Außenminister Athmar entsprechenden Kontakt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das Wort „entsprechend“ - - Wenn Sie nach „entsprechend“ fragen, muss ich sagen: Nein. Aber natürlich hatte ich zu Hanif Athmar mehrfach Kontakt. Und ich weiß, dass er bis in den Juli hinein sehr stark Wert darauf legte, die Souveränität der afghanischen Regierung zu respektieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann versuche ich, die Frage wirklich tatsächlich verständlicher zu formulieren: Sie haben also mit dem Minister über diese verteidigungs- und militärtechnischen Fragen nicht geredet.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, habe ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein Sprung in den August, noch ein paar Tage weiter, zum Zeitpunkt des Falls von Kabul und zur Zeit danach: Was war eigentlich Ihre erste Reaktion, als Sie mitbekommen haben, dass Kabul gefallen ist? Wie haben Sie darauf reagiert?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, meine erste Reaktion war: back to square one. Im Grunde genommen ist das, was seit Jahrzehnten für Afghanistan nicht gelöst worden ist, wieder nicht gelungen. Und es wird wieder ein exklusives Regieren einer Akteursgruppe gegen andere geben. Und eigentlich, im Grunde genommen, steht die Aufgabe des Friedensprozesses für Afghanistan auch für die Zukunft.

Jörg Nürnberger (SPD): In dem zugehörigen „Activity Report“ der Berghof Stiftung im August 21 wird geschildert, dass Sie in dem Moment, als Kabul fiel, ihre Rolle in Doha enden sahen. Es sei darum gegangen, die Taliban zu beraten, die Ordnung in Kabul wiederherzustellen; ich beziehe mich da auf MAT A Berghof-1.16 VS-NfD_Austausch, Blatt 2. Können Sie uns noch einmal schildern - und das ist ja zum Teil auch angesprochen worden bereits in vorherigen Runden -, wie Ihre Bemühungen sich dargestellt haben? Was haben Sie genau getan?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: In erster Linie haben wir in diesen Tagen mit der Repu-

blikdelegation gesprochen, die völlig im luftleeren Raum gefangen war und nicht wusste, wie es weitergeht. Mit den Taliban gab es zu diesem Zeitpunkt eigentlich dann, bis auf die Zeit vor dem 15. August, keinen Kontakt mehr, jedenfalls nicht im unmittelbaren Umfeld des Abzugstermins.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf aus diesem Bericht zitieren. Da steht auf der Seite unten im letzten Absatz:

„The speed of the Republic's fall was widely unpredicted, including by those at the highest levels of the Republican as well as Taliban hierarchy. Apart from several days of confusion and chaos, this caused a vacuum of preparation with regard to the technicalities of the takeover, as well as the formation of the new structure.“

Es stellt sich mir dann hier im Anschluss die Frage, auch in Bezug auf das, was Sie vorher ausgesagt haben - man muss, glaube ich, die Frage sehr präzise formulieren -: Ab wann und in welchem Umfang war Ihnen und vielleicht auch anderen Personen - welchen anderen Personen? - bekannt, dass es zu einer friedlichen Übernahme Kabuls durch die Taliban kommen wird? Nur zur Ergänzung: Weil in diesem Dokument sprechen Sie von einer überraschenden Übernahme.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Also, lässt sich der Zeitpunkt konkretisieren, wo es hinreichende Erkenntnisse darüber gab, dass es zu einer friedlichen Übernahme von Kabul kommen wird?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Von der Aufforderung oder der Bitte an die Taliban, nach Kabul einzurücken, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, hatte ich nichts gewusst. Darüber hatte ich keine Information. Wir gingen ja immer noch davon aus, dass es vielleicht zu einer Übergabevereinbarung kommen könnte. Und insofern war ich persönlich auch davon überrascht, wie relativ gewaltarm die Einnahme von Kabul durch die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Taliban erfolgte. Darauf bezieht sich die Überraschung.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt angesprochen, dass es Ihnen zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt war. Wann ist es Ihnen denn nachträglich bekannt geworden?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Taliban waren natürlich sehr schnell, auch in der Übertragung ihrer Machtübernahme im Palast. Sie sind ja quasi widerstandslos in den Palast eingerückt und haben sofort sich auch dann über die Fernsehsender zu Wort gemeldet. Also in dem Augenblick war das auch klar. Aber es war zu dem Augenblick noch nicht völlig klar, ob die Taliban auch in der Lage sein würden, Ruhe und Ordnung in Kabul herzustellen. Wie sich ja in den kommenden Tagen auch zeigte, hatten sie selbst Schwierigkeiten, ihre eigenen Kämpfer zu kontrollieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, Sie persönlich hatten auch keine positive Kenntnis darüber, und zwar zu einem Zeitpunkt vor dem 14. August 2021, dass es zu dieser friedlichen Übernahme von Kabul kommen wird.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, hatte ich nicht. Und ich war auch nicht von der Bitte an die Taliban informiert, nach Kabul einzurücken.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie Kenntnisse darüber, welche Vereinbarungen dieser friedlichen Übernahme von Kabul zugrunde liegen und wer diese Vereinbarung geschlossen hat?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, habe ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie jetzt mit Ihrem heutigen Kenntnisstand diesen Prozess bewerten: Lassen sich diesem Prozess der Verhandlungen positive Aspekte für das Zusammenleben in Afghanistan abgewinnen? Oder glauben Sie, dass dieser Prozess am Ende tatsächlich gescheitert ist? Beziehungsweise: Gibt es irgendwelche positiven Ergebnisse, die sich im Nachhinein zeige-

tigt haben, durch diese vielfältigen Versuche, diesen Prozess der innerafghanischen Annäherung mitzugestalten?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Erstens hat sich gezeigt, dass Afghaninnen und Afghanen unterschiedlicher Provenienz und unterschiedlicher ethnischer und religiöser Zugehörigkeit miteinander reden können, wenn ihnen die Möglichkeit dazu gegeben wird. Das ist eine der positiven Erfahrungen.

Eine zweite positive Erfahrung, die ich sehe, ist, dass die Unterschiede nicht nur in den Positionen, sondern auch in den Interessen der verschiedenen Akteure deutlicher zum Tragen gekommen sind.

Und eine dritte Erfahrung, die ich gemacht habe, ist, dass es insbesondere den Taliban, aber auch auf der Republikseite deutlicher zu Bewusstsein gekommen ist, dass es ohne den Rückhalt in der Gesellschaft auf Dauer keine Machtstruktur geben kann, die nachhaltig ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich würde gerne noch eine abschließende Frage stellen, wenn ich noch Zeit habe? - Ja. Sie schildern in dem von mir bereits erwähnten „Activity Report“ aus dem August 21 - MAT A Berghof-1.16 VS-NfD_Austausch, Blatt 2 -, dass Sie auch dem Auswärtigen Amt bei den Bemühungen rund um die Evakuierung geholfen haben. Wie sah denn diese Unterstützung konkret aus, und was haben Sie da getan?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es ging in diesem Fall konkret um Personen, die in besonderer Weise gefährdet waren, darunter auch Personen, die mit einer Fatwa belegt waren. Und hier haben wir versucht, unsere Kontakte zu nutzen, um eine sichere Ausreise dieser Personen zu erleichtern.

Jörg Nürnberger (SPD): Konnten Sie da Erfolge zeitigen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Im „Activity Report“ vom September 21 wird beschrieben, dass die Berghof Stiftung, sofern das auch von den Taliban weiter gewünscht wäre, auch als Konfliktmediator zur Verfügung stehen würde; ich beziehe mich da auf MAT A AA-8.753 VS-NfD, Blatt 101. Gab es solche Aktivitäten nach dem Fall von Kabul?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Zum einen ist es, glaube ich, wichtig, zu akzeptieren, dass sich die Machtverhältnisse geändert haben, aber das Land und die Gesellschaft ja noch da sind. Und wenn Akteure wie die Berghof Foundation über Möglichkeiten verfügen, einen Neuanlauf für einen Interessenausgleich in Afghanistan zu unterstützen, dann wäre es, glaube ich, fahrlässig, das nicht zu versuchen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das beantwortet nur den ersten Teil meiner Frage. Der zweite Teil: Gab es solche tatsächlichen Leistungen für Kabul nach diesen von mir vorhin genannten Zeiten?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Bemühungen um einen Interessenausgleich mit der Perspektive eines längerfristigen Friedens wurden auch nach dem 15. August fortgesetzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie auch dafür - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind schon ein bisschen drüber. Ist das die letzte Frage?

Jörg Nürnberger (SPD): Ganz allerletzte Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie für diese Aktivitäten noch weitere Förderungen vom Auswärtigen Amt erhalten?

(RA Dr. Jochen Pörtge:
Herr Vorsitzender,
betrifft das noch den
Untersuchungsauftrag?)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich denke, schon.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, aus den Berichten lässt sich nachlesen, dass wir im Jahre 2021 68 Prozent des Fördervolumens zurückgegeben haben ans Auswärtige Amt, weil wir es tatsächlich nicht mehr einsetzen konnten. Das, was wir danach geleistet haben, hängt unter anderem mit den Punkten zusammen, die Sie vorher gefragt haben, also Unterstützung für die Ausreise von gefährdeten Personen. Das ist, glaube ich, das, was wichtig wäre.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Das Frage-recht geht jetzt zur CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Röwekamp.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja oder nein?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja oder nein? - Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank, Herr Gießmann. Herr Gießmann, bevor ich noch mal sozusagen über Ihre Rolle in den Verhandlungen nachfrage, würde ich Sie gerne auf eine E-Mail ansprechen, die Sie an Herrn Staatsminister Annen geschrieben haben, und zwar am 10. Februar 2021. Da heißt es:

„Lieber Niels

Ich hoffe, Du bist gesund in diesen schwierigen Zeiten.“

Und in der Folge geht es dann darum, dass Sie ihn bitten, bei der Einreisegenehmigung nach Katar behilflich zu sein. Meine Frage ist: Haben Sie ein besonderes Näheverhältnis gehabt zu dem damaligen Zeitpunkt zum Staatsminister?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Niels Annen war im Kuratorium des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, dessen stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor ich war, und dadurch kannten wir uns aus der früheren Tätigkeit. Daraus ist aber keine Nähe in Bezug auf seine Rolle als Staatsminister abzuleiten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Helfen Sie mir noch mit der Fundstelle für das Protokoll?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so, das kann ich gerne machen. Das ist MAT A Berghof-1.21 VS-NfD_Austausch, Blatt 1. Sorry. - Meine Frage zielt in die Richtung, ob Sie mit dem Staatsminister oder mit der politischen Leitung des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit Kontakt hatten und, wenn ja, was der Inhalt dieser Kontakte war.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, im Untersuchungszeitraum kann ich mich an keine Begegnung mit dem Staatsminister erinnern, bis auf das Schreiben, auf das Sie zu Recht verweisen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich hatte nach der politischen Leitung des Hauses gefragt, also auch Minister, Staatssekretäre.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, nein, keinerlei Kontakte.*

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann würde ich jetzt ganz gerne noch mal zurückspringen auf den Zeitraum März 2021. Da hat es ein Gespräch gegeben des Referatsleiters Herrn Krüger mit der Talibandelelegation in Doha. Und anwesend war nach einer teilgeschwärzten Mail, die wir haben - das ist MAT A AA-4.29 VS-NfD, Blatt 44 bis 46 -, auch ein Herr G. von der Berghof Foundation. Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie Herr G. sind, der an dem Gespräch teilgenommen hat?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Na ja, das muss ich mir vorlegen lassen; klar.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wollen Sie es haben sonst?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, geben Sie es mir bitte mal.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, bitte. Dann legen wir mal eben vor. Das ist bei uns 5.16. Bitte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Vielleicht stellen Sie zunächst die Frage. Dann kann ich - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Frage ist: Haben Sie teilgenommen an dieser Besprechung?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich entscheide mich mal für Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde das gerne ohne irgendwelche Zusätze haben, und das sollte auch nicht das Ergebnis von Beratungsprozessen sein. Ich will noch mal sagen: Die Aufgabe, die Ihr Anwalt hat, ist eine prozessualer Art. Ansonsten habe ich Sie vorhin belehrt, dass Sie zur Wahrheit verpflichtet sind. Wenn die Frage mit Ja oder Nein zu beantworten ist, dann muss das bitte so geschehen, dass es dem entspricht, wie ich Sie vorhin belehrt habe.

(RA Dr. Jochen Pörtge: Das
war ausschließlich
prozessual!)

- Bitte schön?

RA Dr. Jochen Pörtge: Das war ausschließlich prozessual, nicht zum Inhalt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bemerkung hat da Zweifel aufkommen lassen; deswegen wollte ich das noch mal klarstellen. - Gut, fahren Sie fort.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Also, wenn Sie an dem Gespräch teilgenommen haben, würde ich Sie jetzt gerne zu Ihren Kenntnissen über den Inhalt des Gesprächs befragen wollen. Herr Krüger gibt in diesem Bericht an, dass die Taliban zum ersten Mal ein vorbereitetes Statement abgegeben hätten. Entspricht das Ihrer Erinnerung? Also gab es ein vorbereitetes Statement, und war es aus Ihrer Sicht das erste Mal, dass so etwas geschehen ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, das stimmt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hatten Sie das Gefühl, dass dieses Statement - - Oder ist Ihnen vermittelt worden, dass dieses Statement das Ergebnis eines Abstimmungsprozesses war, oder war es eine Einzelmeinung eines Delegationsteilnehmers, oder war es die geschlossene Meinung der Talibandelelegation?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es war eine vorbereitete Reaktion der Taliban, und sie bezog sich auf die Mandatsverlängerung und das Unverständnis aufseiten der Taliban, warum Deutschland diese Mandatsverlängerung beschlossen hatte - - das Parlament beschlossen hatte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, das ist jetzt sozusagen der Inhalt. - Nach dem Bericht, den Herr Krüger dort gegeben hat, heißt es:

- „TLB verurteilten diese falsche Entscheidung“

- also wörtlich -

„(„we condemn (...) & we express our dismay“).“

Und weiter - Zitat -:

- „Diese Ankündigung nehme auch den Schutz von den deutschen Soldaten, die diese seit dem 29. Feb. 2020 genossen hätten; sollte - Gott verhüte - „etwas geschehen“, dann sei dies allein die Verantwortung der deutschen Regierung.“

Deswegen frage ich noch mal nach: Das klingt ja ein bisschen nach einer Drohung. Ist das bei Ihnen so angekommen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich habe es als abgestimmte Nachricht der Talibanführung verstanden. Das wurde auch wortgleich so von

Anfang bis Ende verlesen. Ob das jetzt als Drohung wahrgenommen worden ist, kann ich nicht beurteilen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Ankündigung, sozusagen: „Gott verhüte, dass etwas geschehe, dann sei das die Verantwortung der deutschen Regierung“, ist das noch erläutert worden? War das noch Gesprächsinhalt? Was haben Sie darunter verstanden?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, soweit ich mich an dieses Gespräch erinnert habe, hat er - von Herrn Krüger ist das, ne? - die Zusammenhänge, die zur Verlängerung des Mandats geführt haben, erläutert und erklärt. Auf der Talibanseite bestand die Befürchtung, dass anders als der Zeitplan, den die USA verkündet hatten, Deutschland eine längere Anwesenheit in Afghanistan in Betracht ziehen würde. Das konnte durch die Erläuterung meines Erachtens, wie ich es wahrgenommen habe, ausgeräumt werden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dennoch kommen Sie auch mit einer Wiedergabe Ihres Wortbeitrages vor in dieser Mail. Da heißt es, dass Sie - Zitat - „vor erneuter Gewaltspirale zwischen TLB & NATO / RSM“ warnten und: „Das größte Opfer würden dann die afghan. Zivilisten zahlen.“ Zitat Ende. - Gibt das zutreffend Ihren Wortbeitrag im Rahmen dieses Gesprächs wieder?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich kann mich nicht hundertprozentig erinnern. Aber das könnte der Fall gewesen sein, weil das wäre auch durchaus meine Auffassung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Muss ich Ihre Äußerung dann so verstehen, dass Sie schon von der Ernsthaftigkeit einer Eskalation ausgegangen sind?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Eskalation fand ja statt. Die afghanischen Streitkräfte waren ja nicht eingeschlossen in die Gewaltverzichtserklärung der Taliban im Doha-Abkommen. Insofern gab es da ja keine Einschränkung. Und insofern auch war ich besorgt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass es mit einer verschärften Rhetorik dazu führen könnte, dass es zu einer solchen Eskalation kommt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, aber in Ihrer Aussage nehmen Sie ausdrücklich Bezug nicht auf eine Gewaltspirale zwischen Taliban und afghanischer Armee, sondern zwischen Taliban und NATO/RSM. Deswegen frage ich noch mal nach. Also, sind Sie nach diesem Gespräch von einer erhöhten Gefährdungslage für sozusagen die alliierten Truppen und/oder die Bundeswehr ausgegangen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Wenn die Taliban das so erklären, dann muss man das, glaube ich, auch schon für - - Also, ob das jetzt bare Münze ist, so weit würde ich vielleicht nicht gehen. Aber die Androhung, die ist ja von den Taliban selbst erfolgt. Und insofern denke ich, darauf hinzuweisen, dass das den Verhandlungsprozess eher erschweren würde, ist, glaube ich, keine falsche Beobachtung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Konnten Sie in der Folgezeit in Ihren Gesprächen dann sozusagen im Hinblick auf diese - ich nenne es jetzt einfach mit meinen Worten - Eskalation oder Drohung vermittelnd wirken? War das also in weiteren Gesprächen noch Thema?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich selbst habe in Doha im Nachgang dieses Gesprächs bei einer Begegnung auch das noch mal erklärt, das parlamentarische Verfahren in Deutschland. Und ich hoffe, dass das zur Klärung beigetragen - - oder ich hoffte, dass es zur Klärung beitragen würde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es heißt dann weiter zum Schluss dieses Berichts - Zitat -:

„Im medialen Bild in den afghan. (sozialen) Medien sind diese feinen, aber bedeutenden Unterschiede aber nicht erkennbar;“

- also da geht es um die Unterschiede: Mandatsverlängerung und das, was Herr Krüger da erklärt hat, was Sie eben auch geschildert haben, dass

das ein Automatismus ist und sozusagen erforderlich ist -

„die afghan. Reg. selber tat ein Übriges dazu, die Präsenz deutscher Soldaten bis „mind.“ Jan. 2022 bereits als unterschiedene Sache darzustellen.“

Deckt sich das mit Ihren Erkenntnissen, dass das mediale Bild, das in Afghanistan vermittelt wurde, anders war als die tatsächlichen Umstände?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, das mediale Bild in Afghanistan, wenn Sie das so bezeichnen, war natürlich sehr differenziert, und Sie haben sehr unterschiedliche Meinungen gehört, wenn Sie die Nachrichten damals verfolgt haben. Die Hoffnung bei einigen politischen Akteuren in Afghanistan, dass es noch zu einer Revision der Entscheidungen kommen würde, war relativ lange gegeben, aber sie war, glaube ich, auch nicht realistisch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Zu der Frage: In der heißen Phase, über die wir vorhin schon miteinander gesprochen haben, also August 2021, da waren, wie Sie uns ja vorhin geschildert haben in der Befragung, ganz unterschiedliche Delegationen vor Ort. Es hat Austausch gegeben. Sie waren in dem gleichen Unterkunftsgebäude - so habe ich das verstanden - wie die deutsche Delegation - - dass es also auch informelle Kontakte gegeben hat. Sie haben uns ja vorhin beschrieben, dass in dieser Woche Ihnen klar geworden ist sozusagen, dass es nicht mehr um Friedensverhandlungen geht, sondern um eine geordnete Übergabe. Können Sie sich daran erinnern, dass Sie über diese Fragen auch mit Mitgliedern der deutschen Delegation gesprochen haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern. Es war auch zu dem Zeitpunkt, glaube ich, gar nicht vermittlungsreif, weil die Überlegungen, auch innerhalb der Republikdelegation, noch gar nicht zu einem Abschluss gekommen waren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Wenn ich das noch ergänzend zu dem, was Sie vorher gesagt haben - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nicht nur die deutsche Delegation und die Berghof Stiftung waren in diesem Hotelkomplex. Alle Delegationen mit Ausnahme der Amerikaner waren in diesem Komplex untergebracht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will das noch mal verstehen. Also, es tritt - zumindest mit meinem Blick, aber ich habe Sie auch so verstanden - eine veränderte Situation ein. Man redet nicht mehr über Frieden, sondern über - Kapitulation sage ich jetzt nicht - - aber man redet über eine Übergabe an die Taliban, eine geordnete Übergabe. Aus meiner Sicht muss das doch Gesprächsgegenstand in den Begegnungen gewesen sein. Also, können Sie ausschließen, dass Sie mit der deutschen Delegation oder Mitgliedern der deutschen Delegation über diese veränderte Sachlage gesprochen haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich weiß im Augenblick nicht mal genau, ob am 14./15. August jemand von der deutschen Delegation in Doha war. Das müsste ich erst noch mal nachvollziehen. Das weiß ich nicht. Also, aus meiner Erinnerung heraus kann ich nur sagen, dass der Kontakt damals unmittelbar mit der Regierungsdelegation gewesen ist, aber nicht mit der deutschen Delegation.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mhm. - Haben Sie aus anderen Zusammenhängen Kenntnis darüber, ob die deutsche Delegation Kenntnis von diesem veränderten Sachstand hatte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, habe ich nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will noch mal über das Draft reden, das wir nicht finden können. Ist das üblich, dass man so was handschriftlich, wenn ich es richtig verstanden habe,

verfasst und dann irgendwie weiterreicht und das nirgendwo dokumentiert wird?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, wenn man mehr Zeit hat, ist es nicht üblich; das würde ich sofort zugestehen. Es war aber zu dem Zeitpunkt einfach dringlich geboten, ein paar Ideen zu Papier zu bringen, um es der betreffenden Person mitzugeben, die auf dem Weg dann nach Kabul sich befand, um die Vorschläge mit den beiden Hauptpersonen zu besprechen. Und gleichzeitig sind die Vorschläge auch an die Taliban gegangen, um darüber zu diskutieren. Und da verliert sich für mich auch der Kontakt, weil ich habe von da ab keine Rückmeldungen gehabt, ob irgendeine dieser Ideen in irgendeiner Form von Interesse gewesen ist oder nicht. Ich muss im Nachgang sogar annehmen, dass das gar nicht der Fall gewesen ist, weil die Übergabe ja auf ganz andere Art und Weise erfolgt ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun stellen sich ja mit der Übergabe eine Menge von Implikationen: Also, was macht das mit deutschen Staatsbürgern? Was passiert in den deutsch-afghanischen Beziehungen? Was bedeutet das für Fragen von Evakuierung? - Hat das in Ihren Überlegungen eine Rolle gespielt? Also, haben Sie sich auch mit diesen Fragen beschäftigt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dem Dokument, was ich Ihnen schon vorhin habe vorlegen lassen, nämlich dem Augustbericht - ich weiß nicht, ob Sie den noch vorliegen haben -, da steht, dass die Berghof Foundation dem Auswärtigen Amt dabei half, Ortskräfte in Sicherheit zu bringen, also noch mal das MAT A Berghof-1.16 VS-NfD_Austausch, Blatt 1 bis 3. Können Sie dem Ausschuss schildern, was da der Anlass und was Ihre Rolle war?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Der Begriff „Ortskräfte“ ist an der Stelle falsch platziert. Es ging nicht um Ortskräfte, sondern es ging um afghanische gefährdete Akteure, aber nicht um Ortskräfte etwa der Bundeswehr oder Ortskräfte, die für Deutschland gearbeitet haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und noch mal: Genau um welchen Personenkreis ging es? Um ...

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: ... Personen, die einer außerordentlichen Gefährdung aufgrund ihrer verantwortlichen Rolle - - oder aufgrund der Tatsache, dass sie mit einer Fatwa belegt waren, besonders gefährdet waren. Und es handelt sich auch nur um eine sehr kleine Gruppe ausgewählter Akteure. Es gab natürlich auch das Interesse der gestrandeten Verhandlungsdelegation in Doha, Wege zu suchen für die Ausreise; aber da bin ich auch nicht der richtige Adressat. Das müssen Sie dann die entsprechenden - - Botschaft Doha oder so nachfragen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich noch eine Frage zu einer beteiligten Person: Wir werden in der nächsten Woche einen Zeugen hören, der dadurch bekannt geworden ist, dass er aufseiten der kolumbianischen Regierung das Friedensabkommen mit der FARC ausgehandelt hat. Er soll nach den uns zugetragenen Informationen auch maßgeblich an den inner-afghanischen Friedensverhandlungen beteiligt gewesen sein. Ich würde jetzt den Namen nicht öffentlich nennen wollen. Wissen Sie, wen ich meine, oder soll ich - -

(Der Zeuge nickt)

- Ja. - Kennen Sie diese Person aus Ihren Gesprächen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich kenne die Person. Ich weiß auch, was sie in der Vergangenheit geleistet hat. Ich habe mit ihr persönlich nicht gesprochen. Und es handelt sich ja hier um einen Vorschlag, der - - Ach nee, fragen Sie mal weiter.

(Heiterkeit)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich finde total spannend, wenn Sie was sagen, was ich nicht gefragt habe. Ich will Sie nicht unterbrechen. - Also, ich habe das eben nur noch mal nachgefragt: Also, Sie haben mit ihm selber nicht gesprochen. War er an Gesprächen beteiligt, an denen Sie beteiligt gewesen sind?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich keine weiteren Fragen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann wechseln wir wieder zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Meine erste Frage wäre, wie denn von afghanischer Regierungsseite die Delegationen bei den Verhandlungen da reingegangen sind. Also, hatten die tatsächlich vor, zu verhandeln? Hatten die auch Hoffnung, dass bei den Verhandlungen was rauskommen kann? Können Sie uns das vielleicht noch mal erläutern?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, die Hoffnung war da, aber gleichzeitig war auch ein hohes Maß an Sorge da, dass die Delegation nicht imstande sein würde, aufgrund der professionellen Erfahrungen, die die Taliban mit den USA gesammelt hatten, in den Verhandlungen zu bestehen. Und sie erwarteten ausdrücklich, ein maßgeschneidertes, auf verschiedene Verhandlungselemente zugeschnittenes Training zu bekommen, was ich gewährt habe. Und darüber hinaus habe ich auch mich an Coaching-Maßnahmen mit der Delegationsleitung der Republik in dieser Zeit befasst.

Also, die Hoffnung war da, in einem möglichst schnellen Durchlauf die professionellen Fähigkeiten zu erlernen, mit denen man einen solchen Verhandlungsprozess aufsetzen kann. Aber gleichzeitig gab es ein hohes Maß an Skepsis und Sorge, vor allem eben auch, weil das wichtigste Verhandlungsinstrument, nämlich die Anwesenheit der ausländischen Truppen im Lande, mit einem Fahrplan versehen war und damit der Zeitdruck erheblich gewesen ist.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 21. Dezember 2020 veröffentlichten Sie einen Blogspot [sic!] mit dem Titel „Die aktuellen Entwicklungen der Intra-Afghanischen Friedensverhandlungen: Ein Kommentar“ Darin fassten Sie zusammen, wie schwierig Verhandlungen mit zwei Parteien sind, die sich seit vielen Jahren im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Krieg miteinander befinden. Ich zitiere eine Stelle daraus:

„Hinzu kam zunehmender Zeitdruck, angesichts der überraschenden Ankündigung Donald Trumps auf Twitter, dass die USA ihre Streitkräfte bereits bis Weihnachten 2020 um mehr als die Hälfte reduzieren wollten, wodurch auch ein vorzeitiges, vielleicht sogar überstürztes Auslaufen der gesamten internationalen Friedensmission *Resolute Support* in den Bereich des Möglichen rückte. Die Ankündigung der USA hatte auch deshalb verheerende Auswirkungen auf die Verhandlungsposition der Regierungsseite, da die Verminderung der Gewalt seitens der Taliban im US-Taliban Abkommen ausdrücklich an den Abzug der ausländischen Truppen geknüpft worden war.“

Dazu jetzt meine Frage: Könnten Sie bitte einmal für uns einordnen, welche Auswirkungen nach Ihrer Wahrnehmung diese Ankündigung von Präsident Trump auf den Verhandlungsprozess hatte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, sie hatte eine gewissermaßen demoralisierende Wirkung einerseits. Andererseits aber wurde sie auch mit dem Label sozusagen der Vorläufigkeit belegt, weil die Hoffnung da war, dass es zu einem Wechsel im Amt der Regierung kommen würde und dann die Beschlüsse möglicherweise revidiert werden würden. Das heißt also, es war so eine Mischung aus Hoffnung und Verzweiflung, weil schon klar war, dass die Bestandsfestigkeit der afghanischen Regierung, des Republiksystems gebunden war an die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Aktivitätsbericht von April 2021, also dem Monat, in dem Präsident Biden ankündigte, die US-Truppen bis zum 11. September 2021 abziehen, steht dazu Folgendes - MAT A Berghof-1.12 VS-NfD_Austausch -:

„On 14 April, US President Biden formally announced his decision to withdraw American troops from Afghanistan before Sept. 11. The announcement appeared to cause further need for internal consultations on the Taliban side, which added to the delays in a reactivation of the talks. As of the time of reporting, such a reactivation remains uncertain.“

Können Sie sagen, welchen Einfluss die Ankündigung Bidens auf die Verhandlungen hatte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Taliban waren sich nicht sicher, ob die USA sich an den Abzugsfahrplan halten würden, wenn nicht alle Elemente des Vertrages von - - der Doha-Vereinbarung umgesetzt werden. Aber mit der Ankündigung am 14. April war das Datum gesetzt. Und das hat die, ich sage mal so, Verhandlungsbereitschaft der Taliban nicht gerade erhöht. Und sie haben sich mit ihren Oberen auch dann beraten, wie weiter zu verfahren ist, um also diesen festen Termin - - Sie haben selbst - - das Zitat kennen Sie ja vielleicht, also: „Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit“ - - sich sozusagen auf diesen festen Termin einzurichten und alles zu unternehmen, um diesen Termin auch zu halten. Das war der Zweck der Konsultationen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine Nachfrage: Hätte ein Abrücken von dem Abzug durch Biden nicht ohnehin für einen Bruch des US-Taliban-Abkommens und damit zu einem Abbruch der innerafghanischen Friedensverhandlungen führen können?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ist spekulativ, kann ich insofern nicht beantworten. Ich kann nur noch mal wiederholen, was ich vorhin gesagt habe: dass die Taliban sehr sorgsam darauf bedacht waren, einzig und allein das Doha-Abkommen als Grundlage für den intraafghanischen Verhandlungsprozess zu betrachten.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin durch mit meinen Fragen, aber die Kollegin Nanni hat noch Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend auch von mir, Herr Professor Gießmann! Erste Frage: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Stegner?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich kann die Frage ganz leicht beantworten: Ich habe alle Dokumente, die wir eingereicht haben, noch mal gelesen und habe daraus - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warten Sie mal ganz kurz, Herr Gießmann. - Können Sie einmal kurz die Uhr anhalten? Das war bisher üblich, Herr Vorsitzender, dass der Anwalt bei Ihnen anmeldet, sprechen zu wollen oder mit seinem Zeugen das Gespräch zu suchen. Es ist jetzt mehrfach vorgefallen, dass Dr. Pörtge von sich aus das Wort ergriffen hat. In dem Fall hat er dem Zeugen das Wort sogar genommen und das Mikro ausgemacht. Ich möchte, dass das aufhört.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dem diene vorhin die Belehrung, die ich gemacht habe. Der Anwalt hat das Recht, in prozessualen Fragen zu beraten. Bei den Fragen ist es mir jetzt auch zwei-, dreimal aufgefallen - ich habe es auch zweimal schon angemerkt - - wo es schlichtweg um Wahrheit, ja oder nein, geht. Da ist ein Beratungsprozess, der hier stattfindet, in der Art und Weise weder vorgesehen noch günstig, füge ich mal hinzu, weil er einen Eindruck erweckt, den Sie, glaube ich, nicht erwecken wollen.

Deswegen wäre meine Bitte: Ob eine Frage zulässig ist, darüber kann eine Beratung stattfinden. Dann wird die Sitzung unterbrochen; dann machen wir das so. Aber wenn es um faktische Fragen geht - und hier ist es ja eine ganz simple, faktische Frage gewesen -, da bitte ich einfach darum, dass der Zeuge wahrheitsgemäß antwortet,

wo er belehrt worden ist, und nicht hier der Eindruck entsteht durch den Prozess, der da stattfindet - - Man sieht das jetzt nicht immer aus jedem Winkel gleich - ich habe das jetzt nicht gesehen, dass Sie das Mikrofon ausgestellt haben -, aber das ist in der Tat nicht zulässig. Insofern würde ich darum bitten, dass wir uns für den Rest der Befragung an unser Prozedere auch halten. - Jetzt können Sie fortfahren.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Vielen Dank. - Ich kann die Frage ganz einfach beantworten: Ich habe alle Dokumente, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, selbst noch mal gelesen. Und insofern zog der Verhandlungsprozess auch noch mal vor meinem Auge vorbei und habe in meinen eigenen Erinnerungen gekramt und mir dazu Notizen gemacht. Aber das war die Vorbereitung auf die heutige Zeugenvernehmung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Wenn Sie so einen Auftrag annehmen, wie jetzt in dem Fall - Taliban und afghanische Regierung bitten Sie darum, gemeinsame Gespräche zu unterstützen -, dann haben Sie ja sicherlich auch Entscheidungsparameter für die Frage: Nehme ich diesen Auftrag an mit meiner Institution? - Welche Entscheidungsparameter waren das, als Sie die Entscheidung damals angenommen haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Noch mal: Das Verfahren war andersrum. Also, wir haben einen Vorschlag erarbeitet und einen Projektantrag gestellt. Und dieser Projektantrag wurde, wie das bei jedem -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: - Projektantrag der Fall ist, beraten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihen Sie mir, wenn ich Sie unterbreche. - Sie haben am Anfang ausgeführt, dass die Konfliktparteien auf Sie zugegangen sind und dass Sie daraufhin dann den Antrag beim AA gestellt haben. Es geht mir jetzt um den Erstkontakt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Verstehe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit den Konfliktparteien und der Frage: Da kommt jetzt jemand, der will, dass ich für den arbeite. AA soll bezahlen. Okay. Aber dann ist ja trotzdem die Frage: Nehme ich das an, ja oder nein? - Man kann sich ja auch dagegen entscheiden, so was zu machen.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Absolut, und das passiert auch mehr als genug in vielen Fällen. Wenn Parteien auf uns zukommen und bitten, ihnen zu helfen, dann prüfen wir zunächst erst mal, ob ausreichend Interesse auch auf der anderen Seite besteht, einen solchen Prozess aufzusetzen. Und dann befragen wir unsere eigenen Ressourcen, unsere eigene Expertise, ob wir in der Lage wären. Das können wir in vielen Fällen nicht. Wir gucken auch danach, ob andere Organisationen in dem Feld tätig sind, um also zu verhindern, dass es sozusagen zu Redundanzen kommt. Gelegentlich gibt es ja auch Akteure, die danach streben, internationale Anerkennung zu bekommen, indem sie mit möglichst vielen Akteuren ins Gespräch kommen. Und wenn all das positiv beantwortet werden kann durch uns, dann versuchen wir, die dafür notwendigen Mittel zu akquirieren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann noch eine Nachfrage dazu: Sie haben gesagt „ausreichendes Interesse“. Wir haben auch vorhin schon darüber gesprochen, dass nicht alle Akteure das gleiche Interesse hatten; das ist ja auch normal. Durch welche Interessensbekundung seitens der Taliban war für Sie als Projektleitung die Schwelle überschritten, zu sagen: „Das ist jetzt ausreichendes Interesse, um als Akteur hier auch tätig zu werden“?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, es gibt ja Fakten, und einer der Fakten ist, dass die intraafghanischen Verhandlungen Teil des Doha-Abkommens waren. Das heißt also, die Taliban mussten, um das Abkommen nicht zu gefährden, sich auf einen solchen Prozess einlassen oder nicht. Andernfalls hätten sie das gesamte Abkommen gefährdet. - Das ist ein Punkt.

Der andere Punkt ist, dass wir die Erfahrung gemacht hatten, dass im Zuge des vor dem Untersuchungszeitraum stattgefundenen Dialoges die Taliban in der Lage waren, sich auf einen Dialogprozess mit Vertretern der Regierung und der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft einzulassen.

Und das Dritte war, dass wir selbst natürlich - das ist Teil auch unserer eigenen Arbeit - durch Mappings der Konfliktsituation, der verschiedenen Akteure usw. zu dem Befund gekommen waren, dass es eine Chance gab, den Gewaltaustrag durch einen geordneten Verhandlungsprozess zu beenden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf auch noch eine Anschlussfrage: Das heißt, am Anfang Ihres Assessments ist für Sie ein ausreichendes Interesse dann gegeben, wenn der Akteur Taliban ein Interesse daran hat, sich an den Tisch zu setzen? Es gibt noch keine Notwendigkeit, dass man ein Interesse sieht, dass er am Tisch zum Abschluss von was auch immer kommt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Absolut. Sie wissen am Beginn von Verhandlungen nie, was am Ende rauskommt. Es kann ja was ganz anderes rauskommen. Das Interessante war, dass die Taliban Gespräche und dann auch Verhandlungen als ein mögliches Instrument angesehen hatten, um ihre eigenen Interessen risikoärmer durchzusetzen als durch den fortdauernden Gewaltaustrag.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Wir haben dann keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie hatten gerade eben geschildert, dass Sie Personen geholfen haben, die mit einer Fatwa belegt waren, das Land zu verlassen. War das durch die Projektförderzusage des Auswärtigen Amtes gedeckt, oder wie sind diese Maßnahmen finanziert worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Alle Maßnahmen, die wir gemacht haben und die vom Auswärtigen Amt gefördert wurden, wurden auch vom Auswärtigen Amt genehmigt.

Stefan Keuter (AfD): Hatten Sie damals keine Angst, dass gegebenenfalls der gute Ruf der Berghof Stiftung darunter leiden könnte, wenn so was rauskommt, dass man Menschen außer Landes schafft?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Es ist sicherlich ein Grenzfall. Es gab in der Geschichte, auch meiner eigenen Tätigkeit für Berghof, immer wieder Fälle, wo man eine Güterabwägung vornehmen musste, um die Mehrparteilichkeit nicht zu gefährden. In dem Falle, in diesem besonderen Falle gab es aber gute Gründe, die Personen zu unterstützen. Es gab gute Gründe, die von uns artikuliert wurden, aber es gab auch gute Gründe, die von afghanischen Akteuren, mit denen wir zusammenarbeiten, artikuliert wurden.

Stefan Keuter (AfD): Haben die Taliban das mitbekommen, dass Sie Personen außer Landes schafft haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Taliban haben natürlich mitbekommen - - Oder was heißt „mitbekommen“? Teilweise war es sogar notwendig, sie zu informieren, um einen solchen Ausreisevorgang zu ermöglichen. Wir haben versucht, wo es möglich war, solche Abstimmungen vorzunehmen. Aber ich bitte da wirklich um Verständnis, dass ich da nicht über Details reden kann.

Stefan Keuter (AfD): Wie wurden Sie von Katar als Berghof Stiftung gesehen? Wurden Sie eher partnerschaftlich gesehen in dem ganzen Prozess oder als Rivale?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich weiß jetzt nicht, wie Katar uns betrachtet hat. Ich glaube, dass es für die katarische Regierung auch wichtig war, dass wir vor Ort präsent waren; sonst hätten wir diese Einreisen unter den schwierigen Bedingungen der Covid-Pandemie nicht erhalten. Möglicherweise hätten Sie sich

mehr Informationen gewünscht, weil Sie über die Art und Weise, wie Organisationen wie wir - - nicht so informiert sind. Insofern kann es auch sein, dass Sie uns vielleicht auch als problematisch erachtet haben, aber wir hatten keinerlei - - ich habe keinerlei Grund, mich über Katar, was unsere Tätigkeit betrifft, zu beschweren.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Die Frage war auch eher andersherum gestellt: Gab es Beschwerden von Katar über Ihre Tätigkeit - „ihre“ jetzt kleingeschrieben -, Ihrer Organisation?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Ist Ihnen da nichts bekannt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Da ist mir konkret nichts bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Ich würde Ihnen dann gerne mal ein Aktenfundstück vorhalten, und zwar ist das ein Schreiben des Gastgeberlandes von Kat- - oder ein Rantreten an Markus Potzel, von Katar an die Bundesregierung; Fundstelle MAT A AA-8.482 VS-NfD, Blatt 17. Da ist davon die Rede, dass man [REDACTED] - Zitat Ende - gesehen wurde. Und dann noch mal: Laut Andreas Krüger [REDACTED] Al-Qahtani -

VLR Andreas Gloßner (AA): Stopp!

Stefan Keuter (AfD): - mehrfach und ausgiebig - -

VLR Andreas Gloßner (AA): Tut mir leid. Also, da muss ich ganz kurz - - Ich konnte das Fundstück jetzt in der Schnelle der Zeit noch nicht einsehen, aber wir haben uns ja explizit vorbehalten, dass bei Zitieren aus VS-NfD-Inhalten wir uns ein Einspruchsrecht vorbehalten, wenn es an den Schutz bilateraler Beziehungen geht. Und wenn da sozusagen jetzt Zitate konkret ausländischen Gesprächspartnern zugeordnet werden, dann muss ich da leider reingehen und müsste mir die Textstelle ganz kurz ansehen, Herr Vorsitzender.

Stefan Keuter (AfD): Ja, dann legen wir Ihnen die gerne mal eben vor.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es gibt die Möglichkeit des stillen Vorhalts.

Stefan Keuter (AfD): Ja, das ist MAT A AA-8.476 VS-NfD, Blatt 4 f.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann müsste einer Ihrer Mitarbeiter sich auf den Weg machen.

Stefan Keuter (AfD): Ich glaube, die suchen gerade schon. Aber wir können es auch gerne noch mal vorlegen. Okay, wenn das Auswärtige Amt die Fundstelle findet, vielleicht dem Zeugen sonst auch mal vorlegen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, das Auswärtige Amt braucht keine Hilfe von uns, sondern der Zeuge hat das Recht, einzusehen.

Stefan Keuter (AfD): Wobei ich das Gefühl hatte, dass die Aktenfundstelle durchs Auswärtige Amt gewünscht war.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich sage das mal für die anderen Beteiligten: Es geht darum, dass hier eine Frage gestellt wird zum Sachverhalt, ohne zu zitieren aus dem Dokument.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ist mir nicht bekannt. Und ich habe auch nichts vonseiten der katarischen Regierung gehört, dass sich Beschwerde führend gegen uns gewandt hätte.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Weil das geht aus dieser Fundstelle hervor, dass den Deutschen ja vorgeworfen worden ist oder der deutschen Delegation, dass man hier sehr aggressiv auf afghanische Teilnehmer zugegangen ist und dann davon gesprochen wird: Die deutsche Delegation hält sich „strikt im Sine [sic!] des Prozesses“ - - Dann ist die Frage: Welcher Prozess ist das, wer hat den definiert, und war Berghof Teil dieses Prozesses?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich kann mich zu den Inhalten dieser Mail - ich habe es ja

eben gesehen - wirklich nicht äußern, weil mir ist nicht bekannt, worum es da in der Kommunikation gegangen ist.

Stefan Keuter (AfD): Gut, vielen Dank. - Ich würde dann gerne noch einen anderen Sachverhalt mit Ihnen besprechen, und zwar: Wurden Sie als Sprachrohr zu der Bundesregierung durch die Taliban benutzt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, überhaupt nicht.

Stefan Keuter (AfD): Hatten Sie jemals das Gefühl, dass man ganz gezielt von Talibanseite den Kontakt zu Ihnen gesucht hatte, um der Bundesregierung Informationen zukommen zu lassen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, auch das nicht.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Dann hätte ich noch ein anderes Aktenfundstück; das ist MAT A AA-8.636 VS-NfD, Blatt 4. Vielleicht gucken Sie mal, ob das so weit, Herr Gloßner, für Sie in Ordnung ist.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich müsste es aber auch sehen.

Stefan Keuter (AfD): Das ist eine E-Mail vom Andreas Krüger, verschickt am 1. März 21. Damit würde ich Sie dann gerne mal konfrontieren, mit dem Inhalt. Hier fanden Gespräche - - Da geht es darum:

„in Doha fand am 27.02. ein Gespräch zwischen ... der Taliban & Vertretern der ...“

- geschwärzt -

„statt. ...

In diesem Fall wurden die Vertreter der ...“

- geschwärzt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

„aber explizit gebeten, eine **Nachricht an die deutsche Bundesregierung** zu übermitteln. (*Berghof-Stiftung fühlt sich merkbar unwohl in dieser Rolle ...*)

Im Rahmen eines Gesprächs ... brachten die TLB ... den in Doha anwesenden Mitarbeiter der ...“

- geschwärzt -

„ihren **Unmut über jüngste öffentliche Äußerungen deutscher Regierungsvertreter im Rahmen der Mandatsverlängerung** zum Ausdruck. DEU habe als erstes und einziges Land öffentlich verkündet, Truppen nicht aus AFG abziehen. **Dies mache DEU zu einem möglichen ersten Ziel erneuter TLB-Angriffe ...**

Anstatt auf die USA einzuwirken und sie aufzufordern, das US-TLB-Abkommen einzuhalten, wirke **DEU negativ auf die USA und andere NATO-MS ein, die Truppenpräsenz aufrecht zu erhalten**. Dieses Verhalten sei enttäuschend- man habe **DEU bisher als vertrauenswürdigen und aufrichtig an Frieden interessierten Gesprächspartner** betrachtet und sei **bereit zu engerer Zusammenarbeit gewesen**. Diese müsse man nun **überdenken**.“

Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Sie haben ja selbst gesagt, dass die Berghof Foundation sich unwohl fühlte als Messenger; das stimmt. Aber gleichwohl sind wir natürlich auch - - gehen die Ohren nicht zu, wenn man hört, was Akteure möglicherweise wollen, weil das ja auch für den Prozess selbst von Interesse sein kann. Aber wir haben uns da nicht als Herald oder als Messenger verstanden, sondern haben einfach Sachstandsanalyse weitergeben.

Stefan Keuter (AfD): Gut, also halte ich daraus fest: Sie sind doch als Sprachrohr genutzt worden, aber haben sich dabei unwohl gefühlt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie müssen das nicht kommentieren. Das ist eine Wertung. Das - -

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Das stimmt auch so nicht, nein.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Dann ist in dieser Fragerunde meine Zeit auch schon abgelaufen, und ich bedanke mich für die Antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur FDP. Frau Kollegin.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie haben vorhin gesagt, dass Berghof generell nur auf Anfrage von Konfliktparteien tätig wird und Sie sich dann um Projektmittel bei der Umsetzung von Vorhaben bewerben. War denn das Auswärtige Amt der einzige Drittmittelgeber bei der Tätigkeit der Berghof Foundation im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Doha? Oder gab es auch andere Geldgeber, von denen Sie dann Mittel bekommen haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Für diesen Fall war das Auswärtige Amt, ja, die Bundesregierung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und Sie haben auch nicht andere Aspekte, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Doha waren, für andere Geber abgedeckt?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Dann habe ich noch eine Rückfrage. MAT A Berghof-1.16 VS-NfD_Austausch, Blatt 2; bezieht sich auf das, was der Kollege Röwekamp auch zweimal angesprochen hat: In dem vorhin bereits thematisierten Activity Report aus August 2021 wurden ja die Aktivitäten der Berghof Foundation rund um den Fall Kabuls beschrieben. Und im Bericht an das AA war die Rede davon, dass Berghof im Auftrag der Afghanen einen Entwurf für das Powersharing entwickelt habe.*



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und in Ihrer Antwort vorher haben Sie gesagt, dass es sich ja nur um Stichpunkte auf einem Notizzettel gehandelt habe. Und Sie haben den Entwurf ja auch nicht mal für aufbewahrungspflichtig erachtet. Welche Darstellung stimmt jetzt, oder was - - Wie können Sie das kommentieren, bitte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, Berghof hat ja nicht zwingend eine Aufbewahrungspflicht für bestimmte Unterlagen. Wir haben alles das, was für die Projekterfüllung erforderlich war, natürlich dokumentiert und auch Sachstandsanalysen gegeben. Aber ich kann nur noch mal wiederholen, was ich vorher schon gesagt habe: Es handelte sich in diesem Fall um eine sehr kurzfristige, sehr dringliche Anfrage, Ideen zu teilen, die ich da vor Ort in Doha der entsprechenden Person an die Hand gegeben habe, um sie dann weiterzutragen.

Also, es gibt dieses - - Ich würde es selbst gerne wissen, was ich damals alles an Ideen entwickelt habe, weil das - können Sie sich vorstellen - für einen Wissenschaftler auch interessant ist, das vielleicht für eine spätere Publikation zu verwenden. Aber ich kann Ihnen leider in der Frage nicht behilflich sein, weil ich habe dieses Dokument - - Oder: Dieses Papier habe ich leider nicht zur Verfügung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Der Friedensprozess, den Sie als Stiftung ja begleitet haben, ist ja am Ende letztlich dann gescheitert. Und mich würde einfach interessieren: Was haben Sie für sich als Organisation und vielleicht auch für sich als Person im Herbst 2021 für Lessons learned gezogen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die wichtigste Lehre ist vielleicht die, dass die Gründe, die zu der Situation geführt haben, die im August 2021 dann sichtbar wurden, nicht aus der Welt sind. Und das ist - - Also, solche Prozesse hängen wesentlich davon ab, dass die beteiligten Akteure es wollen, dass sie der Unterstützung, auch der technischen Unterstützung, bedürfen. Ich bin davon überzeugt oder war damals überzeugt und habe das auch einem Mitglied der afghanischen Verhandlungsdelegation so ein

bisschen allgemein formuliert gesagt, dass der Prozess zwar jetzt an der Stelle zu Ende ist, aber Afghanistan ja nicht verschwindet und die Aufgabe, einen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Akteuren herzustellen, jetzt unter viel schwierigeren Bedingungen für die Zukunft neu durchdacht werden muss. Und ich kann nur sagen, dass es in der Beziehung auch nach wie vor Anfragen an uns gibt, dabei zu helfen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie also den Grad des Wollens überschätzt? Wäre das eine selbstkritische - - oder können Sie das vielleicht noch mal reflektieren?

(RA Dr. Jochen Pörtge: Herr Vorsitzender, das ist eine Wertung im Nachhinein! Das halte ich für unzulässig!)

Darf ich die Frage stellen oder nicht?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht stellen Sie sie ein bisschen anders.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie im September 2021 im Rahmen des Lessons-learned-Prozesses als Hypothese aufgestellt, dass es womöglich an einer Überschätzung des Grades des Wollens von beiden Konfliktparteien gescheitert sein könnte?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich habe, glaube ich, mehrfach heute auch schon gesagt, dass es Interessen auf beiden Seiten gab, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen entlang der jeweils eigenen Interessen. Das galt bis zum Ende des Prozesses. Was vielleicht unterschätzt worden ist oder was unterschätzt worden ist, waren die Dynamiken, die sich also im Frühjahr 2021 entwickelten und die zum Zusammenbruch der Republik führten.

Ich weiß aus eigenen Gesprächen, auch mit dem Präsidenten, dass auf dessen Seite, seiner Meinung folgend, die Überzeugung da war: Gut, wenn die Taliban kämpfen wollen, dann werden wir kämpfen, und wir werden siegen. - Also, es war sozusagen eine falsche und vielleicht auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

überzogene Erwartung aufseiten der Republik zu lange vorhanden, um tatsächlich sich auf das realistisch Erreichbare zu fokussieren. Das ist vielleicht eine wichtige Lehre, wenn wir mit solchen Akteuren zusammenarbeiten, auch in der Zukunft darauf zu achten, dass die Erwartungen realistisch sind.

Aber ich sage noch mal: Es ist sehr, sehr schwer, in so einem dynamischen Kontext das wirklich passgenau zu machen, ohne Überzeugungen, die vorhanden sind, infrage zu stellen. Und wenn Sie es mit Akteuren zu tun haben, die sehr starke Überzeugungen vertreten, dann werden Sie sie auch nicht überzeugen, wenn Sie was anderes sagen, sondern Sie können nur raten, was realistisch erreichbar ist.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Könnten Sie vielleicht noch mal mehr dazu sagen, was Sie mit „realistischen Erwartungen“ gerade in Ihrer Aussage gemeint haben?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich will das an einem Beispiel nur sagen: Die Ausgangserwartung bei den Verhandlungen war aufseiten der Taliban: Wir werden am Schluss an der Macht sein; wir werden sozusagen alles entscheiden können. Vielleicht gibt es unter uns noch eine Art technische Administration, um das Land zu verwalten. - Und aufseiten der Republik gab es die Überlegung: Wir werden irgendwie die Taliban integrieren in das politische System, aber ihnen natürlich keinen Zugang zur Macht erlauben.

Das war, wenn man so will, eigentlich auf beiden Seiten eine überzogene Erwartung. Und das hat sich dann im Verhandlungsprozess selbst zwar ein bisschen angenähert, aber der Zeitraum reichte bei Weitem nicht aus. Vor allen Dingen reichte die Verhandlungsmacht nicht aus zugunsten der Republik, sondern dies war eindeutig dann der Vorteil, den die Taliban auf ihrer Seite hatten.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Könnten Sie vielleicht dann abschließend noch mal die Les-

sons learned, bezogen auf das, was Sie jetzt gerade gesagt haben, formulieren? Dann bin ich auch fertig.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, zum damaligen Zeitpunkt - - Es gibt sicherlich noch Dinge, die sich seither entwickelt haben, über die man reden könnte, aber vielleicht nicht in diesem Kreis. Zum damaligen Zeitpunkt war natürlich auch unsere Unterstützungsarbeit gescheitert, weil wir uns natürlich auch erhofft hatten, dass die Parteien selbst zu einem anderen Resultat kommen würden als zu dem, was im Ergebnis vorhanden war.

Aber ich kann für die Tätigkeit, die wir geleistet haben, in keiner Weise uns anlasten, dass wir das Scheitern des Friedensprozesses in irgendeiner Form mitverursacht hätten. Und das wird uns auch von keinem afghanischen Akteur vorgeworfen. Das bietet eben auch die Möglichkeit für uns, in ähnlichen Prozessen unser besonderes Geschäftsmodell, das wir haben, eben auch wieder zum Tragen zu bringen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Könnten Sie vielleicht noch - - Ich habe noch eine Nachfrage; ist mir gerade noch gekommen. Sie haben gesagt: Der Friedensprozess ist am Ende gescheitert. - Gab es in Ihrer Erinnerung Momente davor, wo Sie gedacht haben: „Das scheitert jetzt gleich“, also zwischen Doha und dem eigentlichen Scheitern des Friedensprozesses, und, wenn ja, welche waren das?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Die Schwächen des Doha-Abkommens wurden erst im Nachgang des Doha-Abkommens richtig sichtbar. Und eine der entscheidenden Schwächen war tatsächlich die Beschränkung der Gewaltreduzierung auf die internationalen Truppen. Das war eine der großen Schwächen. Die andere große Schwäche war, dass die afghanische Regierung überhaupt nicht involviert war in das Abkommen und mit Forderungen konfrontiert wurde, über die sie eigentlich normalerweise souverän zu entscheiden hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber das Abkommen als solches wurde gleichzeitig auch als eine Chance gesehen, weil tatsächlich die intraafghanischen Verhandlungen Teil des Abkommens waren. Also, zu dem damaligen Zeitpunkt waren, sagen wir mal, die Aussichten nicht blendend; aber es bestanden durchaus Aussichten auf eine Einigung zwischen den beiden Parteien.

Erschüttert war ich dann im Mai von den schnellen Veränderungen der Sicherheitslage in Afghanistan; persönlich auch informiert dann auch durch die Vereinten Nationen, mit denen wir damals darüber sprachen. Aber selbst da gab es immer noch Chancen auf die Einigung zu bestimmten Aspekten, über die ich, glaube ich, schon ausführlich gesprochen habe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank von meiner Seite.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erlauben Sie mir eine Anmerkung, weil jetzt hier mehrmals eine große Zögerlichkeit war, wenn es um das Thema Lessons learned geht: Wir wollen uns hier nicht ein extrem enges Korsett anlegen. Wir haben natürlich einen Untersuchungszeitraum, und wir schützen die Zeugen davor, Dinge zu sagen, die sie nicht sagen müssen. Aber wir haben gerade bei der Frage von Lessons learned sehr wohl, zum Beispiel beim BND und bei anderen Berichten, die nachher erstellt worden sind, sich aber auf den Untersuchungszeitraum beziehen - und das tun ja solche Fragen nach Lessons learned - - nicht nur zugelassen, sondern das ist für den Untersuchungsausschuss hilfreich.

Der Untersuchungsausschuss erfüllt einen Auftrag des Parlaments, also der Volksvertretung, und damit auch ist das sozusagen das übergeordnete Interesse. Deswegen können Fragen nach Lessons learned sehr wohl auch beantwortet werden und helfen uns, wenn sie beantwortet werden, ohne dass das ein Problem darstellt für diejenigen, die wir hier als Zeugen hören. Das wollte ich nur sagen, weil das jetzt mehrmals nachgefragt worden ist und Sie da zögerlich sind. Andere waren das auch, und die Bundesregierung mussten wir auch ein bisschen überzeugen; aber wir haben jedenfalls das Thema hier mehrmals

schon erörtert. Insofern, wenn Sie dazu noch was anfügen haben: Feel free to do that!

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja, gerne, das kann ich. - Die Tätigkeit meiner Organisation ist sehr stark abhängig von interpersonellen Kontakten. Das ist Teil unserer Arbeit natürlich, Personen zusammenzubringen, die unterschiedlicher Meinung sind. Und Sie lernen in einem solchen Prozess, auch mit Enttäuschungen umzugehen, was sozusagen einzelne Personen und ihre eigenen Interessen betrifft.

Also, das ist auch eine Erfahrung; aber das ist auch eine Erfahrung, die wahrscheinlich - - also ein Problem, das man immer wieder neu machen wird. Weil wenn immer Prozesse beginnen, dann muss man sich mit bestimmten Akteuren zusammensetzen, ohne zu wissen, welche persönlichen Motive sie möglicherweise besitzen, um sich auf einen solchen Vorgang einzulassen. Es können sehr persönliche Motive sein; es können auch wirtschaftliche Interessen sein. Insofern habe ich persönlich aus diesem Prozess gelernt, wie wichtig es ist, sehr genau auch zu recherchieren und sich vorzubereiten auf den Umgang mit bestimmten Personen und möglicherweise auch Kontakte zu beenden zu Personen, die dem Prozess eher nicht förderlich sind. Das haben wir also auch durchaus erlebt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Ich habe verstanden, dass es jetzt nur noch wenige Restfragen gibt und wir nicht mehr größere Kontingente jedenfalls brauchen. - SPD-Fraktion.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir sind mit unseren Fragen, wie vorhin erwähnt, bereits durch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich eine Frage noch selbst stellen, bezogen auf eine Wiese, die der Kollege Nürnberger so gut wie abgemäht hat. Aber zwei Halme sind noch stehen geblieben, und deswegen würde ich da gerne noch einmal nachfragen.

Wir hatten den Sachverständigen Stefano Pontecorvo, den höchsten zivilen Repräsentanten der NATO, der am 2. März bei uns in diesem Jahr als Experte vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat. Und er hat Folgendes ausgesagt - ich zitiere aus dem Protokoll -:

„In der Nacht des 14.“

- August -

„wurde in Doha in letzter Minute ein Abkommen zwischen der politischen Führung der Taliban und der Republik Afghanistan zu einer politischen Lösung geschlossen, das den Aufständischen, Afghanistan und den verbliebenen amerikanischen und internationalen Interessen im Land genutzt hätte. Ungeachtet dessen entschloss sich der afghanische Präsident, der dem politischen Abkommen zugestimmt hatte, um die Hauptstadt vor Chaos und weiterem Blutvergießen zu bewahren, aus nur ihm bekannten Gründen am darauffolgenden Tag plötzlich, das Land zu verlassen, was zum endgültigen Zusammenbruch des afghanischen Staates führte.“

Das hat Herr Pontecorvo hier gesagt. - Und dazu einen Vorhalt aus MAT A Berghof-1.16 VS-NfD_Austausch, Blatt 1 f.: Laut dem Activity Report der Berghof Stiftung vom August 21 fanden im August 2021 Vorbereitungen für eine geordnete Machtübergabe an die Taliban statt. Die Berghof Stiftung habe auf Anfrage des Verhandlungsteams der afghanischen Republik einen Entwurf für ein Abkommen über eine einvernehmliche Machtübergabe erstellt und mit den Taliban abgestimmt. Es habe Pläne für eine feierliche Vertragsunterzeichnung in Doha gegeben, die letztlich aber wegen der Flucht Ghannis nicht stattgefunden habe. - Das ist das Zitat aus dem Activity Report; die MAT-Nummer habe ich genannt. Und dazu würde ich Sie gerne noch mal fragen wollen, weil Sie abstrakt vorhin gefragt wurden, ob Sie konkrete Kenntnis von diesem Vorgang haben.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, das ist die Einschätzung von Herrn Pontecorvo; die deckt sich aber nicht mit meiner Erinnerung.*

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, ich habe Sie -

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - gefragt, ob Sie Kenntnis von dem Vorgang haben; denn das war die Einschätzung von Herrn Pontecorvo, und ich habe mich bezogen auf das, was die Berghof Stiftung vorbereitet haben soll -

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - laut diesem Dokument. Davon haben Sie keine Kenntnis?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Das waren meine Fragen. - Dann frage ich die Union, ob sie noch Fragen hat. - Dann geht es noch mal zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe noch weitere Fragen. Zunächst würde ich gerne so einen stillen Vorhalt machen, indem ich Sie bitten würde, mir halt zu sagen, ob die verakteten Vermerke von Ihnen bzw. von der Berghof Stiftung verfasst wurden. Das sind die Unterlagen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bitte darum, dass das stattfindet unterhalb der Tribüne, also unter dem Dach, sodass es von oben nicht eingesehen werden kann.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, MAT A AA-8.812 - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn Sie bitte nach hinten gehen, Herr Zeuge, und sich das dort ansehen, dass es von oben nicht gesehen werden kann und auch von sonst niemandem. Das ist die Übersetzung des Wortes „stiller Vorhalt“.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, MAT A AA-8.812 VS-Vertr., Tagebuchnummer 05/22, Anlage 2, Ordner 2, Berghof-Vermerke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
unterhalb der Zuschauer-
tribüne Unterlagen gezeigt -
Er liest in diesen
Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben sich das angesehen, und vom Platz aus kann dann die Frage bitte beantwortet werden, ohne zu zitieren aus dem. - Würden Sie die Frage noch mal stellen, bitte?

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir sagen, ob die verakteten Vermerke von Ihnen bzw. von der Berghof Stiftung verfasst wurden?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, von mir sind sie nicht verfasst worden. Ist das die - -

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob sie von der Berghof Stiftung verfasst wurden, bestreiten Sie mit Nichtwissen, oder wie muss ich das jetzt verstehen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ich kann es einfach nur so sagen: Ich habe die Unterlagen, diese Unterlagen nicht verfasst.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch weitere Fragen. Haben Sie mit jemandem über die Vernehmung und Ihre Aussage hier gesprochen und, wenn ja, mit wem?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Natürlich nicht. Das, glaube ich, wäre auch nicht vertretbar gewesen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Sie haben auch nicht mit jemandem, der hier Zeuge war oder wird, darüber gesprochen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Auch das nicht.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie irgendwoher, also aus nichtöffent-

lichen Quellen, über den Inhalt von Zeugen-
aussagen aus diesem Ausschuss erfahren, also
Protokolle, Berichte, Ähnliches?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nur das, was auf der Website des Untersuchungsausschusses nachzulesen war.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Das waren alle Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke sehr. - Dann wechseln wir. Haben Sie noch Fragen, Herr Keuter?

Stefan Keuter (AfD): Ja. Letzten Sachverhalt:

„Negotiating peace is more than
just striking a deal about power
sharing. Rushing to a deal at the
cost of the people will do more
harm than good.“ (?)

Sagt Ihnen das was?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ja.

Stefan Keuter (AfD): Das ist ein Tweet von Ihnen, vom 14. Januar 2021. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ob das vom 14. Januar ist, weiß ich nicht. Aber der Tweet kann von mir sein, ja.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Was hatte Sie bewegt, diesen Tweet abzusetzen? Also, ich habe den in Ihrem Twitter-Account gefunden unter dem Datum.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ein Deal ist ein Geben und Nehmen, aber kein Konsens, zwingend. Und deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, in solchen vertrackten systemischen Konflikten immer auch einen lern- und vertrauensbildenden Prozess einzubauen und nicht nur über Geben und Nehmen zu sprechen, weil das erzeugt für sich genommen kein Vertrauen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Die Frage war aber: Was hat Sie bewegt, diese Aussage zu twittern? War damit eine Nachricht an Parteien verbunden, oder wie darf ich das verstehen?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Na ja, das ist mein persönlicher Account. Und das fand ich auch als persönliche Erfahrung wichtig. Ich äußere mich ja gelegentlich zu Themen, die mit den Unterschieden von Dialog, Verhandlungen und Mediationen zusammenhängen, weil ich das Gefühl habe, dass es wenig Wissen und Verständnis darüber gibt, was die Unterschiede zwischen diesen Prozessen betrifft. Und deshalb mache ich das ab und zu, nicht so unbedingt in der verkürzten Form. Wenn Sie das nachlesen wollen, da gibt es auch Artikel, die ich dazu geschrieben habe, die die Unterschiede einzeln aufdröseln.

Stefan Keuter (AfD): Hatte dieser spezielle Tweet eine besondere Reaktion ausgelöst?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Müsste ich jetzt nachgucken, ob es da irgendwelche Antworten oder Kommentare zu gegeben hat. Weiß ich jetzt - - kann ich nicht beurteilen. Ich gucke auch in der Regel dann nicht mehr so viel auf Tweets, die vergangen sind.

Stefan Keuter (AfD): Ist Ihnen bekannt, dass dieser Tweet Reaktionen bei Zalmay Khalilzad hervorgerufen hat?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Ach was!

Stefan Keuter (AfD): Frage ich Sie.

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein, ist mir nicht bewusst.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Gut, dann würde ich Ihnen gerne mal ein Aktenfundstück vorhalten. Und zwar zitiere ich aus der E-Mail von Markus Potzel am 16. Januar 2021 - Fundstelle MAT A AA-4.28, Blatt 102; Zitat Anfang -:

„Er“

- damit ist [REDACTED] gemeint -

„sehe drei Optionen für die Lösung der Frage der zukünftigen politischen Ordnung: 1) Integration der TLB in existierendes System, 2) Machtübernahme durch die TLB, 3) Powersharing mit TLB, aber ohne AG.“

- Damit ist Ashraf Ghani gemeint. -

„Letztere Option werde von vielen politischen Akteuren in AFG unterstützt. ... Mit Interesse habe er“

- wieder [REDACTED]

„den Tweet von ...“

- geschwärzt -

„(Berghof-Stiftung) zur Kenntnis genommen, wonach Frieden mehr sei als Powersharing. Im Gegensatz zu anderen [REDACTED] habe er diesen Tweet positiv“ - -

LR I Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, da muss ich wieder einschreiten. Das war wieder eben die Sache, dass die MAT-Nummer genannt wurde und sofort mit dem Vorlesen begonnen wurde. Ich bitte da jetzt, das mit einem stillen Vorhalt zu machen. Da werden wieder attribuiert sehr detailliert Aussagen aus vertraulichen Gesprächen wiedergegeben. Darum muss ich da bitten, dass das mit stillem Vorhalt gemacht wird.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist die Übung hier. Insofern können wir das gerne so machen, dass Sie den Vorgang vorlegen - da hinten bitte, dass man nicht einsehen kann -, und dann können Sie Ihre Frage zur Sache stellen. Bitte.

Stefan Keuter (AfD): Gut. Mir ist es aber wichtig, einige Sachverhalte, die ja nun VS-NfD maximal sind, auch in das Protokoll - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht warten wir jetzt mal eine Sekunde, dass der Zeuge das lesen kann. Und ansonsten können Sie fragen, was Sie mögen; der Punkt ist nur, dass wir nicht zitieren aus den Akten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Wir haben jetzt die 54. Sitzung, und wir haben das in der Vergangenheit immer so gehalten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben auch in der Vergangenheit stille Vorhalte gehabt, und die sind genau so abgelaufen, wie das jetzt gerade passiert.

Stefan Keuter (AfD): Das ist richtig, aber ich habe von dem stillen Vorhalt so nicht Gebrauch gemacht, sondern - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Vertreter der Bundesregierung hat Einspruch eingelegt, dass zitiert wird aus - -

Stefan Keuter (AfD): Das ist sein Recht. Dann können wir gerne warten. Ich wollte uns ein bisschen Zeit ersparen.

(Dem Zeugen werden
unterhalb der Zuschauer-
tribüne Unterlagen gezeigt -
Er liest in diesen
Unterlagen)

Herr Zeuge, Sie haben sich das angeguckt? - Gut. Der hatte diesen Tweet halt positiv aufgefasst. Und ich bin ja davon ausgegangen, dass dieser Tweet von Ihnen kam und sich das darauf bezogen hatte. Hatten Sie aufgrund dieses Tweets ein Gespräch mit Khalilzad?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Mit irgendwelchen Officials der amerikanischen Seite?

Zeuge Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann: Also, ich habe Khalilzad auch ein paarmal getroffen, aber wir haben nicht über Tweets gesprochen.

Stefan Keuter (AfD): Gut, dann war es das von meiner Seite. - Vielen Dank, dass Sie uns heute hier zur Verfügung standen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich frage, ob es bei der FDP-Fraktion noch Fragen gibt. - Dann stelle ich fest, dass wir am Ende der Befragung für

heute sind. Im Rechtssinne abgeschlossen ist die Vernehmung noch nicht. Vielmehr wird Ihnen das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls sachlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich herzlich bei Ihnen und bei Ihrem Rechtsbeistand bedanken. Ich wünsche Ihnen beiden noch einen guten Tag und eine gute Heimreise.

Ich unterbreche die Sitzung bis 17.25 Uhr, und dann hören wir den zweiten Zeugen.

(Unterbrechung von
17.19 bis 17.30 Uhr)

**Vernehmung des
Zeugen Nader Nadery
siehe Stenogr.
Protokoll 20/54 II**



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Claudius Fischbach

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abend ist noch jung, und ich begrüße jetzt unseren dritten Zeugen, Herrn Dr. Claudius Fischbach, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 9. Oktober bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen und auch ein bisschen Geduld mitgebracht haben. Das müssen hier übrigens alle Zeugen.

Zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor. Insofern ist auch die Formulierung identisch.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie die Auskunft allerdings verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die

ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Nein, habe ich nicht. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sollten Sie wissen, dass wir eine Tonaufnahme fertigen, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und möglichst laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit und den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Ich weise Sie aber darauf hin, dass es sich um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe müssen also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber entscheidet.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann werde ich Sie jetzt kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Das ändert sich nicht, und insofern bleibt die Reihenfolge immer gleich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Claudius Fischbach. Ich bin 63 Jahre alt, von Beruf Beamter, und die Adresse lautet Werderscher Markt 1 in 10117 Berlin.

Ich würde gerne kurz ein einleitendes Statement abgeben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das können Sie gerne tun. Ich mache Sie noch darauf aufmerksam, dass, wenn Ihnen Aktenvorhalte gemacht werden, Sie das Recht haben, dass die Fragestellerin oder der Fragesteller Ihnen diese aushändigt. Für die Kolleginnen und Kollegen der Hinweis, der auch am Abend noch gilt: Fragen werden eingeleitet, wenn es Vorhalte sind, mit dem Nennen der MAT-Nummer, sodass wir dem alle folgen können. - So weit, so gut. Legen Sie los.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Vielen Dank. - In aller Kürze: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich seit Mitte August des Jahres 2020 - aus Südamerika, genauer gesagt, aus Paraguay kommend - deutscher Botschafter in Katar war und das dann auch bis Anfang Juli diesen Jahres blieb. Ich sehe aus meiner Sicht drei Berührungspunkte mit dem Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses.

Nummer eins. Ich war am 12. September des Jahres 2020 bei der Auftaktveranstaltung der Afghanistan Peace Negotiations in Doha als ein deutscher Vertreter geladen und bei dieser Veranstaltung zugegen. Es gab andere deutsche Vertreter wie den für Afghanistan zuständigen Beauftragten des Auswärtigen Amtes, Botschafter Potzel.

Zum Zweiten. Während der Afghanistan Peace Negotiations hat es Gespräche deutscher Vertreter, in Sonderheit der Gesandten der Beauftragten für Afghanistan, mit den Taliban gegeben. Diese Gespräche fanden zum Teil in der Residenz des deutschen Botschafters in Doha statt. Das heißt,

ich war Gastgeber, wobei mir keinerlei inhaltliche Federführung oblag und ich den Gesprächen auch nur zum Teil beigewohnt habe. In der Sache federführend waren die vom Auswärtigen Amt entsandten, für Afghanistan zuständigen Kollegen Potzel, Krüger - Herr Krüger war hier schon als Zeuge geladen - und Herr Kurzweil, der für einige Monate in Doha weilte im Sommer des Jahres 2021.

Drittens und letztens. Die Botschaft Doha hat eine nicht unerhebliche Rolle gespielt bei der Evakuierung deutscher und afghanischer Staatsbürger mit Deutschlandbezug seit und nach dem 15. August des Jahres 2021, dem Tag der Einnahme Kabuls durch die Taliban. Der Auftakt dazu war, dass wir 44 Kollegen der Deutschen Botschaft in Kabul über Doha evakuiert haben. Die trafen am Montag, den 16. August, dort ein und sind dann von uns betreut worden, und wir haben dafür gesorgt, dass sie dann in Sicherheit am nächsten Tag nach Deutschland weiterfliegen konnten. Eine ähnliche Hilfestellung haben wir für eine nicht ganz genau bezifferbare Zahl von Deutschen geleistet. Das sind nicht nur wenige Hundert, sondern sicherlich weit über 1 000. Was wir sagen können - das ist sozusagen eine für uns statistisch greifbare Zahl -, ist, dass wir an der Botschaft in Doha für knapp 1 000 Deutsche Tickets erstanden haben, weil wir sie betreuten, weil wir unmittelbar Kontakt zu ihnen hatten und weil wir sie mit diesen Tickets dann auf die Flieger, die kommerziellen Flieger zurück nach Deutschland gesetzt haben.

Das ist das Ende meines Eingangsstatements. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Zeuge. - Dann können wir in die Befragung einsteigen. Es beginnt die SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich danke auch Ihnen, Herr Fischbach, dass Sie heute Abend da sind. Ich danke Ihnen auch für Ihr Eingangsstatement, weil es nämlich einige der Fragenkreise durchaus einschränkt, zu denen wir Sie heute Abend tatsächlich befragen können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine Frage, die sich aufdrängt, weil Sie es auch erwähnt haben: Sie haben ja Ihren Dienstantritt bei der Botschaft in Doha nur wenige Monate, oder man kann auch sagen, Wochen vor dem Beginn dieser Verhandlungen gehabt. Gibt es einen Zusammenhang mit Ihrer Entsendung nach Doha und den zu diesem Zeitpunkt schon absehbaren innerafghanischen Friedensverhandlungen, oder ist das nur eine zufällige zeitliche Korrelation gewesen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Vielen Dank für die Frage. - Mir ist ein solcher Zusammenhang nicht bewusst.

Jörg Nürnberger (SPD): Also man kann die Frage nicht formulieren: Sie wurden deshalb ausgewählt, weil Sie besonders prädestiniert waren, hier die Vorbereitungen für diese Verhandlungen zu treffen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Das wäre mir nicht bewusst. Ich habe auch in meiner eigenen Vita im Auswärtigen Amt keine umfassende Afghanistan-Erfahrung. Es hat den einen oder anderen Berührungspunkt gegeben dergestalt, dass ich in Washington war im Herbst des Jahres 2001 beim Beginn der Operation Enduring Freedom und an der Botschaft Washington im politischen Bereich für Afghanistan zuständig war. Aber das lag 20 Jahre zurück und hat sicherlich diese Entscheidung nicht motiviert. - Vielen Dank.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich möchte dann kurz darauf eingehen: Nach der Dienstpostenübersicht - MAT A Z-61.01 - ist - wie in vielen anderen Botschaften - die Tätigkeit eines Botschafters beschrieben mit:

- „- Leitung der Vertretung
- Leiter Politik: Außen- und innenpolitische Berichterstattung; Kontaktpflege
- Leiter Presse: Öffentlichkeitsarbeit der Vertretung; Presseberichtserstattung“

Wenn man das jetzt bezieht auf diese Sonderaufgabe Vorbereitung der Friedensverhandlungen: Welche konkreten Aufgaben fielen Ihnen damals

persönlich als Leiter dieser Auslandsvertretung bei der Vorbereitung und Durchführung der innerafghanischen Friedensverhandlungen zu? Worum haben Sie sich persönlich kümmern müssen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Mein persönlicher Beitrag bestand in erster Linie darin, dass ich die Kollegen, die sachlich zuständig waren und die ja auch an diesem 12. September des Jahres 2020 nach Doha anreisten, über die Lage in Katar informiert habe, über die Vorbereitung zu dieser Konferenz, sicherlich über die eine oder andere Stimme, die wir aus der Administration aus dem Außenministerium hören konnten im Vorfeld der Konferenz, und dass ich die Kollegen darüber auf dem Laufenden gehalten habe. Es gab natürlich eine Reihe von administrativen Vorbereitungen auf diese Konferenz; aber die lagen nicht bei mir und sind insofern nicht Teil der Antwort auf diese Frage.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie mir kurz darstellen, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Botschaft für diese Sonderaufgabe abgeordnet oder bereitgestellt wurden? War das ein wesentlicher Anteil aller Beschäftigten, die die Auslandsvertretung in Doha damals gehabt hat?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Das war für die deutsche Botschaft in Doha kein Schwerpunktthema, weil die Kollegen, die dieses Thema wahrnahmen, jeweils zusätzlich zu uns kamen, in der Regel dann übrigens auch, weil wir zu dem Zeitpunkt, über den wir jetzt sprechen, in ausgesprochen beengten Verhältnissen in der damals von uns noch bezogenen Kanzlei gearbeitet haben - - die hatten kein Büro bei uns in der Botschaft. Das änderte sich nach einem Umzug in neue Räumlichkeiten, aber das ist jenseits des Untersuchungszeitraums. Die blieben im Hotel, haben im Hotel gearbeitet und dann im Grunde genommen auch von der Botschaft getrennt. Da gab es wenige Berührungspunkte.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement angeführt, dass die drei von Ihnen genannten Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes mit der Führung der Verhandlungen betraut waren, zum Teil gleichzeitig, zum Teil



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch sich abwechselnd. Wurden Sie von der Verhandlungsdelegation dort bei den Friedensverhandlungen von Doha über den jeweiligen Sachstand informiert, oder verlief die Kommunikation dieser Mitarbeiter, also von Herrn Potzel, Herrn Krüger und dem dritten Mitarbeiter, direkt Richtung Auswärtiges Amt?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Na gut, ich war schon insofern immer in den Stand der Dinge eingeweiht, als die wesentlichen Berichte, die geschrieben worden sind, auf dem Weg des DKOR verfasst worden sind, und da ist es üblich, dass diese DKOR also etwa dann von Herrn Potzel geschrieben wurden, aber mit meiner Unterschrift rausgegangen sind. Das heißt, ich habe sie unterzeichnet, und das heißt natürlich auch, dass ich jeden einzelnen von diesen DKORs genau gelesen habe und dann gegebenenfalls auch das ein oder andere noch hinzugefügt habe aus meiner Kenntnis etwa der Lage in der - der Meinungslage im katarischen Außenministerium. Aber diese Ergänzungen, wenn ich das sozusagen Revue passieren lasse, waren an keiner Stelle schwerwiegend, und der Bericht als solches lag in der Verantwortung der zitierten Kollegen. Nur, bei uns ist es halt üblich, dass der Leiter der Botschaft diese Berichte dann abzeichnet, um sie formal auf den Weg zu geben. Insofern war ich über den Kenntnisstand ganz gut informiert, allerdings häufig nicht über die Einzelheiten, und ich war im Tagesgeschäft nicht präsent.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank auch für diese Auskunft. - Darf ich Sie an der Stelle noch fragen, ob Sie im Rahmen der Vorbereitungen und Ihrer teilweise auch Gastgeberfunktionen zumindest in dem Umfang, in dem Sie betraut waren mit dieser Friedenskonferenz, auch Kontakt mit ausländischen Stellen bzw. Personen im Hinblick auf diese Friedensverhandlungen hatten, ausländischen Regierungen, mit den Vereinten Nationen oder ähnlichen Institutionen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Es hat es punktuell gegeben, dass ich auch auf Bitten der Kollegen das eine oder andere übernommen habe und dann auch darüber berichtet habe. Sie werden in Ihren Unterlagen einen Bericht finden, den ich

geschrieben habe über einen Auftritt des afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani im Doha Institute in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2020. Insofern hatte ich da zum Beispiel Kontakt auch inhaltlich mit dem Thema. Es gab die ein oder andere sonstige Gelegenheit.

Was mir einfällt in Beantwortung Ihrer Frage, Herr Nürnberger, ist, dass es im Zeitraum 10. bis 12. August des Jahres 2021, also wenige Tage vor dem Fall Kabuls an die Taliban, eine ganze Serie von Verhandlungen zu Afghanistan in Doha gegeben hat. Und auch dort war es natürlich vor allen Dingen der Sonderbeauftragte für Afghanistan - zu diesem Zeitpunkt übrigens nicht mehr der Botschafter Potzel, sondern sein Nachfolger Herr Jasper Wieck -, der hier teilgenommen und hier auch berichtet hat. Die Berichte haben Sie sicherlich auch gesehen. Ich kann mich nur daran erinnern, dass ich sozusagen aufgrund auch der Koinzidenz der Termine einen Termin wahrgenommen habe mit dem EU-Beauftragten für Afghanistan und darüber dann berichtet habe, mit Herrn Niklasson, der vor den Heads of Mission, vor den europäischen Heads of Mission in Doha über Teile dieses dreitägigen Verhandlungsmarathons berichtet hat. An der Stelle - das ist auch in Ihnen Unterlagen drin - war ich dann sozusagen auch inhaltlich befasst mit diesen Themen.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil Sie gerade von sich aus diesen Zeitraum kurz vor der Machtübernahme in Kabul erwähnt haben: War Ihnen bekannt - und das hat sich aus vorherigen Vernehmungen hier ergeben -, dass auch für die Zeit nach dem 15. August, als man noch nicht wissen konnte, dass die Taliban die Macht übernehmen, weitere Verhandlungen in Doha geplant waren, zum Beispiel im Zeitraum 17. bis 19. August?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Das ist mir nicht Erinnerlich, und ich glaube nicht, dass mir das bekannt war.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Haben Sie in Ihrer Funktion davon auch Kenntnisse erhalten oder haben Sie sich vielleicht sogar aktiv beteiligt, wie sich Deutschland im Hinblick auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Verhandlungen in Doha mit seinen internationalen Partnern, also in der NATO zum Beispiel, aber auch mit unseren Leadpartnern, den USA und anderen, über die Ergebnisse der Verhandlungen abgesprochen bzw. in Verbindung gesetzt hat?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Mit diesen Vorgängen war ich nicht befasst.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn wir uns jetzt etwas mehr im Detail auf diese erste Phase der Verhandlungen konzentrieren, die ja bis Ende 2020 liefen, und auch reflektieren, welche Inhalte das Doha-Abkommen hatte, gingen Sie nach Kenntnis des Doha-Abkommens - - Die Frage ist auch: Wann hatten Sie erstmals Kenntnis von allen Inhalten des Doha-Abkommens, und kennen Sie auch die entsprechenden Annexe dazu, die ja eingestuft sind? Wie haben Sie es wahrgenommen, ob das Doha-Abkommen eher eine Hypothek oder eine grundlegende Voraussetzung, eine gute Voraussetzung für den Auftakt dieser innerafghanischen Verhandlungen ist? Wie haben Sie es damals bewertet?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also sozusagen aus dem, was ich damals beobachten konnte, was für mich erkennbar war und was ich jetzt in Erinnerung habe, stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar. Zunächst einmal: Das Doha-Abkommen vom 29. Februar des Jahres 2020 ist mir bekannt, ohne diese Anhänge, von denen Sie sprechen, und war mir auch damals bekannt.

Nun ist es allerdings so, dass in einer ersten Phase der Verhandlungen - die dauerte bis zum Jahreswechsel oder jedenfalls bis Anfang Dezember des Jahres 2020 - es im Kern nicht um die Themen ging, die durch das Doha-Abkommen ja durchaus adressiert werden. Also da ging es nicht um Fragen wie den Waffenstillstand, eine Gewaltreduzierung, die Freilassung von Gefangenen. Nach allem, was mir geläufig ist, ging es nicht darum, sondern es ging um Grundlagenfragen der Verhandlungen, etwa dergestalt, was eigentlich der Rechtsrahmen für diese Verhandlungen ist.

Das ist monatelang umstritten gewesen, bis man sich dann Anfang Dezember auf 21 Grundregeln für die Verhandlungen verständigt hat. Da ging es zum Beispiel auch um die islamische Rechtschule, die zugrunde liegen sollte, und da haben die Taliban sehr stark auf der sogenannten Hanafi-Schule bestanden, sozusagen auf der Prädominanz der Hanafi-Schule - - dieses Insistieren, aber dann mit diesen Grundregeln, von denen ich sprach, darauf nicht länger insistiert. Und als Grundlagen für die Verhandlungen wurde dann eben auch das Doha-Abkommen genannt und von der Republikseite akzeptiert. Gleichzeitig wurde aber eben auch auf die VN-Forderungen, VN-Texte, VN-Resolutionen verwiesen, was den Taliban abgerungen werden musste, die, wie man weiß, ja zum guten Teil auf Sanktionslisten standen, gelistet waren und dieses zunächst unbedingt hatten vermeiden wollen. Also bis zum Dezember dieses Jahres 2020 hat man sich sozusagen auf die Grundregeln zu verständigen versucht.

Dann gelang hier ein gewisser Durchbruch. Das ist damals auch - und das habe ich in guter Erinnerung - als Erfolg für den amerikanischen Unterhändler Herrn Khalilzad empfunden worden und so dargestellt worden. Und dann war es aber so, dass die beiden Parteien in einen sogenannten Recess gingen über den Jahreswechsel - das ist ja nichts Unbekanntes, auch bei uns nicht - und dann verspätet zurückkamen und sich die Verhandlungen dann in dem neuen Jahr - wir sprechen jetzt von 2021 - nur sehr mühsam angelassen haben über all die Themen, um die es dann tatsächlich ging. Und das war letztlich im Kern sozusagen immer das *Do ut des*: auf der einen Seite Gewaltreduzierung und auf der anderen Seite Freilassung von Gefangenen. Das war sozusagen der rote Faden, der sich da durchzog, wenn meine Erinnerung mich nicht trügt.

Je weiter das Jahr voranschritt, das Jahr 2021, desto stärker - vor allen Dingen dann im Sommer - wurde die Position der Taliban, und desto weniger waren sie bereit, sich auf Kompromisse einzulassen. Und das war bei den Gesprächen, die wir eben schon zitiert haben, in diesen drei Tagen in Doha, 10. bis 12. August des Jahres 2021, mit Händen zu greifen. Das war vor allen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dingen auch der Inhalt des Briefings, des Debriefings des EU-Beauftragten, von dem ich eben sprach, Herr Niklasson, dass im Grunde zu diesem Zeitpunkt mit keiner Form von Kompromisswilligkeit der Taliban mehr zu rechnen war. Allerdings ist das auch nicht erstaunlich, wenn man sich überlegt, wo die Taliban zu diesem Zeitpunkt in Afghanistan bereits standen, nämlich unmittelbar vor der Hauptstadt.

Jörg Nürnberger (SPD): Es stellt sich mir dann in diesem Zusammenhang die Frage, wie Sie das wahrgenommen haben, dass offensichtlich mehrere Monate darauf verwendet wurden, dass prozedurale Fragen und Fragen des Austausches von den entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert worden sind, aber gleichzeitig im Doha-Abkommen vor der Revision durch die neue US-Administration ein fixes Abzugsdatum bereits vereinbart war, und daraufhin, offensichtlich zumindest nach den Aussagen der vorhergehenden Zeugen, die Taliban sich wirklich von Tag zu Tag, von Woche zu Woche in einer besseren Verhandlungsposition vernahmen. Haben Sie bei der afghanischen Delegation da so etwas wie Verzweiflung, wachsende Verzweiflung, Unsicherheit, ob es überhaupt noch Sinn hat, weiterzuverhandeln, bemerkt, oder haben Sie davon keine Anzeichen mitbekommen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also zum letzten Teil: Ich glaube, dass es sehr deutliche Anzeichen dieser Verzweiflung zum Schluss gab. Ich bin nun tatsächlich nicht derjenige gewesen, der den persönlich engsten Kontakt hatte, weder zu den Taliban noch zu den Vertretern der Islamischen Republik Afghanistan, aber mir waren die Hauptansprechpartner natürlich geläufig, und ich habe sie immer wieder, auch gerade in dieser Phase, dann gesehen und hatte die Gelegenheit, auch mit ihnen zu sprechen. Den einen oder anderen kannte ich natürlich dann auch persönlich. Und was Sie sagen, ist sicherlich zutreffend. Es war sozusagen eine wachsende Frustration und ein wachsendes Entsetzen unschwer feststellbar.

Ich würde gerne noch einen Punkt machen zu der Gesamtphase der Verhandlungen, soweit ich sie beobachten konnte. Es wäre unrichtig, zu sagen, dass man den Eindruck hätte haben müssen,

dass das schwierige Infahrtskommen, Ingangkommen der Verhandlungen ab dem September, dass das in allen Phasen dieser Verhandlungen eindeutig den Taliban zuzurechnen gewesen wäre und auf ihr Konto gegangen wäre. Das war nicht mein Eindruck und, ich glaube, nicht unser Eindruck. Mit „uns“ meine ich, dass es natürlich immer wieder Gespräche gegeben hat zwischen Botschafter Potzel und mir und er mir diesen Eindruck eben auch übermittelt hat, dass es eben häufig auch an der Intransigenz der Verhandlungsdelegation der Islamischen Republik Afghanistan lag, dass sich Dinge nicht wirklich weiterbewegt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt diesen schönen diplomatischen Begriff benutzt. Wir hatten auch vorhin die Gelegenheit, zu hören, dass es offensichtlich auch Motivationen innerhalb dieser afghanischen Delegation gegeben hat, die eben nicht im Hinblick - - auf mögliche Verhandlungsergebnisse gerichtet waren, sondern auf die eigene Position innerhalb des afghanischen Machtgefüges. Kann diese Feststellung des Zeugen von Ihnen bestätigt werden?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich kann sie insofern bestätigen, als dass das ein Thema ist, das in jedem Fall in Doha immer wieder besprochen worden ist. Ehrlich gestanden ist das aber ja eigentlich auch kein Insiderwissen, sondern das ist sozusagen auch Frucht aufgeklärter Zeitungslektüre aus diesen Tagen gewesen, dass es diese internen Dissense gab, insbesondere zwischen dem Leiter des High Council for National Reconciliation, dem Herrn Abdullah Abdullah, der formal der Verhandlungsführer war - jedenfalls trat er so auf bei der Eröffnungskonferenz - und auf der anderen Seite dem Präsidenten Ashraf Ghani. Und da gab es sicherlich auch noch andere Bruchlinien, wobei ich Ihnen ehrlich sagen muss: Die Details habe ich damals nicht gewusst. Ich habe mich auch tatsächlich nicht intensiv darum bemüht, und ich kann sie insofern jetzt auch nicht spiegeln.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich habe in dieser ersten Runde, soweit es die Zeit noch hergibt, noch eine abschließende Frage, und zwar: Wir haben uns auch heute des Öfteren mit der Berghof Stiftung



Nur zur dienstlichen Verwendung

beschäftigt, und ich würde Sie gerne um eine Einschätzung bitten, wie Sie die Rolle der Berghof Stiftung in diesem Prozess, soweit es Ihnen aus eigenem Erleben und aus eigener Kenntnis bekannt ist, einschätzen würden.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Die Berghof Stiftung war sehr bemüht, sehr aktiv, war bei den Treffen in der Residenz, auf die ich in meinem Eingangsstatement Bezug genommen habe, immer dabei. Das trifft zum Beispiel zu auf Herrn Professor Hajo Gießmann, der da immer dabei war, und nach meiner Erinnerung auch auf einen zweiten Mitarbeiter der Stiftung, Herrn Basir Feda, der insofern von besonderer Bedeutung war, als er die Übersetzung vorgenommen hat. Und dann gab es mehrere andere Vertreter und Vertreterinnen der Stiftung - ich habe mir hier notiert -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Deren Namen Sie hier nicht nennen sollten, bitte.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Okay, dann tue ich das nicht. Es gab noch mehrere weitere Vertreter/-innen der Berghof Stiftung. Und ich würde sagen, die haben auch eine Sekretariatsfunktion zum Teil gehabt, würde ich denken, kann man das so beschreiben, indem sie einfach Notizen gemacht haben, und die Ergebnisse in den Notizen liegen Ihnen allen vor in diesen langen, langen Berichten, die die Berghof Stiftung aufgeschrieben hat. Und insofern hat die Berghof Stiftung hier eine, soweit ich das beurteilen kann, produktive Rolle gespielt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt wechselt das Fragerecht zur Union. - Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Fischbach, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen und auch den langen Weg hier nach Berlin zurückgelegt haben. Ich würde noch mal sozusagen ganz an den Anfang gehen. Sind Sie neben der Vorbereitung, die man trifft, um eine neue Botschafterposition anzutreten, speziell noch mal für die Situation Afghanistan vorbereitet worden, oder haben Sie sich selber da speziell vorbereitet?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Es ist üblich, dass, wenn man an einen neuen Botschafterposten ausreist, man sich ein ganzes Programm zusammenstellen lässt vom Auswärtigen Amt, dass man dort mit Kollegen spricht zu den Hauptthemen. Zu diesen Hauptthemen meiner Vorbereitung hat Afghanistan nicht gehört. Es gab genügend andere außenpolitische Themen, wo Katar damals eine wichtige Rolle gespielt hat. Die gibt es auch unverändert. Und ich habe das auch in dem Wissen nicht getan, weil ich wusste, dass diese Themen inhaltlich bei den mir sehr gut bekannten kompetenten Kollegen liegen - die kannte ich allerdings auch vorher schon gut -, und mit dem Markus Potzel habe ich mich intensiv ausgetauscht, auch bevor ich dann antrat oder in dem Moment, wo ich da antrat, sodass mir die Grundlinien des Afghanistan-Dossiers vertraut waren.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Aber Sie kamen ja dann doch ab und zu zum Einsatz und wurden sozusagen auch in gewisser Weise Teil des Verhandlungsteams. In einer E-Mail, die Ihr Kollege Herr Krüger, Referatsleiter AP 05, verfasst hat - und die sich findet unter der Kennzeichnung MAT A AA-8.473 VS-NfD, Blatt 22/23 -, schreibt Herr Krüger:

„Wir schlagen daher vor, dass wir uns - für den Zeitraum der LAV in Doha - vorerst personell wie folgt aufstellen:

- **AP-B-2**“

- das ist meines Wissens der Herr Potzel -

„und **RL AP05**“

- Referatsleiter AP 05, Herr Krüger -

„reisen alternierend nach Doha (Lücken in der Anwesenheit würden bei Bedarf und nach Verfügbarkeit durch Botschafter Fischbach gefüllt)“

Wie oft sind Sie sozusagen da zum Einsatz gekommen als Lückenfüller, wenn ich das so sagen darf?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich kann aus der Erinnerung bestätigen, dass ich von dieser E-Mail Kenntnis habe, mich daran erinnere und das auch sozusagen die Aufgabenverteilung richtig spiegelt. Es hat Gelegenheiten gegeben, wo in der Tat niemand dort war. Sie haben alterniert, nämlich Herr Potzel, dann Herr Krüger, später trat dann Herr Kurzweil noch dazu, und dann trat Herr Jasper Wieck später ein, weil er der Nachfolger von Herrn Potzel wurde. Es waren aber auch noch andere Kolleginnen dort vor Ort aus dem Bereich AP 05. Und es hat die eine oder andere Episode, würde ich sagen, gegeben, wo tatsächlich niemand von denen da war und wir dann eingesprungen wären, wenn was gewesen wäre. Und es gab solche Fälle; zwei von denen habe ich ja vorhin auch schon zitiert. Auf Anhieb sind mir jetzt keine weiteren Gelegenheiten einfallen, an denen ich diese Rolle ausgefüllt hätte.

Was ich definitiv sagen kann, ist: In diesem Hauptverhandlungsstrang zwischen den Taliban und der Islamischen Republik Afghanistan fanden sehr viele, die allermeisten Gespräche in dem sogenannten Sharq Hotel statt, das so ein bisschen an der Peripherie südlich von Doha liegt. In diesem Sharq Hotel bin ich selber auch immer wieder gewesen, auch mit dem Markus Potzel; wir haben uns da auch getroffen, um uns dann sozusagen auszutauschen. Aber an den konkreten Verhandlungen - und da gab es ja nicht nur Verhandlungssitzungen im Plenum, also hier Taliban, da Islamische Republik, sondern es gab auch Arbeitsausschüsse, es gab Gremien, die sich immer wieder verändert haben -, an keiner dieser Sitzungen habe ich teilgenommen. Es war nie erforderlich. Ich hätte das gemacht, es hätte mich vielleicht sogar interessiert, aber die Konstellation war nie so, dass es erforderlich war.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber trotzdem eine spannende Konstellation, weil Sie natürlich einerseits die Aufgaben als Botschafter in Katar haben und andererseits aber das Afghanistan-Thema mit all den Facetten ja immer präsent war. Wie würden Sie das einschätzen, wie viel

Zeit Sie sozusagen für Afghanistan, den Afghanistan-Komplex aufgebracht haben im Unterschied zur Botschaftertätigkeit?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich kontrastiere das jetzt hier mal. Ich hatte ja vorhin gesagt, es gibt diesen dritten Berührungspunkt, was die Evakuierung angeht, bei dem ich nicht weiß, wie stark Sie sich dafür jetzt auch hier interessieren. Es hat eine Phase gegeben ab dem 15. August, das heißt dem Sturz der Islamischen Republik Afghanistan, der Einnahme von Kabul durch die Taliban, bis mindestens Ende November diesen Jahres, da hat Afghanistan ungefähr 200 Prozent meiner Zeit ausgemacht. Das war sozusagen „day and night“, 24/7. Das war so 200 Prozent meiner Zeit.

In der Phase, über die wir bisher haben sprechen können, war das ganz anders, und ich würde sagen, ich habe mich auf dem Laufenden gehalten zu Afghanistan. Ich habe eben auch dann das sozusagen medial mitvollzogen, was im deutschen Blätterwald zu Afghanistan geschrieben wurde, um à jour zu sein. Ich habe die Dinge getan, wie ich es hier schon beschrieben habe, und ich würde das prozentmäßig mit vielleicht knapp 10 Prozent meiner Zeit einschätzen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - In dem Vermerk, der Ihnen jetzt auch vorliegt, den ich vorher zitiert habe, schreibt Herr Krüger auch von einem sehr leichten Fußabdruck im Vergleich zu Norwegen, USA etc. Außerdem wurde uns seitens Norwegen bereits die Frage gestellt, „ob die aktuelle Aufstellung unserem Ideal eines ‚fair burden sharing‘ entspreche ...“

Also es war offensichtlich eine Feststellung, dass man personell sozusagen jetzt nicht besonders üppig aufgestellt war. War das auch in Katar vor Ort ein Thema, das Sie erreicht hat und das Vertreter anderer Staaten auch Ihnen gegenüber angesprochen haben?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Nein, Vertreter anderer Staaten haben dieses Thema mir gegenüber nicht angesprochen. Dass wir im Auswärtigen Amt gelegentlich personell schwach aufgestellt sind und viel schwächer, als es nötig wäre,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ein Umstand, ein Zustand, der mir durchaus geläufig ist. Es ist nichts, was ein Alleinstellungsmerkmal dieser Verhandlungen gewesen wäre.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Das sind ja allgemeine Einschätzungen. Die sind ja durchaus auch für uns hilfreich als Haushaltsgesetzgeber.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung belässt es beim Winken.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) nickt - Heiterkeit)

Thomas Erndl (CDU/CSU): Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt dann vor Ort aber den Eindruck gewonnen - und das schließt jetzt so ein bisschen an die Bemerkung an -, dass sozusagen ein eigentlich größeres Team unbedingt notwendig gewesen wäre und vor allem sinnvoll gewesen wäre bei all den Dingen, die da zu machen waren und zu begleiten waren?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich habe zum damaligen Zeitpunkt diesen Gedankengang nicht gedacht, dass das unbedingt erforderlich wäre. Das ist sicherlich ein Gedankengang, der bei den anderen Kollegen, die hier genannt sind, eine große Rolle gespielt hat. Aber für mich hatte das weiter keine unmittelbaren praktischen Konsequenzen, und ich musste mich damit auch sozusagen nicht weiter beschäftigen. Die Kollegen haben diesen Gesichtspunkt, dass sie mehr Personal brauchten, sicherlich mit Verve in Berlin im Auswärtigen Amt vorgetragen, und es ist ja nicht von der Hand zu weisen, dass dieses Thema für die Leitung des Auswärtigen Amtes zu dem Zeitpunkt einen hohen Stellenwert hatte. Also insofern ist da sicherlich alles geschehen, was geschehen konnte zu dem Zeitpunkt unter den Sachzwängen, die es gab, um diese Dinge nach vorne zu bringen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Die Berghof Foundation ist schon angesprochen worden. Welche Berührungspunkte gab es sozusagen regelmäßiger Art zwischen Ihnen und Herrn

Professor Gießmann oder der Stiftung im Allgemeinen? Gab es da einen regelmäßigen Austausch mit Ihnen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Nein, es gab keinen irgendwie regelmäßigen Austausch dergestalt, dass wir einen Jour fixe gehabt hätten oder uns einmal in der Woche getroffen hätten, uns ausgetauscht hätten. Dazu bestand auch nicht die Notwendigkeit. Meine Ansprechpartner waren die Kollegen aus dem Auswärtigen Amt, insbesondere Herr Potzel. Genauso war Herr Krüger, wenn er da war, und ebenso dann später Herr Kurzweil - - Die Mitarbeiter der Berghof Stiftung waren - das führte ich bereits aus - in den Gesprächen, bei denen ich der Gastgeber war, in der Residenz regelmäßig zugegen. Ich habe sie auch im Sharq Hotel immer wieder getroffen, und wir haben uns kurz ausgetauscht, aber das ging nie sehr in die Tiefe. Und es hat auch dort im Sharq Hotel sicherlich Treffen gegeben innerhalb der deutschen Delegation, wo die Berghof Stiftung mit dabei war, und ich dann auch dabei war, zum Beispiel als Herr Wieck in Doha war. In den eben schon mehrfach zitierten drei Tagen Anfang August kann ich mich an eine Sitzung erinnern, das war mit Berghof Stiftung. Insofern, das war ganz üblich. Aber über diese Formate gingen die persönlichen Beziehungen nicht hinaus.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - War das eine ungewöhnliche Situation, dass sozusagen eine deutsche private Organisation so eine zentrale Rolle auch in diesem Prozess spielt? Und wie haben sozusagen dann andere Staaten auf diese Konstellation reagiert? Wie sind die sozusagen mit dieser Besonderheit umgegangen? Oder war das in diesem Umfeld sozusagen keine bemerkenswerte Angelegenheit?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, ich erinnere mich an sozusagen Friedensforscher und Wissenschaftler, die eine Rolle gespielt haben, auch von Schweizer Seite. Da ist mir rememberlich, dass es da mindestens zwei Experten gab, die mir auch mal vorgestellt worden sind, dass es die auch gab. Insofern war es kein deutsches Alleinstellungsmerkmal. Ich habe die Rolle einer Stiftung, eine so große Rolle einer Stiftung bei entspre-



Nur zur dienstlichen Verwendung

chenden Verhandlungen bisher sonst nicht gesehen. Aber ehrlich gestanden, solche Verhandlungen erlebt man ja auch nicht jeden Tag, und an solchen sozusagen Gesprächen ist man nicht ständig dabei. Das war ja doch sozusagen ein ganz bemerkenswertes Kapitel. Und insofern kann ich jetzt keine Vergleiche zu anderen Verhandlungen ziehen oder Prozessen ziehen, an denen ich beteiligt gewesen wäre.

Was Friedensverhandlungen angeht, hatte ich ganz zu Beginn meiner Laufbahn viel zu tun mit dem Prozess von Dayton, Dayton Peace Accords im Jahr 1995. Ich war sehr stark involviert damals insbesondere in die Beteiligung der OSZE, an der Stiftung dieses Friedens in Bosnien-Herzegowina.

Weil Sie danach fragen, ob das jetzt gewöhnlich ist: Damals hat es eine solche Stellung nicht gegeben, ist mir in keiner Weise erinnerlich. Aber sehr wohl ist es so, dass sozusagen auch Friedens- und Konfliktforschungsinstitute sehr gefragte Ansprechpartner auch für das Auswärtige Amt immer wieder sind. Ich weiß das aus meiner Zeit im Planungsstab - ich war eine Zeit lang stellvertretender Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amtes -, da hatten wir regelmäßige Runden mit Institutionen dieser Art. An die Berghof Stiftung kann ich mich in dem Zusammenhang nicht erinnern, aber an jede Menge andere hessische Friedens- und Konfliktforschungsinstitute und sonstige, eine lange Palette. Insofern, dass das Auswärtige Amt sich insbesondere auch sozusagen dieser Expertise bedient, das ist in meinen Augen nichts Ungewöhnliches.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Relativ bald nach Ihrem Amtsantritt, am 10. September 2020, haben Sie ein Gespräch mit dem afghanischen Botschafter in Doha, Herrn Dalili, geführt, gemeinsam mit dem Herrn Potzel. Können Sie sich noch an Inhalte des Gesprächs erinnern?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ja, ich kann mich an das Gespräch erinnern, und ich würde auch denken, dass das der Kollege ist, der dann relativ schnell verstorben ist. Ist das richtig?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Da liegen mir jetzt tatsächlich gar keine Informationen vor.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Das ist ein junger Kollege, ein 40-Jähriger oder 45-Jähriger, der gestorben ist in Doha, und inhaltlich war das sicherlich zu dem Zeitpunkt - - Wir haben da vorshadowt die Eröffnung der Peace Negotiations, die unmittelbar bevorstand, und die Situation in der Islamischen Republik Afghanistan zu dem Zeitpunkt und welche Strategien die Republikseite verfolgen würde zum Eingang dieser Verhandlungen. Ich glaube, es ging bei den Gesprächen auch noch darum, wer überhaupt teilnimmt. Also, da haben wir an der Stelle noch die eine oder andere offene Frage gehabt. Da ging es darum, wer nimmt amerikanischerseits teil, wie ist unser Beitrag und dergleichen Dinge mehr. Also es war sozusagen der Aufgalopp zu den Verhandlungen, die wenige Tage später dann beginnen würden.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Gab es im weiteren Verlauf dann regelmäßig einen Austausch mit dem, entweder dem Kollegen oder dann einem Nachfolger zum sozusagen Verhandlungsprozess?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Nach meiner Kenntnis haben die deutschen Afghanistan-Beauftragten immer wieder Kontakt gehabt zur afghanischen Botschaft in Doha, auch nach dem Tod des von Ihnen zitierten Botschafters. Ich selber habe nach meiner Erinnerung keinen weiteren Kontakt gehabt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, danke schön. - Wie haben Sie sozusagen dann die konkreten Verhandlungen verfolgt? Sie haben vorhin dargestellt: die Drahtberichte gelesen und dann formal auch abgezeichnet und gegebenenfalls ergänzt. Aber haben Sie sozusagen im Verlauf der Verhandlungen da auch einen Austausch mit anderen beteiligten Staaten gehabt und da auch Einschätzungen ausgetauscht?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich würde die Frage wie folgt beantworten: Dieses Thema hat immer wieder eine Rolle gespielt bei den Kontakten, die ich hatte mit der katarischen Regierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

und insbesondere mit dem katarischen Außenministerium. Und da gab es natürlich Ansprechpartner, wie den Ihnen bekannten Dr. Mutlaq Al-Qahtani, der Mediationsbeauftragter des katarischen Außenministeriums ist, und dann insbesondere die damalige Assistant Secretary, also die jetzige Vizeaußenministerin Lolwah Al-Khatir, die damals als assistierende Außenministerin einen Titel hatte und Sprecherin des Außenministeriums war.

Und auch wenn wir in der Sache dann zu anderen Themen gesprochen haben - - und es gab damals ein ganzes Kaleidoskop von außenpolitischen Themen, die uns interessiert haben: Ich nenne mal Gaza, ich nenne Libyen, ich nenne Syrien, ich nenne den Jemen, ich nenne die Katar-Blockade, die noch lief, als ich in Doha antrat, und dann ja noch einige Zeit weiterlief, also das Verhältnis zu den arabischen Nachbarn. Das waren alles ganz wichtige außenpolitische Themen, die auch uns unmittelbar berührt haben. Und das waren die Themen, die ich sozusagen als bilateraler Botschafter aufgenommen habe. Und bei all diesen Gesprächen haben immer wieder auch die Afghanistan-Verhandlungen dann eine Rolle gespielt. Man hat das berührt und sich dann ausgetauscht dazu, wie der Stand ist. Aber das waren sozusagen kursorische Dinge, die am Rande stattfanden, und ich hatte auch nie die Funktion, da Dinge zu vertiefen; das habe ich immer den Kollegen überlassen.

Zu anderen Botschaften, die vor Ort vertreten sind - in Doha sind 119 Nationen akkreditiert mit Botschaftern -, kann ich mich an dieser Stelle nicht daran erinnern, dass ich das vertieft behandelt hätte. Auch bei den wichtigen anderen Partnern war es so. Die Norweger haben Sie eben erwähnt. Bei den Amerikanern ist das offensichtlich, bei anderen auch. Die hatten, genau wie wir das hatten, ihre Spezialisten vor Ort, sodass auch eine amerikanische Geschäftsträgerin, G■■■■ H■■■■ zu dem Zeitpunkt, über sozusagen die Intrinsik der Verhandlungen selbst nicht sehr viel wusste. Und wir haben uns da sicherlich mal sozusagen kurz zu ausgetauscht, aber wir hatten in der Sache da nicht viel zu erörtern. Das hat nicht stattgefunden. Das leistet jedenfalls keinen

Beitrag, der hier sozusagen einen weiteren Erkenntnisgewinn leisten würde.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank für diese Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Bayram, bitte.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde gerne noch fragen zu dem Verlauf der afghanischen Friedensverhandlungen. Können Sie uns einmal sagen, wie der wesentliche Ablauf der afghanischen Friedensverhandlungen in Doha war oder auch die wesentlichen Ereignisse?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ja, vielen Dank. - Ich würde mich da eigentlich auf das beziehen, was ich schon ausgeführt habe. Ich kann sozusagen die Struktur, auch die zeitliche Textur der Verhandlungen zusammenfassen, ohne Einzelheiten zu übermitteln, weil mir die Einzelheiten nicht bekannt sind.

Nach meinem Erkenntnisstand verlief der Auftakt zu diesen Gesprächen nach dem 12. September des Jahres 2020 insofern schwierig, als es zunächst einmal überhaupt nicht um die Substanzthemen ging, sondern sozusagen um die Verfahrensregelungen für die Verhandlungen. Das hat die beiden Seiten bis in den Anfang des Dezember 2020 beschäftigt, bis man zu einer Regelung fand, die sogenannten 21 Grundregeln für die Verhandlungen, die insbesondere darauf abhoben, dass man nicht einer Islamschule, nämlich der Hanafi, Prädominanz gegeben hat bei der Regelung aller rechtlichen Fragen. Das war vor allen Dingen ein Anliegen der Republikseite, dass dies nicht geschah.

Gleichzeitig - und das war ein Zugeständnis an die Taliban - hat man als Verhandlungsgrundlage das sogenannte Doha-Abkommen genannt und zitiert, dass das eine Grundlage für die Verhandlungen sein sollte. Klammer auf: Wie auch nicht? Klammer zu. Und man hat auch Kurs genommen auf den VN-Strang, auf die VN-Forderungen nach Frieden in Afghanistan, auf die VN-Resolution,



Nur zur dienstlichen Verwendung

auf die VN-Beschlüsse, auf den in den Resolutionen der Vereinten Nationen zum Tragen kommenden Wunsch nach Frieden in Afghanistan.

Nachdem man das erreicht hatte, also Anfang Dezember des Jahres 2020, kam dann dieser Recess von mehreren Wochen. Ich kann jetzt nicht mehr genau sagen, wann beide Seiten dann nach Doha zurückgekehrt waren. Jedenfalls dauerte das dann auch länger als geplant, und vor allen Dingen war die Dynamik dann ganz raus. Im Grunde genommen kann man sagen, dass die Verhandlungen, die dann anliefen, nie wirklich Traktion entwickelt haben.

Es ging um die Hauptthemen - die habe ich eben auch schon genannt -, dieses do ut des: auf der einen Seite Gewaltreduktion oder Waffenstillstand. Das Thema Waffenstillstand ist ein Thema, das im Doha-Abkommen prominente Erwähnungen findet. Und das Doha-Abkommen macht auch zur Verhandlungsgrundlage dieser Verhandlungen zwischen Taliban und der Islamischen Republik, dass darüber geredet werden soll, über einen Waffenstillstand. Das war das eine Thema. Das andere Thema war die Gefangenfreilassung. Das wird auch in dem Doha-Abkommen erwähnt. Das Doha-Abkommen macht darüber sogar ziemlich präzise Angaben, wie das ablaufen soll. Und in diesem Spannungsfeld haben sich diese Verhandlungen entwickelt. Ich darf noch mal sagen: Die Verhandlung selbst hat nach allem, was ich weiß, zu keinem Zeitpunkt wirklich Dynamik aufgenommen.

Und es gab dann im April - das ist ein neuer Punkt, den ich an der Stelle vielleicht noch erwähnen darf zur Vervollständigung - den US-inspirierten Vorschlag, ein Leaders Meeting in Istanbul durchzuführen, Anfang April. Um dem wirklich apathischen - das ist jetzt mein Begriff - Prozess neues Leben einzuhauchen, war das eine amerikanisch inspirierte Idee, die in Doha auf ganz massierten Widerstand traf, aber den Türken sehr gut gefiel. Ich muss das alles nicht weiter erläutern.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich habe noch mal eine Frage: Wie haben Sie damals das Verhandlungsteam der

Republikseite wahrgenommen, also die Ziele, Kooperationsbereitschaft, Durchsetzungsstärke, Verbindlichkeit? Und inwiefern hatten Sie selbst oder Botschaftsmitarbeitende Kontakt zu dem Verhandlungsteam der Republikseite?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich habe zu einzelnen Mitgliedern der Verhandlungsdelegation der Republikseite den einen oder anderen Kontakt gehabt. Ich sagte an anderer Stelle bereits: Ganz offen erkennbar war, dass es in der Führung immer wieder auch Risse gab und Unstimmigkeiten gab, dass es da persönliche Querelen gab, die für Schwierigkeiten sorgten.

Dann war auch sozusagen der Faktor Kabul immer ein wichtiger Faktor, dass also Ashraf Ghani versucht hat, da Dinge sozusagen sehr bei sich zu behalten und an sich zu ziehen, auch gegenüber dem Konkurrenten Abdullah Abdullah. Das hat das Verhandlungsteam sicherlich letztlich in seiner Durchschlagskraft nicht gestärkt.

Ich habe einzelne Delegationsmitglieder etwas, aber auch mehr, ich möchte mal fast sagen, small-talk-mäßig kennengelernt, wie insbesondere das Delegationsmitglied Fatima Gailani. Ich habe auch mit Herrn Stanekzai, es ist ein sehr eindrucksvoller älterer Herr - - Das war der Delegationsleiter, der eigentlich in actu - - der weitgehend vor Ort war. Das war der Abdullah Abdullah ja nicht. Auch mit ihm habe ich bei Gelegenheit Kontakt gehabt - fand ihn sehr bemerkenswert -, wobei ich, wenn ich ehrlich bin, kein Urteil darüber abgeben kann, wie verhandlungsstark die jetzt wirklich letztlich waren, wie durchsetzungskräftig sie waren, weil ich bei den konkreten Verhandlungen selber zu keinem Zeitpunkt zugegen war.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Und wie haben Sie damals das Verhandlungsteam der Taliban wahrgenommen, also ebenfalls Ziele, Kooperationsbereitschaft, Durchsetzungsstärke, Verbindlichkeit? Und inwiefern hatten Sie selbst oder Botschaftsmitarbeitende Kontakt zum Verhandlungsteam der Taliban?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Mein Kontakt zu den Taliban konzentrierte sich vor allen Dingen



Nur zur dienstlichen Verwendung

auf die Treffen in der Residenz, von denen ich einleitend sprach. Das waren auch insofern ganz eindrucksvolle Begegnungen, als das alles unter Coronabedingungen stattfand und sozusagen wir in der Residenz sehr wenige Gäste in diesem ganzen Zeitraum hatten, aus Gründen, die ich nicht erläutern muss.

Aber die Taliban sind verschiedentlich da gewesen, und zwar aus drei Gründen, um sozusagen die deutsche Motivationsseite zu erläutern. Zum einen, um die Taliban kompromisswilliger zu stimmen in ihren Verhandlungen mit der Islamischen Republik Afghanistan. Zum Zweiten - und das war eigentlich aus meiner Sicht das Interessanteste -: Man wollte den Taliban auf den Zahn fühlen. Ich darf das mal kolloquial ausdrücken: Man wollte wissen, wie die ticken. Sind die Taliban des Jahres 2020 noch dieselben, die wir im Jahr 1995 gesehen haben oder bis 2001? Sind das noch dieselben? Ja oder nein? Sie können sich leicht vorstellen, Frau Abgeordnete, dass die Taliban, die da bei uns in der Residenz saßen, alle Kreide gefressen hatten. Jedenfalls am Anfang war das ganz deutlich erkennbar, weil da hat es Austausch gegeben zu Menschenrechten und Frauenrechten und Bildung und Schule und ich weiß nicht was, und es war alles nicht sehr dramatisch.

Nun ist es sicherlich auch richtig, dass bei uns da in der Residenz nicht die Hardliner aus Kandahar saßen, sondern diejenigen, die nach Doha geschickt worden waren, um sozusagen ein etwas offeneres Gesicht dieser Taliban zu spiegeln. Der Eindruck hat sich dann aber verschoben im Laufe der Zeit, und zwar genau so, wie man sich das vorstellen kann: Die traten mit zunehmendem Ablauf und, je näher sie an Kabul rückten, umso verhärteter auf. Ich habe da keine triumphalistischen Äußerungen gesehen oder gehört, aber sie wussten, dass sozusagen in dem Moment der Sieg auf ihrer Seite war und die Geschichte für sie spielte. Ich sagte bei anderer Gelegenheit schon, sie waren da ganz besonders wenig kompromisswillig. Aber sie stellten sich auch mit ganz neuem Selbstbewusstsein dar.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Bei dieser Reise des Sonderbeauftragten Jasper Wieck gab es ein Programm. Auf Ihre Einladung hin fanden mehrere Gespräche statt mit verschiedenen Akteuren, darunter Vertretern der Berghof Stiftung, dem Republic Negotiation Team, dem US-Doha-Peace-and-Reconciliation-Team und ein Treffen mit Vertretern des Taliban Political Office in der Residenz des Botschafters, also quasi bei Ihnen zu Hause. Wir können Ihnen das Programm auch gerne vorlegen, wenn Sie möchten. Und ich würde Sie bitten, uns zu sagen, an welchen Gesprächen Sie selbst teilgenommen haben.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ja, wenn Sie mir das noch mal zeigen wollen, Frau Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist MAT A AA-8.529 VS-NfD, Blatt 38.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Gut, das bezieht sich in der Tat genau auf die drei Tage, die wir ja schon hier angesprochen haben. Wir können das im Einzelnen gerade durchgehen. Das ist ein Programm, das wir für den Herrn Wieck hier entwickelt haben. Das war sein erster Besuch, sein Antrittsbesuch in Doha nach Aufnahme seiner neuen Tätigkeit. Er war der Nachfolger von Botschafter Potzel.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Sie gerne an meine Frage noch mal erinnern. Ich hatte gefragt, an welchen Gesprächen Sie selbst teilgenommen haben.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich komme da jetzt gleich drauf. Ich kann auf Anhieb sagen, ich habe am Freitag, dem 30.07., an dem Mittagessen teilgenommen. Da war ich selbst der Gastgeber. Das war ein Mittagessen im kleinen Kreis. An den dann folgenden Gesprächen, die hier aufgeführt sind, habe ich nicht teilgenommen, also ein norwegischer Gesandter, US Doha Peace Reconciliation, Gespräch mit UNAMA. Beim Abendessen mit Berghof Stiftung war ich nicht dabei,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann Frühstück ebenso nicht, Republic Negotiation Team nicht, Mutlaq Al Qahtani auch nicht. Und dann - da steht ja mein Name auch - gab es dieses Mittagessen in der Residenz mit Vertretern der Taliban. Danach kommt der Deepak, hier mein indischer Kollege; war ich nicht dabei. Und bei dem Abendessen war ich auch nicht dabei.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch mal eine Frage: Welche Hinweise gab es zur aktuellen Situation in Afghanistan, also insbesondere zur Sicherheitslage, zur politischen Situation und zu einem möglichen Zusammenbruch der Republik oder einer möglichen Machtübernahme der Taliban zu diesem Zeitpunkt? Haben Sie so was in diesen Gesprächen, an denen Sie teilgenommen haben, mitbekommen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich darf hier noch mal darauf hinweisen: Wir sprechen hier vom 30.07./31.07. Das ist noch zwei Wochen vor dem, was wir bisher gesprochen haben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Herr Wieck war zweimal da. Das ist der erste Besuch, der Antrittsbesuch. Also ich kann aus meiner Perspektive sagen, ich war zunächst mal ein aufmerksamer Zeitungsleser. Ich glaube, dass das, was ich in Doha hörte, von dem, was man in deutschen Zeitungen lesen konnte, nicht ganz grundsätzlich abwich. Dass dieser Kollaps der Islamischen Republik Afghanistan praktisch unmittelbar bevorstand oder nur noch zwei Wochen auf sich warten lassen würde und dass die Taliban in diesem Zwischenzeitraum von zwei Wochen praktisch jeden Tag eine Provinz erobern würden, manchmal mehrere, das haben wir zu dem Zeitpunkt dieses Gesprächs mit Herrn Wieck alle nicht gewusst, alle nicht vorhergesehen, und ich habe eine entsprechende Prognose von niemandem gehört.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir am Ende der Fragen und gehen rüber zu Ihnen.

Joachim Wundrak (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend auch von mir, Herr

Dr. Fischbach! Ich freue mich, dass Sie mit uns hier versuchen, noch weiter Licht ins Dunkel zu bringen. Herzlichen Dank auch für die, ich sage mal, atmosphärische Beschreibung des - - Sie haben ja ein Jahr quasi diesen Verhandlungsreigen da mitbekommen.

Können Sie uns vielleicht sagen - die Amerikaner waren ja sicherlich dominanter Partner in Doha in den Gesprächen -, wie Sie die Atmosphäre gegenüber den Amerikanern und vielleicht auch den anderen, nicht von den beiden Streitgegnern Betroffenen waren. Wie waren die Positionen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn das noch ein bisschen weniger suggestiv ginge, wäre das schön; denn ich vermute, Herr Fischbach kann das auch beantworten ohne Qualifizierung der Amerikaner.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Gut, also aus meiner Warte in Doha gibt es keinen Zweifel, dass die Amerikaner hier eine besonders wichtige Rolle gespielt haben in diesem gesamten Verhandlungsprozess, schon dokumentiert durch das Doha-Abkommen vom 29. Februar, aber dann auch in der Folge.

Es gibt die zentrale Figur von Herrn Khalilzad in diesem Zusammenhang, der auch da unbestritten war in vieler Hinsicht als besonderer Kenner der Materie. Ich habe mit Herrn Khalilzad gelegentlich gesprochen, aber auch kursorisch, und er wusste genau, dass ich sozusagen nicht der Ansprechpartner bin, um da in die Tiefe zu gehen.

Zu meinen amerikanischen Counterparts hatte ich in dem gesamten Zeitraum ein ausgesprochen gutes und kollegiales Verhältnis; und das betrifft vor allen Dingen auch die Phase, die für uns als Botschaft Doha besonders entscheidend war, nämlich die Evakuierungsphase. Da haben wir uns sehr stark gegenseitig abgestimmt, nicht nur mit den Amerikanern - die Kanadier haben eine große Rolle gespielt, die Briten, die Niederländerinnen und andere mehr -, und dieses Verhältnis war ein sehr gutes Verhältnis. Dadurch haben wir auch gegenüber dem katarischen Gastgeber viele Dinge gemeinsam artikulieren können und ha-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ben, glaube ich, dafür gesorgt, dass diese Evakuierungsübung jedenfalls auf Doha-Seite insgesamt gut über die Bühne gegangen ist.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. Sie haben jetzt die Kataris erwähnt. Wie würden Sie die Rolle der Kataris in diesem Verhandlungsmarathon sehen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Die Kataris haben sich bemüht, eine gut sichtbare und wichtige Rolle zu spielen. Der Kontext besteht darin, dass für Katar diese Eigenschaft als Mediator so etwas ist wie eine Existenzgarantie. Das ist nicht nur irgendwas, sondern Katar möchte nicht nur sich, sondern vor allen Dingen dem Rest der Welt zeigen, dass Katar unverzichtbar ist als Go-between, als jemand, der zu allen Seiten gute Beziehungen unterhält und deswegen Probleme lösen kann, die kein anderer lösen kann.

Um diese Rolle eines unverzichtbaren Mediators zu spielen, hat Katar schon seit dem Jahr 2013 den Taliban erlaubt, dieses Büro zu eröffnen in Doha. Und Doha hat sich nach allen Kräften bemüht, diese Verhandlungen - erst die Verhandlungen mit den Amerikanern, dann die Verhandlungen zwischen der Republik und den Taliban - nach Doha zu bekommen und dort auch zu halten. Da gab es ja auch andere, die überlegt haben, die Verhandlungen zu sich zu holen. Dazu gehörte übrigens auch die Bundesrepublik Deutschland. Aber die Kataris haben das durchgezogen.

Und die Rolle, die Katar dann gespielt hat bei der Evakuierung, ist in mehrfacher Hinsicht eine wirklich bemerkenswerte Rolle. Es ist natürlich richtig, dass das militärische Rückgrat - - das waren die C-17-Maschinen der Amerikaner, mit denen diese Zehntausende von Menschen ausgeflogen worden sind bis zum 31. August des Jahres. Aber alles, was dann danach kam, zum Beispiel die Unterbringung, die Verpflegung, die medizinische Versorgung - wir hatten in al-Udeid, diesem großen amerikanischen Militärcamp, in den Spitzenzeiten 30 000 bis 40 000 Evakuierte -, die gesamte Logistik lief aufseiten der Kataris. Das haben nicht die Amerikaner gemacht, das waren die Kataris.

Wir selber verdanken es den Kataris, dass wir eine Vielzahl von Deutschen in dem Moment aus dem Land, aus Afghanistan, haben herausholen können, und zwar deswegen: Es lief ja dann so, dass die Deutschen sich sammelten an einem Hotel in Kabul, dem Hotel Serena, also jetzt deutlich nach dem 15. August, und dann mit katarischer Begleitung zum Flughafen fuhren. Und die Kataris waren diejenigen, die in der Lage waren, mit den Taliban zu sprechen und dafür zu sorgen, dass die durchgelassen wurden am Flughafen. Dadurch bestand sozusagen dann überhaupt die Möglichkeit, das Land zu verlassen.

In einer zweiten Phase ab dem 9. September - da war die militärische Evakuierung beendet, weil die Amerikaner zum 31. August aus dem Land rausgingen -, aber dann setzte eine zweite Phase der Evakuierung ein, und das hat Katar im Grunde genommen im Alleingang betrieben. Das waren zivile Maschinen von Qatar Airways, die dann die zu Evakuierenden in sogenannten Safe Passage Flights von Kabul nach Doha brachten. Die Kataris haben diese - viele Deutsche darunter oder Afghanen mit Deutschlandbezug - dann in Camps untergebracht - das sind Räumlichkeiten gewesen, die eigentlich für die Fußball-WM vorgesehen waren und gebaut worden sind, also ganz neu, und die sicherlich einigermaßen komfortabel waren, wenn man von Flüchtlingsunterkünften sonst spricht - und haben dann im Benehmen mit uns, im Übrigen mit den Botschaften dafür gesorgt, dass alles, was dann sozusagen konsularisch zu tun war, inklusive PR-Tests (?)* und dergleichen mehr - - dass die ihr Visum, in unserem Fall aus Deutschland, bekamen und dann weiterreisen konnten.

Diese ganze Unterkunft in den Camps, Verpflegung, Medizin, auch Schule übrigens für Kinder dann, ist von den Kataris organisiert und auch finanziert worden.

Erst zu einem sehr späten Zeitpunkt änderte sich das dann insofern, als die Bundesregierung die Kosten für Charterflüge übernommen hat. Davon hat es allerdings nur zwei gegeben. Da sind allerdings dann viele Deutsche mit drauf gewesen. Die Daten liegen außerhalb des Untersuchungs-



Nur zur dienstlichen Verwendung

zeitraums. Ich weise deswegen nur ganz kurz darauf hin. Das war dann im November. In dem Fall hat die Bundesregierung die beiden Charter bezahlt. Es änderte sich aber am Verfahren nichts: Die kamen in diese Camps, von denen ich eben sprach, wurden dort auf die geschilderte Weise versorgt, von uns mit Tickets versorgt, soweit keine Pässe da waren, auch mit Pässen, nachdem sie KZB-usw.-überprüft waren, und wurden dann mit kommerziellen Fliegern nach Deutschland geflogen.

Die katarische Rolle in dieser ganzen Evakuierung war unverzichtbar. Die Kataris haben sich hier glänzend bewährt. Und das sage ich, obwohl ich, wenn wir über andere Dinge diskutieren würden, jede Menge Kritik hätte an diesem Staat Katar, an dem, was er tut oder nicht tut. Aber wenn jemand eine so bemerkenswerte Leistung erbringt, wie Katar das in dem Zusammenhang getan hat, dann lohnt es sich, das auch mal festzustellen. Insofern darf ich das auch in dieser Runde so klar sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt. Für Ihren Teil der Öffentlichkeit ist es ein bisschen zu spät gewesen, Frau Kollegin Jurisch, aber Sie haben das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Dr. Fischbach, ich möchte ein ganz anderes Thema ansprechen, und zwar das Thema der Kommunikationsmittel. Ich möchte gerne über Kommunikationswege mit Ihnen sprechen. Aus den Akten haben wir entnommen, dass Sie Messengerdienste, zum Beispiel Whatsapp, für verschiedene Arten der Kommunikation nutzen, zum einen für Kommunikation mit Organisationen. In MAT A AA-2.80 VS-NfD, Blatt 34 haben wir einen E-Mail-Wechsel mit Ihnen in Kopie, da heißt es:

„Heute Nacht meldete sich bei mir über WhatsApp die Cheflogistikerin der Kataris und bat um eine Deutschenliste.“

Und dann für die Kommunikation zwischen Kolleginnen und Kollegen. In einer Mail vom Sonntag, den 15. August 2021, schreiben Sie - MAT A AA-2.07 VS-NfD, Blatt 4 -:

„In dringenden Fällen bitte Frau B [REDACTED] parallel über WhatsApp-Nachricht alarmieren ...“

- geschwärzt.

„Infos bitte CC an mich; meine WhatsApp lautet ...“

- geschwärzt.

Dann: In einer Mail am 6. August, schreiben Sie an Herrn Wieck - MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 7 -:

„p.s. bin jetzt gleich unterwegs, stehe aber jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Tel. ...“

- geschwärzt.

„Auch WhatsApp - das sich hier in Doha für manche Kommunikation anbietet. CF“

Dann: Jasper Wieck informiert extra über seine fehlende Erreichbarkeit via Whatsapp - MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 93 -:

„P.S. bekomme hier für mein privates Handy keine Verbindung. Deshalb per WhatsApp inkommuniziert“

Darüber hinaus zur Kommunikation mit anderen Staaten. In einer Mail vom 23. August schreiben Sie - MAT A AA-9.88 VS-NfD, Blatt 146 -:

„Ich habe unsere Botschaft zur Unterstützung von DW-Liste und der Liste der Luftbrücke Kabul daher zunächst per Mail und per WhatsApp an die Vize AM'in und ihre engen Mitarbeiter übermittelt ...“



Nur zur dienstlichen Verwendung

In MAT A AA-9.40 VS-NfD, Blatt 107 heißt es:

„QAT StM Lowla fragt per Whatsapp unter Bezug auf Tweet des frz. Außenministers, der für die QAT Unterstützung für diesen Evakuierungsflug dankt, ob Ähnliches auch von unserem BM und/oder AA zu erwarten ist.“

Auch mit den USA wurde wohl per Whatsapp kommuniziert, zumindest an der deutschen Botschaft, oder Konsulat wahrscheinlich eher, in Malaga - MAT A AA-8.224 VS-NfD, Blatt 61 -:

„Ich erhielt soeben ein WhatsApp eines Kollegen der US-Botschaft, dass heute mittag mit einem EVAK-Flug aus Saudi-Arabien kommen [sic!] in Rota mehrere Flüchtlinge aus AFG mit Zielland Deutschland gelandet seien.“

Wir haben zudem festgestellt, dass Mitarbeiter des AA und des BMZ in ihrer Signatur - zum Beispiel für eine Signatur habe ich MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 47 - auch explizit auf die Erreichbarkeit via Whatsapp und Co. hinweisen, unten in der Signatur.

Deswegen wäre jetzt meine Frage an Sie, ob Sie bitte mal erläutern könnten, warum die Kommunikation über Whatsapp in Ländern wie Katar, Pakistan und Afghanistan womöglich unumgänglich war.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Vielen Dank für die Frage. Das war jedenfalls und ist unverändert das absolut gängige Medium der Wahl der Kataris. Also, die Whatsapp-Kommunikation in Doha ist sehr, sehr stark verbreitet. Sie wird eben - und das belegen auch Ihre Beispiele, die Sie zitiert haben - vor allen Dingen auch von der katarischen Regierung genauso praktiziert. Das heißt nicht, dass man nicht auch andere Kanäle nutzt - bei manchen Dingen ist man sehr formal; Termine werden per Verbalnote angefragt und dergleichen mehr -, aber insbesondere, wenn es um die kurzfristige Verabredung geht zu einem Treffen, dass man darauf hinweist, dass ein Ereignis bevorsteht, dass man sich gegenseitig abspricht,

wo man sich trifft, das alles sind Dinge, die in Doha über entsprechende Whatsapp-Gruppen geregelt worden sind, auch mit den Amerikanern. Auch das Beispiel, was Sie da anführen, führen Sie zu Recht an.

Aus meiner Sicht kann ich nur sagen: Whatsapp ist für mich kein dienstliches Mittel der Wahl. Und wir haben dann sozusagen auch, gerade auch im Kontakt mit dem Auswärtigen Amt, Dinge dann eben selbstverständlich wieder in die E-Mail genommen, in die dienstliche Mail genommen, die VS-NfD-geschützt ist.

Aber man würde sich in Doha sozusagen außerhalb des Main Courante stellen, des Mainstreams stellen und würde von bestimmten Dingen nichts erfahren und wäre sozusagen abgeschnitten, wenn man von vornherein sagen würde: „Ich tue das jetzt“*, und das betrifft vor allen Dingen auch die katarische Regierung selber, die dieses betreibt.

Ich möchte auf ein Beispiel noch näher eingehen, was Sie zitiert haben. Das war in der Tat während der Evakuierung ein zentraler Moment, dass es nicht *eine* Liste gab, sondern drei Listen, die wir den Kataris zu übergeben hatten. Und das war sehr schnell nach dem 15. August. Die Vorgänge, von denen ich jetzt gerade berichte, betreffen die beiden Tage 22. August und 23. August. Wir hatten den Auftrag - ich habe auch mehrfach mit dem Außenminister, Herrn Maas, telefoniert an dem Tag, der seinerseits vorher mit dem katarischen Außenminister Sheikh Mohammed telefoniert hatte -, es ging darum, drei Listen möglichst schnell an die Kataris zu bringen. Das waren Listen zum einen von dem Pressereferat des Auswärtigen Amtes mit den Namen von deutschen Journalisten, die in Afghanistan waren, der ARD, des „Spiegel“, dpa, der „Zeit“ und anderen mehr. Das war zum Zweiten eine Liste der Deutschen Welle und zum Dritten eine Liste der Luftbrücke. Der Außenminister hat mich angerufen, nicht zuletzt, um mich zu bitten, ganz sicherzustellen, dass diese drei Listen so schnell wie nur möglich an die Kataris gingen. Mit diesen Listen wurde dann das Verfahren eingeleitet, das ich eben kurz beschrieben habe. Dann wurden diese Deutschen in Afghanistan kontaktiert, angerufen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Denen wurde gesagt: Geht zu diesem Hotel Serena, da übernehmen euch die Kataris, und dann kommt ihr aus dem Land raus. - Das ist der Zusammenhang.

Der Außenminister hat unterstrichen, dass das von besonderer Bedeutung sei. Dann haben wir in der Botschaft natürlich überlegt, wie wir das möglichst schnell rüberspielen. Und da haben wir das auf allen Kanälen getan, die wir hatten: per E-Mail - - Aber dann ist es zum Beispiel gerade bei der für die operative Umsetzung entscheidenden, hervorragenden katarischen Vizeaußenministerin Lolwah Al-Khater so gewesen, dass die außerhalb von Whatsapp überhaupt nicht zu erreichen war, außerhalb ihres Telefons. Mit E-Mail konnten Sie es vergessen, tagelang. Die war auch ständig unterwegs.

Insofern, wenn man sich der Frage auch in aller Ruhe zuwendet: „Wie konnte man die erreichen?“, dann war Whatsapp der beste und vermutlich der einzige Weg - was ich übrigens dann auch getan habe. Ich meine - das sozusagen als Anekdote am Rande -, ich habe sie dann an dem Abend des 22. in einem der Camps noch aufgesucht, um ihr nach ganz alter Manier diese drei Listen physisch in die Hand zu drücken, damit ich in Berlin jedem sagen konnte: Wir haben es auf jede nur erdenkliche Weise sowohl dem Außenminister als auch der operativ zuständigen Vizeaußenministerin übergeben. - Und das hat dann auch gezogen. Die Leute kamen dann entsprechend auch relativ schnell aus Afghanistan raus.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Habe ich Sie richtig verstanden, dass aufgrund der Gepflogenheiten in Katar vor allem zwar organisatorische Dinge per Whatsapp mit den katarischen Stellen geregelt wurden, aber durchaus auch inhaltliche Themen kommuniziert wurden?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, inhaltliche Themen sicherlich sehr viel weniger, sicherlich sehr viel weniger. Im Prinzip ist Whatsapp sozusagen ein Medium, um sich zu verabreden, Termine festzumachen oder um aufmerksam zu machen auf einen bestimmten Artikel, der erschie-

nen ist, der in der Public Domain ist, also dergleichen Dinge. Aber in einer solchen Notsituation - und es war natürlich eine Extremsituation damals, gerade in dieser heißen Phase der Evakuierung - war das ein Mittel, mit dem wir zum Beispiel, wie Sie da zitieren, sie jedenfalls darauf hingewiesen haben, dass es diese Listen gibt und dass wir sie übergeben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Inwieweit haben Sie auch mit eigenen Mitarbeitern per Whatsapp kommuniziert, als Sie da auf Posten waren?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Wir haben eine Whatsapp-Gruppe innerhalb der Vertretung. Das ist normal. Aber, ehrlich gestanden, da geht es dann auch genau um diese Dinge, dass wir uns sozusagen gegenseitig auf ein Wochenendprogramm hinweisen, das es in der Stadt gibt, und dergleichen mehr. Dienstliche Kommunikation zu inhaltlichen Themen findet nicht über Whatsapp statt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann haben wir diese Runde beendet und beginnen wieder bei der SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich kann an der Stelle, obwohl mir vielleicht nicht obliegt, die Aussagen von Zeugen zu bewerten, konstatieren, dass wir selten einen Diplomaten bisher erlebt haben, der in derart anschaulicher Weise und sehr konsequent sein eigenes Leben und seine eigenen Erkenntnisse schildert. Deshalb sind wir an der Stelle an dem Punkt angekommen, wo wir keine weiteren Fragen haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind Sie schon dran, Herr Erndl. Das haben Sie gar nicht gedacht, oder?

(Heiterkeit - Joachim Wundrak (AfD): Erwischt!)

Thomas Erndl (CDU/CSU): Tja. Aber wir kriegen das hin. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich möchte gerne auf den Bereich „Krisenunterstützungsteam“ kommen. Sie haben ja vorher schon dargestellt, dass das eine Phase war, die Sie dann sehr gefordert hat mit sozusagen dem Mechanismus, Staatsangehörige und Ortskräfte usw. aus Afghanistan dann über Katar nach Deutschland zu bringen. Die Amerikaner haben das natürlich auch sehr intensiv genutzt und dann auch deutsche Staatsangehörige da auch mittransportiert. Wie würden Sie beschreiben, sozusagen welche Herausforderungen diese Situation und dieser Mechanismus überhaupt an Sie und an die Kräfte, die wir hier vor Ort hatten, gestellt haben?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Vielen Dank für die Frage. - Es ist richtig, dass wir durch ein KUT-Team unterstützt worden sind.

Vielleicht mache ich eine Vorbemerkung: Ich habe mich ja vorhin zu Personalfragen geäußert. In diesem konkreten Fall war es so, dass ich sagen würde als Behördenleiter, dass die Zentrale und nicht nur das Auswärtige Amt schnell reagiert hat, sehr schnell reagiert hat. Die Botschaft hat eine normale Stärke von 34 Leuten. Und das hat schnell einen Aufwuchs gegeben aus verschiedenen Ministerien und Behörden, auch von Botschaften aus der Nachbarschaft, sodass wir zeitweise 15, vielleicht auch 20 Leute mehr in Katar hatten, als es die normale Sollstärke gewesen wäre.

Dazu zählt auch das KUT-Team. Wir waren sehr froh, dass dieses KUT-Team uns sehr schnell unterstützt hat. Nach meiner Erinnerung waren die etwa - - Um den 20. August herum sind die eingetroffen, blieben dann für eine Phase, wurden noch mal verlängert und haben mehr oder weniger diese heiße Phase der militärischen Evakuierung - die endete am 31. August - abgedeckt.

Die Aufgabe des KUT-Teams war wie folgt: Die Militärmaschinen landeten zu dem Zeitpunkt alle in al-Udeid. Das waren große amerikanische C-17-Maschinen, von denen am Tag zwischen 4 und 20 Maschinen landeten. Jede Maschine hat eine maximale Beförderungskapazität von über 600 Personen; ich glaube, 640 Personen ist die genaue Anzahl, die mir zu dem Zeitpunkt von

den amerikanischen Kollegen genannt wurde. Das heißt, es trafen jeden Tag Tausende von Menschen neu auf der al-Udeid Air Base ein, die dann auch Ende August an den Rand ihrer Kapazität geriet, und das auch in hygienischer und sanitärer Hinsicht.

Wir haben auf al-Udeid immer ein sogenanntes Kontingent - das sind fünf Bundeswehrsoldaten, die hier tätig sind - im Rahmen des Mandates Inherent Resolve vom Bundestag mandatiert. Und auch zu dem Zeitpunkt gab es diese fünf Bundeswehrsoldaten, die für uns eine wichtige Rolle gespielt haben auf al-Udeid, die ständig Zugang hatten zu al-Udeid. Denn das war das Entscheidende: Das ist ein Nadelöhr, auf diese amerikanische Base überhaupt draufzukommen. Ich bin selber mehrfach da gewesen. Aber es ist normalerweise ein längerer Vorlauf. Wir haben auch zwei oder drei Tage gebraucht, bis meine Leiterin RK zum ersten Mal Zugang hatte nach al-Udeid, als das alles schon lief.

Dann kriegten wir aber das KUT-Team, das ständigen Zugang hatte. Und die Aufgabe bestand dann darin, ständig präsent zu sein und festzustellen, wo es Deutsche gab, die in besonderer Weise unserer Unterstützung bedurften. Diese Deutschen - Deutsche und Afghanen mit Deutschlandbezug -, die haben wir sozusagen aus diesen Hunderten, ja Tausenden von Leuten rausgelöst. Es bestand jedenfalls die Möglichkeit - und die haben wir in Dutzenden von Fällen dann auch genutzt -, dass wir die aus dem Camp rausbekommen haben, nachdem da ein längeres Verfahren zu durchlaufen war. Wir haben die dann zum Flughafen gefahren, denen ein Ticket besorgt, nachdem alle Papiere in Ordnung waren, und dann sind die mit kommerziellen Fliegern nach Deutschland zurückgekehrt.

Es hat eine größere Gruppe von anderen Deutschen gegeben - die wir zum Teil auch nicht kontaktiert haben, weil wir nicht alle sehen konnten in diesem großen Chaos an dem Flughafen -, die auf direktem Weg von den Amerikanern von Doha nach Ramstein geflogen worden sind und dann dort von den deutschen Behörden in Empfang genommen worden sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es gab also sozusagen diese beiden Stränge, und für den einen Strang waren wir als Botschaft zuständig. Und bis zum 31. August - ich habe meine Kollegin noch mal gebeten in Doha, das nachzurechnen - sind ungefähr 80 Deutsche auf diesem Weg nach Deutschland gelangt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Sie haben gerade gesagt, dass eben mit diesem Krisenunterstützungsteam die notwendigen Kräfte schnell aufgewachsen sind. Aber aus den Unterlagen geht hervor, dass das doch etwas geruckelt hat am Anfang. Zunächst kam ja am 18. August eine Entscheidung, erst mal kein Krisenunterstützungsteam nach Doha zu senden. Und dann hat es auch noch gedauert, bis entsprechende Erlaubnisse - Kurierttransport usw. - geregelt waren. Hätte es sozusagen eine bessere Vorbereitung in der Situation vor Ort gegeben, wenn das gleich am ersten kritischen Tag sozusagen auf den Weg gebracht worden wäre?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, wir hätten uns ganz sicher in Doha vom ersten Moment an diese Unterstützung gewünscht, aber so ist es in diesem Leben nicht. Wir waren sehr froh - das ist mein Resümee, das habe ich eben auch angedeutet -, dass das KUT-Team dann zur Verfügung stand, als es kam, und auch die ganze Zeit bis zum Ende der militärischen Evakuierung bleiben konnte, uns jedenfalls sehr effizient unterstützt hat, wie KUT-Teams das ansonsten auch schon mal tun.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Genau. - Das Ende will ich auch noch mal ansprechen. Sie haben sich dafür ausgesprochen, dass das Team vor Ort den Aufenthalt deutlich verlängert. Das findet sich in einer E-Mail am 29. August an das Auswärtige Amt; das ist die MAT A AA-8.135 VS-NfD, Blatt 181. Haben Sie sozusagen - - Oder was war das Ergebnis der Bemühungen um Verlängerung?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ja, die sind tatsächlich länger geblieben, wobei ich Ihnen im Moment jetzt nicht mehr ganz genau sagen kann, an welchem Tag die dann ausgeflogen sind. Aber in der Retrospektive bin ich der Meinung, dass wir letztlich die Aufgaben, die wir hatten - auch

mit der Routine, die sich dann entwickelt hat unter diesem großen Druck -, letztlich gut lösen konnten, und ein wichtiger Baustein dafür war dieses KUT-Team.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Das heißt, Sie sagen, es ist ausreichend lange in Katar vor Ort gewesen und es war kein Wunsch da, das noch länger vor Ort zu haben.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich darf vielleicht gerade noch ergänzen - die Kollegen haben mir gerade diese Mail noch mal gebracht -: Sie sehen hier, dass das Auswärtige Amt auf mein Insistieren hier uns geschrieben hat:

„... wird es nicht möglich sein,
den Einsatz der Bw-Kräfte des
KUT über den 3. September ...
hinaus zu verlängern.“

Gut. Ich darf noch mal vom Zeitstrahl daran erinnern: Die Amerikaner haben sich zum 31. August aus Afghanistan zurückgezogen. Das Schwerkgewicht der militärischen Evakuierung war damit beendet. Und damit gab es auch sozusagen diese Flugintensität, von der ich eben gesprochen habe, nicht mehr, sodass wir das in dem Moment dann sicherlich faktisch auffangen konnten. Wir hätten sie lieber noch länger dagehabt. Aber so, wie es gelaufen ist, war es letztlich an der Stelle aus meiner Sicht nicht zu beanstanden.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Nach sozusagen dem ersten Abzug dann des KUT-Teams wurde erneut diskutiert, ein KUT nach Doha zu entsenden. Am 9. September ging eine Bitte an die Personalreferate, Personen für ein mögliches KUT bereitzustellen. Diese E-Mail findet sich auf MAT A AA-8.137 VS-NfD, Blatt 89. Was waren die Gründe, dass man da noch mal über eine neue Entsendung nachgedacht hat?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Gut. Also, die Belastung zunächst mal blieb hoch, auch wenn es keine neuen Flugzeuge gab, die reinflogen. Denn



Nur zur dienstlichen Verwendung

es gab dann erst mal noch Tausende und am Anfang Zehntausende, die in al-Udeid waren und die versorgt werden sollten und mussten.

Und dann gab es natürlich ab dem 9. September sozusagen die zweite Welle an Evakuierungen, und die lief, wie ich das an anderer Stelle auch ausgeführt habe, dann über zivile Flugzeuge von Qatar Airways. Auch zu dem Zeitpunkt sind dann, in einer Nacht, manchmal waren es 20, manchmal waren es 50, deutsche Staatsbürger oder Afghanen mit Deutschlandbezug eingetroffen, die von uns entsprechend konsularisch und auch sonst, medizinisch und dergleichen mehr, psychologisch, betreut worden sind. Dafür brauchten wir zusätzliche Kräfte.

Und wenn es dann kein KUT-Team war, dann möchte ich darauf verweisen - das geht aus Ihren Unterlagen sicherlich auch hervor -, dass wir von anderen Bundesbehörden unterstützt worden sind. Ich nenne insbesondere Mitarbeiter der Bundespolizei, die zusätzlich abgeordnet wurden, auch Vertreter des Bundesamtes für Migration, zusätzliche Bundeswehrsoldaten, die zu uns kamen, unter anderem auch RK, also rechts- und konsulargeschulte Kollegen aus den Nachbarbotschaften wie Abu Dhabi und Riad und anderen.

Insofern: Das begründet das Statement, was ich eben abgegeben habe, dass ich den Eindruck habe, dass wir in dieser sehr schwierigen Zeit personell jedenfalls immer so viel hatten, dass wir, tja, gerade damit hingekommen sind.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann kam es eben zu diesen Evakuierungsflügen, wie schon angesprochen, die aber dann nicht sozusagen über einen längeren Zeitraum erfolgt sind. Haben Sie Hintergründe verstanden, warum diese Evakuierungsflüge dann eingestellt worden sind?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, man muss zunächst mal zwei Phasen unterscheiden - um das an der Stelle noch mal zu resümieren -: Die erste Phase war ganz von Katar getragen. Die begann mit diesem ersten Flug in der Nacht vom 8. auf den 9. September. Da war es zum Beispiel

so, dass an Bord 18 Deutsche sein sollten. Es waren dann hinterher nur 15. In der nächsten Nacht waren es 48 Personen. Und dann ging das so fort, zog sich durch den Monat September und in den Oktober. Ich habe jetzt die ganzen Flüge hier nicht im Einzelnen aufgelistet. Ich habe mir von den Kollegen sagen lassen, insgesamt sind auf dem jetzt gerade beschriebenen Weg 180 Deutsche von Kabul nach Doha ausgereist, die von uns dann entsprechend betreut wurden.

Und dann ist es so gewesen, dass die Bundesregierung Katar ein Angebot gemacht hat, dass wir diese Maschinen chartern würden. Das ist aber jetzt außerhalb des Untersuchungszeitraums. Ich sage es deswegen sozusagen, weil die Causa an dieser Stelle - - Da hat es zwei Chartermaschinen gegeben, mit insgesamt etwa 700 Personen, die wurden von der Bundesregierung bezahlt. Das Verfahren war ansonsten gleich mit dem der Phase 2. Und das kam zum Erliegen mit dem Flug vom 24. November. Wir hatten - -

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, da muss ich einschreiten. Also, da sind wir jetzt wirklich deutlich über den Untersuchungszeitraum hinaus, und da geht es dann auch langsam in laufende Vorgänge rein. - Danke.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Gut, dann würde ich noch mal eine - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben gesagt, da ging es um laufende Vorgänge. Habe ich das richtig verstanden?

VLR Andreas Gloßner (AA): Nein. Also, mein Punkt war in dem Fall jetzt der Untersuchungszeitraum.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, den ersten Satz habe ich verstanden.

VLR Andreas Gloßner (AA): Aber sozusagen, wenn der Zeuge jetzt weiter ausgeführt hätte, wären wir dann schon in Vorgänge reingekommen, die immer noch laufen. Wir versuchen ja immer noch, Menschen zu helfen, die in Afghanistan sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay. Das ist akzeptabel.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Dann greifen wir einen anderen Aspekt auf. Es spielten ja in diesen Evakuierungsszenarien und in dieser Phase die Listen der deutschen Staatsbürger und der Afghaninnen und Afghanen mit Aufnahmezusage eine entscheidende Rolle. Können Sie kurz beschreiben, wie diese Listen zusammengestellt wurden?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich kann zu den Listen einiges sagen, aber es kommt sozusagen zu Beginn gleich der Disclaimer, dass wir als Botschaft dafür nicht verantwortlich waren und auch nur indirekt damit zu tun hatten. Die Listen, die in der Tat den Kataris übermittelt worden sind - und zwar über uns, aber nicht nur über uns; hinterher gab es dann auch direkte Kontakte -, diese Listen wurden im Auswärtigen Amt hier erstellt und dann den Kataris übermittelt - zunächst mal über uns -, und später - ich sage es noch mal - hat sich da eine direkte Verbindung ergeben, und zwar zwischen dem Arbeitsstab hier im Auswärtigen Amt, der für diese Ausreisen zuständig war, und dem Stab der von mir verschiedentlich zitierten Vizeaußenministerin Lolwah Al-Khater, die dann eben sozusagen diese Listen operativ umgesetzt haben in dem Verfahren, das ich jetzt auch schon Gelegenheit hatte zu schildern, nämlich: Die Deutschen, die auf der Liste standen, wurden aus Berlin heraus angerufen und gebeten, sich zu einem bestimmten Zeitpunkt einzufinden an dem schon zitierten Hotel. Und das taten sie, und dann wurden die Listen verglichen und die Ausweispapiere überprüft. Dann wurden die von der katarischen Botschaft in Kabul begleitet, an den Talibankontrollpunkten vorbei eskortiert, in die Flugzeuge gebracht, in die zivilen Flugzeuge von Qatar Airways, und mit diesen Flugzeugen nach Doha geflogen.

Die Botschaft Doha hat bei der Zusammenstellung dieser Listen zu diesem Zeitpunkt überhaupt keine Rolle gespielt. Und ich sage es noch mal: Anfangs haben wir sie übermittelt an die katarische Seite, und zum Schluss haben wir nur noch mitgelesen. Wir wussten dann, was kam.

Mussten wir ja auch, wir sollten ja dann betreuen. Aber es gab eine direkte Schiene zwischen den Kollegen hier des Arbeitsstabes und den operativ zuständigen katarischen Kollegen in Doha.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Es gab am 20. August 21 ein Gespräch zwischen Staatsminister Niels Annen und der Vizeaußenministerin Al-Khater. Es ging um die Frage „Unterstützung von katarischer Seite für die Evakuierungen“. Können Sie sich an das Gespräch erinnern? Es gibt einen Vermerk: MAT A AA-9.05 VS-NfD, Blatt 114 bis 117.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ja, ich kann mich an dieses Gespräch erinnern, wobei ich da nicht zugegen war, auch nicht mitgehört habe, wie das bei anderen Gesprächen schon mal der Fall ist, dass man sozusagen im Hintergrund mithören kann. Das war in dem Fall nicht so. Aber ich weiß von dem Gespräch. Das Gespräch ordnet sich ein in einen Kontext. Nicht nur hat, wie Sie zu Recht feststellen, der Staatsminister Annen am 20. August dieses Gespräch mit Lolwah Al-Khater geführt, sondern im selben Sinne hat die Bundeskanzlerin am 17. August mit dem katarischen Emir telefoniert. Das war ein Gespräch, das wir als Botschaft, wenn Sie so wollen, eingefädelt haben, wo wir sozusagen die Telefonnummer sichergestellt haben, dass beide Seiten die Telefonnummern kannten und Uhrzeit und dergleichen mehr. Und es hat dann eben auch noch ein Gespräch gegeben - das hatte ich bei anderer Gelegenheit auch schon zitiert - des Außenministers Maas mit dem katarischen Außenminister Sheikh Mohammed. Alle drei Gespräche sind im Kontext zu sehen, dass die Bundesregierung mehrere Listen als prioritär behandelt hat mit Namen, die man unmittelbar an die katarische Seite übergeben wollte.

Aber weit über diese Listen hinaus, die bei diesen Gesprächen auch eine Rolle gespielt haben, ging es darum, die katarische Seite zu bitten, sich - wie schon geschehen - einzusetzen und alle ihre sozusagen Vermittlungsmöglichkeiten, ihre Gesprächskanäle mit den Taliban zu nutzen, um sowohl deutsche als auch afghanische Staats-



Nur zur dienstlichen Verwendung

bürger mit Deutschlandbezug als auch - die Formulierung in dem Brief von Herrn Maas war, glaube ich - vulnerable Afghans nach Deutschland zu evakuieren. Alle diese drei Gespräche liegen auf einer Linie und haben dann im Ergebnis auch wirklich dazu beigetragen, die Evakuierung der von mir geschilderten Personengruppen zu befördern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Auf unserer Liste steht jetzt Frau Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Dr. Fischbach, Sie müssen es nicht wiederholen, aber ich hätte noch weitere Nachfragen zu den Listen. Also das, was Sie bisher gesagt haben, brauchen Sie nicht zu wiederholen. Aber mich würde noch mal interessieren: Trifft das jetzt zu, dass Sie nicht wissen, wie diese Listen zustande gekommen sind, und Sie auch nicht wissen, wer die Personen ausgewählt hat, die auf diesen Listen standen? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ja, da haben Sie mich richtig verstanden.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben bisher drei Listen - also ZDF, Deutsche Welle und Luftbrücke - genannt als Listen. Gab es darüber hinaus weitere Listen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Weitere Listen zu dem Zeitpunkt sind mir nicht bekannt. Später gab es viele andere Listen in dem Kontext, den ich geschildert habe. Im Rahmen dieser zivilen Evakuierungsübungen der Kataris waren wir ständig im Kontakt mit Katar. Und Katar lag praktisch zu jedem Zeitpunkt eine Liste vor aus dem Auswärtigen Amt mit den Wünschen, dass wir wiederum bäten, gerade sozusagen für die Ausreise der dort genannten Personen Sorge zu tragen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, vielen Dank. Das waren meine Nachfragen dazu. - Dann würde ich gerne noch wissen: Den Akten nach ist der Bundesminister Maas vom 31. August bis 1. September nach Katar gereist.

Welchen Anlass und welches Ziel hatten die Reise? Wissen Sie das?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Das ist ein Ziel, das ganz im Kontext dessen steht, was wir hier besprechen. Es ging um genau diese Themen. Es ging um den Dank an Katar für das, was Katar bis dahin geleistet hatte, und die Bitte, das fortzusetzen in dem jetzt hier schon mehrfach beschriebenen Sinne.

Im Übrigen war der deutsche Außenminister Heiko Maas in dem Zusammenhang überhaupt nicht der einzige Außenminister, der genau dieses getan hat. Innerhalb, wenn ich mich richtig erinnere, von einer Woche sind die Außenminister sämtlicher G-7-Staaten in Doha gewesen mit genau demselben Anliegen. Es hat eine Ausnahme gegeben: Ich kann es jetzt nicht mehr sagen, welcher Staat den stellvertretenden Außenminister geschickt hat. Aber sonst - - Und ich sage auch dazu: Etwas Vergleichbares, dass sozusagen Katar zum Mittelpunkt der internationalen Krisenbearbeitung und der Diplomatie geworden wäre, etwas Vergleichbares habe ich im Laufe meiner Laufbahn nicht erlebt. Und ich war auch mal vier Jahre in Washington.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie denn vielleicht wirklich noch sagen, mit wem er gesprochen hat, der Außenminister, und mit welchen Ergebnissen er dann nach Deutschland zurückgekommen ist?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Mir liegen dazu im Moment jetzt keine Unterlagen vor. Aber ich bin bei dem Besuch natürlich dabei gewesen, und wir haben ihn entsprechend vorbereitet. Und im Zentrum des Besuches stand ein ausführliches Gespräch mit dem Außenminister Katars, Sheikh Mohammed Al Thani.

Das zweite, protokollarisch noch höherrangige Element der Agenda war der Besuch beim Emir. Und beim Emir ging es selbstverständlich auch genau um diese Themen. Und der Bundesminister Maas hat da bei der Gelegenheit auch in meiner Gegenwart ausführliche Hintergrundgespräche geführt mit der deutschen Presse, die ihn zahlenstark begleitet hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche mal kurz. Die Bundesregierung wünscht das Wort.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ich will nur einfach kurz darauf hinweisen, damit ich dann nicht irgendwie danach abrupt unterbrechen muss, dass ebendiese hochrangigen Gespräche, Vermerke dazu aus gutem Grund natürlich VS-Vertraulich und höher teilweise eingestuft sind. Also, wenn wir da über Details sprechen würden, Zuordnungen machen, wer was gesagt hat, müssten wir in eingestufte Sitzung gehen. Es war bisher - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das hat er bisher ja nicht getan, und ich gehe davon aus, dass er es auch nicht tun wird. So habe ich das doch verstanden, oder?

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja, genau. Da die Fragen in diese Richtung gingen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir beide auf der gleichen Linie und können bitte fortfahren, wenn Sie möchten.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. - Ich habe nur noch abschließend die Frage, wie Sie sich heute auf die Vernehmung vorbereitet haben.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, erstens habe ich gut nachgedacht und überlegt, was mir noch einfällt zu einer Phase, die ich damals als sehr intensiv und auch als bewegend empfunden habe.

Das Zweite ist, dass ich mit meinen Kollegen in Doha gesprochen habe, vor allen Dingen mit der Referatsleiterin für RK-Fragen. Und von ihr habe ich auch die statistischen Daten bekommen, die ich Ihnen jetzt im Laufe des Abends vorgetragen habe, wie viele Deutsche betroffen waren. Da habe ich die Zahlen her.

Zum Dritten habe ich einen Teil von Unterlagen einsehen können, die Ihnen allen auch vorliegen,

die mir der Arbeitsstab, die Kollegen hier gegeben haben.

Und ich habe - das ist das Vierte und Letzte - ein Informationsgespräch geführt mit dem Arbeitsstab, wo es vor allen Dingen darum ging, wie die Gepflogenheiten sind und wie eine solche Zeugnisaussage formal abläuft.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mit jemandem, der hier bereits Zeuge war oder wird, auch gesprochen?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich habe im Vorfeld mit einem Kollegen gesprochen, den ich mehrfach zitiert habe und mit dem ich persönlich befreundet bin. Das ist der Markus Potzel. Mit ihm habe ich einen Whatsapp-Austausch gehabt.

(Heiterkeit)

Bei dem ging es allerdings um die gegenwärtige Misere bei Union Berlin. Das ist sein Lieblingsverein.

(Heiterkeit)

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht Gegenstand.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Noch nicht. Aber man weiß ja nicht, was noch kommt.

(Heiterkeit)

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Union Berlin ist schon einiges wert, auch Whatsapp. - Vielen herzlichen Dank. So weit meine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wobei ich das durchaus originell finde, dass Sie sagen, Sie hätten vorher nachgedacht. Das hat hier bisher noch niemand gesagt, aber hoffentlich manche getan.

(Heiterkeit)

Dann wechseln wir jetzt zu dem Abgeordneten Wundrak. Bitte schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herzlichen Dank auch für die detaillierte Schilderung der Evakuierungsoperation. Ich habe trotzdem noch die eine oder andere Frage dazu. Die ist ja auch sehr komplex gewesen. Sie haben eine E-Mail dazu geschrieben mit dem Betreff „Evakuierungsflüge aus AFG: Lage in Doha“ an die DKOR-Leitung am 19. August 2021. Das ist MAT A AA-8.225 VS-NfD, Blätter 112 bis 114. Ich zitiere:

„Nach Angaben [REDACTED] US [REDACTED] führen nur etwa 20% der ausgeflogenen Afghanen Ausweispapiere mit, Sprachprobleme erschweren die Kommunikation ... Zur Zeit befinden sich dort“

- und Sie meinen al-Udeid -

„etwa 2000 3500 Evakuierte ...

In diplomatischen Kreisen hieß es,

[REDACTED]

- also [REDACTED] US-[REDACTED] -

„sicherte [Ihnen] ... zu, uns in jedem Fall bei neu in Al Udeid eintreffenden dt. Staatsangehörigen oder von AFG Staatsbürgern mit D Bezug (z. B. dt. Ortskräfte) unmittelbar zu unterrichten.“

Sie haben eben davon berichtet, dass in dem Untersuchungszeitraum 80 Deutsche betroffen waren. Davon gehen wir aus, dass diese 80 Deutschen natürlich ihre Papiere dabei hatten. Ich nehme auch an, dass afghanische Staatsbürger ohne Papiere nicht kommerziell fliegen konnten. Das heißt also, der Hinweis der Amerikaner, 20 Prozent der ausgeflogenen Afghanen haben keine Ausweispapiere, bezieht sich dann insbesondere auf die Luftbrücke Doha- oder al-Udeid-

Ramstein. Haben Sie dort Zahlen, weil das natürlich ein sensibler Bereich ist?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Nein, ich habe - - Mir liegen im Moment hier keine Zahlen darüber vor, wie viele Personen in dem Moment der Ausreise keine gültigen Ausweispapiere dabei hatten. Die Zahlen habe ich nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Ich wechsle das Thema. Uns liegt eine E-Mail von geschwärzt an 107-02 J[REDACTED], H[REDACTED] mit dem Betreff „VS-NfD Botschaft Kabul“ vom 20. August 2021 - - Daraus folgendes Zitat - das ist MAT A AA 8.265 VS-NfD, Blätter 39 bis 40 -:

„Nach direkter Absprache mit den Taleban auf Ebene pol. Büro in Doha sowie vor Ort in KBL und darauf folgender Genehmigung/ Sicherheitsgarantie durch die Taleban ist eine Gefährdung der dann tätigen ein bis zwei Ortskräfte unwahrscheinlich. Im günstigsten Fall ist eine schriftliche Genehmigung/ Sicherheitsgarantie der Taleban unter Nennung der Namen der Ortskräfte (am besten mit Bild) erreichbar, analog der wahrscheinlichen Vorgehensweise von internationaler NGOs oder Firmen bei Passierscheinen ...

Die Gefährdung der Ortskräfte durch Allgmeinkriminalität bleibt davon ausgenommen.“

Meine Frage dazu: War das Thema „Sicherheitsgarantien der Taliban für die Ortskräfte der deutschen Botschaft in Kabul“ bei den Gesprächen in Doha präsent? Welche Informationen haben Sie über das Thema? Ich denke, das war ja eines der wichtigen Themen für Botschaftsangehörige.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Es ist mir nicht Erinnerung, dass ich zugegen war bei Gesprächen, die diesen Punkt, den Sie thematisiert haben, zum Gegenstand hatten.

Joachim Wundrak (AfD): Das heißt, auch wenn ich die Frage erweitere auf die Gefährdung von



Nur zur dienstlichen Verwendung

afghanischen Ortskräften, die für deutsche Institutionen in Afghanistan gearbeitet haben: Die Sicherheitsgarantien oder die Sicherheitsfrage wurde auch nicht bei Ihnen erörtert.

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Ich kann mir gut vorstellen, dass diese Sicherheitsfrage erörtert worden ist. Allerdings - - Ich würde davon ausgehen, dass es so ist. Aber ich habe zu diesem Zeitpunkt keine Erinnerung daran, dass ich bei einem solchen Gespräch dagelegen wäre.

Joachim Wundrak (AfD): Ein weiteres Thema: Uns liegt eine E-Mail von Markus Potzel mit dem Betreff „Gespräch Bo. Potzel mit der Politischen Kommission der Taliban (TPC), Doha, 19.08.2021“ vor. Das ist MAT A AA-9.83 VS-NfD, Blatt 31. Sie waren in Kopie beteiligt. Ich zitiere:

„Aus meinem 1 ½-stündigen Gespräch mit [REDACTED]“

[REDACTED] ... in der Residenz von Botschafter Fischbach (Doha) halte ich fest: ...

- [REDACTED] machte die USA für das Chaos am Flughafen verantwortlich. Es sei unverantwortlich, Leuten zu suggerieren, sie könnten ohne jegliche Ausweisdokumente auf einen Flieger in den Westen gelangen. Dies gefährde nicht nur die Sicherheit des Flughafens, explizit warnte er vor eingeschmuggeltem Sprengstoff/ Waffen, mit denen z.B. der IS Anschläge durchführen könnte. Es gefährde aber auch die Sicherheit westlicher Staaten, wenn auf diesem Wege Terroristen, Drogenabhängige und andere Kriminelle den Weg in unsere Länder fänden. Im Übrigen seien diese Ausreisewilligen überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen zur Flucht bereit ...

- Dass unter den Ausreisewilligen auch Wirtschaftsmigranten sein könnten, stellte ich nicht in Abrede.“

Ich möchte von Ihnen bitte wissen: Haben Sie an dem Gespräch, das in Ihrer Residenz am 19. August 2021 zwischen Botschafter Potzel und dem Büroleiter der Taliban in Doha, Sher Abbas Stanekzai, teilgenommen, und, wenn ja, worum ging es konkret in diesem Gespräch?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, zunächst mal war ich der Gastgeber, war insofern physisch vor Ort und habe auch an diesem Gespräch teilgenommen nach meiner Erinnerung, zumindest an Teilen des Gesprächs. Ich war, glaube ich, nicht dauerhaft zu jedem Zeitpunkt zugegen.

An das, was Sie zitieren, kann ich mich in der Tat erinnern, dass das gesagt wurde. So, wie ich das abgespeichert - - Ich habe es etwas anders abgespeichert, als Sie es jetzt dar- - Ich habe es mit einer anderen Wendung abgespeichert, nämlich der Wendung, dass von Talibanseite gesagt wurde: Ihr werdet schon noch sehen, wenn ihr euch da sozusagen ins eigene Land geholt habt. - Das war sozusagen der Tenor, nach dem dieses Gespräch lief. Das war sozusagen mit einer Drohung versehen, die sicherlich eine hohle Drohung war. Und - - Ja, so weit.

Joachim Wundrak (AfD): Hat Sher Abbas Stanekzai über Sicherheitsgarantien der Taliban für die ausreisenden Afghanen gesprochen? Was hat er da konkret gesagt?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, es ging in der Tat darum, dass die Taliban dargestellt haben, wie stark sie bereits in der Lage seien, die Dinge am Flughafen Kabul wieder in eigene Hände zu nehmen, zu kontrollieren und dort auch in kürzester Zeit wieder einen geregelten Flugbetrieb herzustellen. Das Ziel dieses - - Sozusagen die Intention war, zu sagen: Diese ganze Militäreвакуierung ist völlig überflüssig, weil wir selbstverständlich den Flughafen wieder in Betrieb nehmen werden unter unserer eigenen Ägide, und dann dürfen Afghanen auch ausreisen. Wieso denn nicht? Und insofern besteht gar



Nur zur dienstlichen Verwendung

kein Grund für diese ganze Flucht, und da wird sozusagen Menschenleben in Gefahr gebracht, ohne dass dieses notwendig wäre.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln das Fragerecht hin zur FDP.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Ich habe eigentlich nur noch eine Nachfrage, weil vorhin meine Zeit zu Ende war. Können Sie ausschließen, dass Sie Whatsapp, SMS oder sonstige Messengerdienste erhalten oder versendet haben zu kurzfristigen inhaltlichen Informationen von Personen, Lageveränderungen oder politisch relevanten Anweisungen, die Sie erhalten oder gegeben haben?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Also, das bewegt sich inhaltlich auf dem Niveau dieser einen Whatsapp, die Sie eben geschildert haben, von der Lolwah Al-Khater. Das war das Niveau oder die Tiefe, bis zu der Whatsapp ging - ich fasse es mit eigenen Worten zusammen -, dass uns gesagt wurde: Passt jetzt mal auf. Seid ihr vorbereitet? Da wird in den nächsten Tagen, in den nächsten Nächten - die Flugzeuge sind in der Regel nachts geflogen, jedenfalls losgeflogen - was passieren. Das ist dann eine Frage Ihrer Bewertung, wie Sie das jetzt sehen, ob das sozusagen ein politischer Inhalt ist oder sozusagen tatsächlich eine Frage der Tagesordnung und der Dinge, die sozusagen auf der Tagesordnung stehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich habe nur deswegen nachgefragt, weil wir auch Aktenfundstellen haben, die nahelegen, dass auch Ministervorlagen teilweise per Whatsapp versendet worden sind, beispielsweise MAT A AA-8.627 VS-NfD, Blatt 94.

Aber auf jeden Fall vielen herzlichen Dank. Das war es von meiner Seite. Vielen Dank für Ihre Antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: War das jetzt eine Frage?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich bin fertig. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ach so, okay. Vielen Dank. Das war hier akustisch nicht angekommen, da Ihr Mikrofon noch so schön rot geleuchtet hat.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Entschuldigung. Ich hatte mich beim Zeugen schon bedankt. Und ich gebe das Wort zurück. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann frage ich, was es an Restfragen noch gibt oder ob es noch Restfragen gibt. Die SPD-Fraktion?

Jörg Nürnberger (SPD): Wir haben bereits vorhin angekündigt, dass wir am Ende sind. Wenn der Vorsitzende selber nicht noch fragen wollte - -

(Mechthilde Wittmann
(CDU/CSU): Das wissen wir, dass Sie am Ende sind! - Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin, keine Schärfe um diese Zeit hier! Das habe ich ja gerne: Sich nicht zu Wort melden, aber dann - - Hat die Union sonst noch Beiträge?

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ja, aber nicht für jetzt. Wir hätten immer Beiträge.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann frage ich die Grünen. - Sie haben auch keine mehr.

(Joachim Wundrak (AfD):
Ich habe noch eine Frage!)

- Sie haben noch eine Frage. Gut. Dann mögen Sie die stellen.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Botschafter, uns liegt eine E-Mail von Markus Potzel mit dem Betreff „Gespräch Bo. Potzel mit der Politischen Kommission der Taliban (TPC), Doha, 19.08.2021“ vor. Das ist MAT A AA-9.08, Blätter 330 bis 332. Sie waren in Kopie. Ich zitiere:

- „LB seien im Übrigen bereit gewesen, auch Präs. Ghani in eine Übergangsregelung einzubeziehen. Er sei nach wie vor



Nur zur dienstlichen Verwendung

willkommen, nach AFG zurückzukehren.

- St. bestätigte die Version der Ereignisse vom vergangen[en] Sonntag (15.08.), die in Ghanis Flucht kulminierten, wie wir sie am Vorabend vom ehemaligen Friedensstaatssekretär Rahimy hörten. TLB hatten Order, nicht nach Kabul einzudringen, solange der geordnete Machtwechsel vollzogen würde (lt. vorbereitetem Abkommen bis zu 14 Tage). Ghani hätte mit seiner Flucht die TLB gezwungen, in die Stadt zu kommen, um ein Sicherheitsvakuum zu füllen. Darum sei man auch von den USA gebeten worden.“

Waren Ihnen über das vorbereitete Abkommen bezüglich eines geordneten Machtwechsels und einer Übergangszeit diese Details vorher bekannt?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Das war mir vorher nicht bekannt. Das, was Sie jetzt zitieren, habe ich bei der Sitzung, die Sie zitieren, erfahren.

Joachim Wundrak (AfD): Also, Sie sind auch nicht informiert, dass es in der letzten Sekunde noch ein Friedensabkommen für eine Übergangsregierung zwischen Ghani, den Taliban und möglicherweise den USA gegeben hat?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Davon habe ich keine Kenntnis.

Joachim Wundrak (AfD): Hatten Sie Kenntnis davon, dass die Taliban Order hatten, nicht nach Kabul einzudringen, solange der geordnete Machtwechsel vollzogen würde?

Zeuge Dr. Claudius Fischbach: Diese Kenntnisse habe ich erlangt auf der Sitzung, die Sie zitiert haben.

Joachim Wundrak (AfD): Damit ist meine Frage zu Ende. Herzlichen Dank, Herr Botschafter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das waren streng genommen drei, aber trotzdem ist das in Ordnung.

Hat die FDP noch eine Frage? - Nein.

Dann sind wir am Ende Ihrer Befragung für heute angekommen, Herr Zeuge. Die Befragung ist aber formell noch nicht abgeschlossen - das wissen Sie -, sondern Sie haben 14 Tage Gelegenheit, wenn Ihnen das Protokoll zugegangen ist, noch Korrekturen oder Berichtigungen vorzunehmen, bevor der Ausschuss dann formell feststellt, dass die Befragung abgeschlossen ist.

Ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie hier gewesen sind, und darf mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken und auch bei der Öffentlichkeit - der spärlichen, die noch da ist - bedanken. Ich bedanke mich bei unseren Stenografinnen und Stenografen und den Dolmetschern von vornherein, schließe die Sitzung um 22.55 Uhr und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend, wo immer Sie ihn verbringen mögen.

(Schluss: 22.54 Uhr)